M 3477 E

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt – iz3w



Kontinuität oder Wandel? Bundesdeutsche Dritte-Welt-Politik

Nr. 138 Dezember 1986 DM 5,00

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot (fbt), Andreas Beil, Gerhard Braun, Wolf-Matthias Gall (wmg), Claudia Heid, Iris Harnischmacher, Volker Heise (hai), Daniela Heuberger, Peter Hübner (ph), Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Michael Knüfer (mk), Barbara Kupfer (bakr), Mechtild Maurer (mm), Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont (cn), Mariele Pelster (mape), Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf (br), Scott Roulier, Peter Schmidt, Alexander Spermann (as), Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 139:
20. Januar 1987

Anzeigenschluß für Nr. 139
26. Januar 1987

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache .... Seite 3
Basel = Bhopal? .... Seite 4
Sri Lanka: „Ich werde diesen Krieg gewinnen..." .... Seite 7
In den Slums von Lima .... Seite 13
Südafrika: Tödliche Minenindustrie und Sanktionsfarce .... Seite 15
Themenschwerpunkt .... Seite 20
Editorial .... Seite 20
4 Jahre Warnke .... Seite 21
Rüstungsexporte der BRD .... Seite 29
Aktivitäten des BMZ in Südostasien .... Seite 35
Die Mittelamerika-Politik der Bundesregierung .... Seite 42
Themenblock — Rezension .... Seite 50
Leserbrief .... Seite 51
Kurz belichtet .... Seite 52
Rezension .... Seite 54
Eine beispiellose Geschmacklosigkeit – „Shaka Zulu" im ZDF .... Seite 55
Zeitschriftenschau, Neuerscheinungen, Veranstaltungshinweise .... Seite 57
Stellenanzeigen .... Seite 59

In eigener Sache



Warum es uns weiterhin geben sollte:

Seit 16 Jahren geben wir, das Informationszentrum 3. Welt, die „blätter" heraus und leisten damit eine kontinuierliche Informationsarbeit zur 3. Welt. Es geht uns dabei nicht nur um aktuelle Berichterstattung, sondern vor allem darum: Hintergründe beleuchten, Analysen geben, über Schwerpunktthemen Informationen so aufbereiten, daß Zusammenhänge deutlich werden. Das ist aber lange nicht alles: ein umfangreiches Archiv will betreut sein, unsere Service-Leistungen — Beantwortung von Anfragen, Materialverschikkung, Infoveranstaltungen, etc., etc. — wollen aufrecht erhalten werden. Gerade weil das Interesse für die 3. Welt auch aus der „linken" Blickrichtung abnimmt, halten wir diese Arbeit weiterhin für notwendig.

Warum es uns vielleicht bald nicht mehr geben wird:

Schon jetzt wächst uns die Arbeit über den Kopf, von wünschenswerten Verbesserungen wagen wir kaum noch zu träumen. Unserem Verein stehen für Redaktion, Aboverwaltung, Beantwortung von Informationsfragen etc. nur zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen und eine Praktikantenstelle zu Verfügung. Es erscheint uns kaum möglich, den Anteil unserer ehrenamtlichen Mitarbeiter an der Informationsarbeit noch weiter zu steigern, zumal diese jetzt schon völlig überlastet sind. Nur durch drei Zivildienstleistende ist es überhaupt möglich, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Diese drei Zivildienststellen sind uns jetzt im Zuge der Wendepolitik gesperrt worden. Wir halten dies für einen Versuch, unsere Arbeit abzuwürgen und uns mundtot zu machen.

Von den großen finanzkräftigen Institutionen und Parteien sind wir unabhängig — das soll auch so bleiben. Deswegen sind wir allerdings auf Spenden und Einnahmen aus dem Verkauf der „blätter" angewiesen. Beides, sowohl die Spenden als auch die Einnahmen aus den Abos und dem Materialverkauf sind zurückgegangen.

Was Ihr tun könnt:

— unterstützt uns durch den Beitritt zum „Förderkreis für die blätter des iz3w" mit einem regelmäßigen Dauerauftrag (ab monatlich DM 5,— oder vierteljährlich DM 15,—). Das Abo ist damit bezahlt.

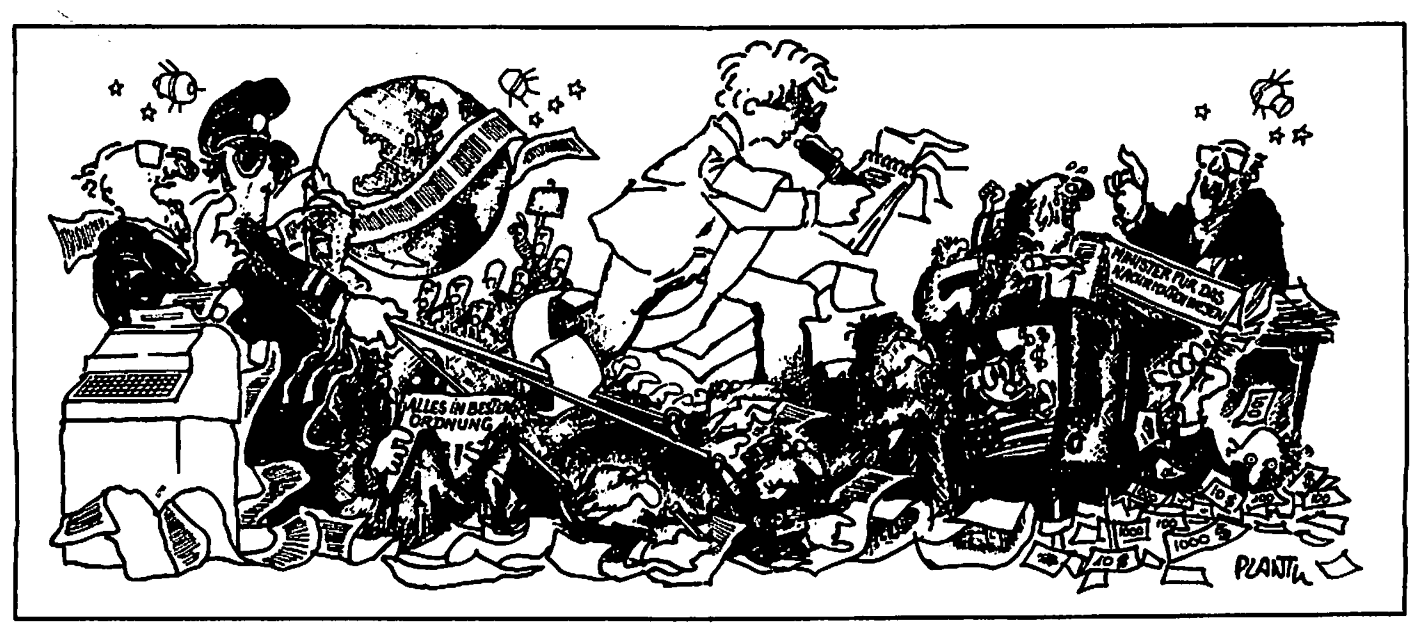
— helft uns durch Geldspenden. Eure Spenden werden vom Finanzamt als steuerlich abzugsfähig anerkannt, wenn Ihr die Spenden auf das Konto 1 249 606 der Stadtkasse Freiburg bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00) überweist. (Verwendungszweck: „Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Freiburg"). Die Stadt leitet das Geld direkt an uns weiter und stellt die Spendenbescheinigung für das Finanzamt aus. Dieses Verfahren der sogenannten „Durchlaufspenden" ist uns vom Finanzamt vorgeschrieben.

— wenn Ihre Eure Spenden nicht steuerlich absetzen könnt, spendet direkt auf unser Konto 148 239-755 beim Postscheckamt Karlsruhe.

— macht nicht nur zur Weihnachtszeit sinnvolle Geschenke: zum Beispiel mit einem Geschenkabonnement an Eure Freunde und Freundinnen!

— unterstützt uns durch Anregungen und Kritik, um die „blätter" inhaltlich und gestalterisch zu verbessern. Wir werden versuchen, Eure Wünsche zu berücksichtigen. Leserbriefe drucken wir in der Regel ab.

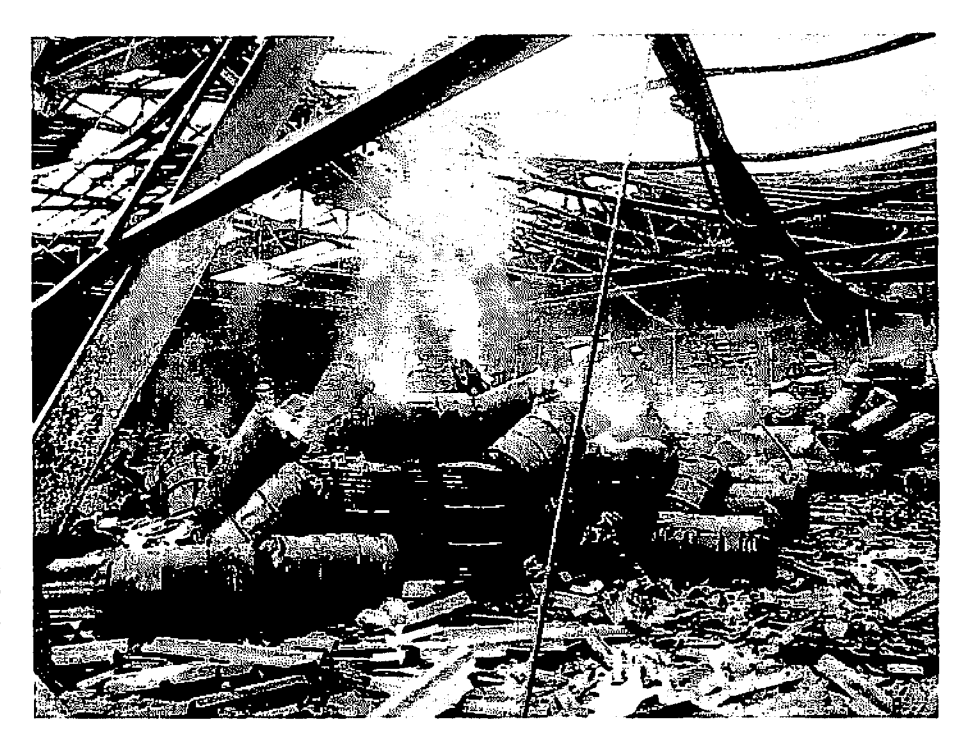
Helft uns diese Arbeit fortzuführen, unterstützt uns gegen die Versuche, unserer Arbeit das Wasser abzugraben.



Basel = Bhopal?

Chemie und Dritte Welt

Gut einen Monat bevor sich die schreckliche Katastrophe von Bhopal zum zweiten Mal jährt, sorgte Anfang November 1986 ein Brand beim Baseler Chemiekonzern Sandoz für eine wochenlang andauernde und Grenzen überschreitende Diskussion über die Sicherheit von Chemieanlagen und über das von ihnen ausgehende Bedrohungspotential. Die Tatsache, daß die in Basel gelagerten und verbrannten Chemikalien für den Export auch und gerade in die Dritte Welt bestimmt waren, war sicherlich nicht der Grund für Willy Brandt, von Basel als dem „Bhopal am Rhein" zu sprechen. Die öffentliche Diskussion war bestimmt vom Fakt der Vergiftung des Rheins durch giftiges Löschwasser und den daraus folgenden Konsequenzen wie hunderttausenden von toten Fischen, Stopp der Trinkwassergewinnung aus dem Rhein und der langanhaltenden Vergiftung des Ökosystems Rhein.



Schwarzer November

Der vorletzte Monat des Jahres 1986 wird als „Schwarzer November" in die Annalen der chemischen Industrie eingehen. Nach dem Brand einer am Rhein gelegenen Lagerhalle des Baseler Chemiekonzerns Sandoz gelangten mit dem Löschwasser hochgiftige Chemikalien in den Fluß. Die Lagerhalle war gefüllt mit rund 1.200 t Chemikalien, darunter knapp 1.000 t Pestizide sowie Lösungsmittel, Emulgatoren und andere Hilfsstoffe. Nach dem Brand, bei dem glückerlicherweise kein Todesopfer zu beklagen war, wälzte sich eine 40 km lange Giftmischung den Rhein hinunter. Nicht vorhandene Auffangbecken hatten zur Folge, daß die beim Brand entstandenen chemischen Verbindungen und die nicht verbrannten Gifte ungehindert in den Rhein flossen. Die 30 bis 40 t umfassende Giftwolke ließ auf ihrer Strecke hin zur Nordsee hunderttausende von toten Fischen zurück, schädigte das Ökosystem Rhein auf Jahrzehnte, führte zur Abschaltung von Wassergewinnung aus dem Rhein bei Wasserwerken und Brauereien und zu dem Verbot, Tiere mit Rheinwasser zu tränken. Der internationale Alarmplan der Rheinanrainer funktionierte zu spät. Bundes- und Landesminister gaben großtenteils falsche und die üblichen beschwichtigenden Auskünfte über die Gefährdung durch die Gifte. Auf bilaterlater Ebene kam es zu Verstimmungen mit der Schweiz. Schadensersatzforderungen wurden erhoben.

Nach dem Brand überschlugen sich die Ereignisse: es wurde jetzt erst bekannt, daß der Basler Konkurrent Ciba Geigy bereits vor dem Brand ebenfalls ein hochgefährliches weil krebserregendes Unkrautvernichtungsmittel mit dem Namen Atrazin in den Rhein abgelassen hatte; ein Leck in einer Rohrleitung führte eine Woche nach dem Brand zu einer zweiten Sandoz-Giftwelle; bei einem Brand einer Kunstharzanlage bei Ciba Geigy wurde die Basler Bevölkerung erneut gefährdet. Tagtäglich berichtete eine sensibilisierte Presse über neue Gewässervergiftungen durch die chemische Industrie. Alle Beschwichtigungen und Beteuerungen der chemischen Industrie, in der hochsicheren Bundesrepublik seien die Basler Ereignisse unmöglich, verwies die Realität in den Bereich der Lügen: Ende November hatten auch die IG Farben-Nachfolger ihren aktuellen Beitrag zur Rhein/Main-Vergiftung geleistet. In Ludwigshafen flossen zwei Tonnen des ebenfalls als krebserregend geltenden BASF-Unkrautvernichtungsmittels 2,4-D in den Rhein; mit 10tägiger Verspätung meldeten die Medien, daß aus dem Hoechster Forschungszentrum Chlorbenzol in den Main gelangte, und schließlich gab Bayer in Krefeld noch einen Schuß Desinfektionsmittel in den arg gebeutelten Fluß.

Sandoz Konzern-Profil

„Rationalisieren, maximieren — bis zum großen Knall". So beschreibt der schweizer Publizist Silvio Bertolami die Konzernpolitik von Sandoz. Konzernchef und Verwaltungsratspräsident Marc Moret führt ein knallhartes Management-Regiment und reduzierte nach seiner Amtsübernahme im Jahre 1981 zunächst einmal den Personalbestand im Stammhaus um 15 %. 40.000 Mitarbeiter weltweit erwirtschafteten dem Konzern im letzten Jahr einen Umsatz von 8.453 Millionen Franken. Damit ist Sandoz hinter Ciba Geigy (18,2 Mrd. Franken) und Roche (8,9 Mrd. Franken) der drittgrößte Schweizer Chemiekonzern.

Die erfolgreichste Sandoz-Sparte ist

der Pharmabereich, gefolgt von neuen Chemikalien, Saatgut, Ernährung und Agro (Pestizide). Auf dem Bauchemikalienmarkt ist Sandoz weltweit die Nummer 2, bei Pestiziden und Pharmazeutika liegt Sandoz jeweils auf Platz 12 der weltweit Größten (Weltmarktanteil 3 bzw. 1,9 %). Bekannte Sandozprodukte in der Sparte Ernährung sind: Wasa-Knäcke, Ovomaltine und Isostar.

Im Pestizidbereich ist Sandoz in den letzten Jahren vor allem durch die Übernahme US-amerikanischer Firmen bekanntgeworden. Mit der neu akquirierten VELSICOL CORP. übernimmt Sandoz eine Pestizidfirma, die durch ihre „Phosvel Zombies" traurige Berühmtheit erlangte (bei der Produktion von Phosvel (Leptohos) erlitten die Velsicol-Arbeiter starke Nervenkrankheiten). Mit der Übernahme von ZOECON im Jahre 1983 ist Sandoz in die Spitze der biologischen und biotechnologischen Pflanzenschutzforschung vorgedrungen. Wenn Sandoz nach dem Brand erklärte, die Produktion der älteren Phosphorsäurester-Pestizide nun zu reduzieren, so liegt dies voll im Trend der Konzernstrategie, die langfristig auf die neuen Mittel setzt. Diese Strategie hat zur Folge, daß die neuen, teureren und vermutlich nicht so gefährlichen Mittel ihren Absatz in den Industrienationen finden; die alten, giftigeren und billigeren Pestizide in den Export in die Dritte Welt gehen.[1]

Sandoz und die Dritte Welt

Die schweizerische Pestizidindustrie ist wie ihre bundesrepublikanische Konkurrenz hauptsächlich auf das Exportgeschäft angewiesen. Die in Basel gelagerten Pestizide waren deshalb hauptsächlich und in einigen Fällen ausschließlich für den Export bestimmt. Mehr als die Hälfte der gelagerten Pestizide bestand aus den beiden Insektengiften Disulfoton (323 t) und Thiometon (285 t). Disulfoton und Thiometon sind auch für den Menschen hochgiftige Substanzen, die als Nervengifte zu der Stoffklasse der Phosphorsäureester (organische Phosphorverbindungen) gehören. Beide Mittel sind in der Schweiz zwar noch zugelassen, haben aber keinen Inlandsmarkt mehr. Sie gehören einer hohen Giftklasse an, ihre Anwendung ist somit mit Auflagen verbunden und deshalb greifen die Schweizer Bauern lieber zu den geringer giftigen Insektenvernichtungsmitteln. Das in Basel gelagerte Disulfoton und Thiometon wartete auf den Export in Länder wie Sudan, Brasilien, Venezuela, Nicaragua und andere.

In der Lagerhalle befanden sich auch 12 t einer organischen Quecksilberverbindung (Ethoxyethyl-Quecksilberhydroxid), die als Saatgutbeize Verwendung findet. Die hochgiftigen Quecksilberverbindungen sind in Österreich wie in der BRD verboten. Nach Sandoz-Angaben sollte das Quecksilberbeizmittel demnächst vernichtet werden. Es gibt jedoch Anlaß zu der Vermutung, daß nur auf einen Käufer im Ausland gewartet wurde.

Neue Exportstrategie

Die Überprüfung der Rechtssituation für die Mittel Disulfoton und Thiometon in der Bundesrepublik bringt zunächst keine überraschenden Ergebnisse. Beide Wirkstoffe sind zugelassen, es gibt aber keine sie enthaltende Mittel auf dem Markt der Bundesrepublik.[2] Im internationalen Bayer-Prospekt wird das disulfotonhaltige Mittel Disyston zum Einsatz u.a. beim Baumwoll-, Erdnuß-, Kaffee-, Tabak-, Reis-, Gemüse-, Getreide- und Zierpflanzenanbau empfohlen. Eine Nachfrage bei Bayer ergab: ja, das Mittel würde noch von Bayer produziert, sei jedoch in der BRD nicht mehr im Handel, auf den Weiterlauf der Zulassung lege der Konzern großen Wert, da sich dadurch das Mittel besser im Ausland verkaufen würde.[3] Somit ergibt sich bei uns für Disulfoton dieselbe Situation wie in der Schweiz: das Mittel ist von den Inlandsmärkten verschwunden, die Aufrechterhaltung der Zulassung wertet für ausländische Käufer das Image gefährlicher Pestizide auf.

Vergessenes Bhopal

Auch zwei Jahre nach der Katastrophe, die in der Nacht zum 3. Dezember 1984 nach dem Ausbruch von giftigen Methyl-Isocyanat-Gasen aus der Pestizid-Fabrik des US-amerikanischen Konzerns Union Carbide zum Tod von 2.000 bis 5.000 Bewohnern[4] Bhopals führte, ist das soziale Leben in Bhopal immer noch durch die Folgewirkungen der Katastrophe maßgeblich gestört. Die Vergiftungsspätfolgen bedeuten für tausende Arbeitsunfähigkeit und lebenslange Schmerzen und haben zur Vergrößerung des Elends in der indischen Stadt geführt. Verstreute kleine Zeitungsmeldungen über die Schadensersatzklage und vereinzelte Artikel halten die Erinnerung an Bhopal nur mühsam wach. Bhopal als Schlagwort ist zwar in aller Munde, die spätestens seit Bhopal notwendige Auseinandersetzung mit Fragen der Produktionsauslagerung, der Arbeitsschutz- und Umweltschutzstandards in den Multifilialen in der Dritten Welt und anderen findet jedoch nur sporadisch statt.[5] Auch die Arbeit der Selbsthilfegruppen, die sich in Bhopal nach der Katastrophe gebildet haben, findet in der Bundesrepublik nur wenig Beachtung. Auf dem Buchmarkt, der häufig Barometer für die bewegenden Themen ist, sind Publikationen über Bhopal rar.[6] Die Distanz zu Indien ist zu weit, die persönliche Betroffenheit anscheinend zu gering, als das eine kontinuierliche Arbeit zu Bhopal erfolgen würde.

Die juristischen Folgen der Katastrophe erreichen zunehmend groteskte Formen. Nach dem die indische Regierung im Sommer 1986 eine (neue) Schadensersatzklage gegen Union Carbide erhoben hatte, reagierte der Konzern Mitte November 1986 mit einer Gegenklage. Die Schuld läge, so Union Carbide, bei der indischen Regierung und den einheimischen



Behörden, die die Sicherheit der Pestizidfabrik nicht gewährleistet und das Entstehen des durch die Vergiftung maßgeblich betroffenen Elendsviertels um die Firma herum zugelassen hätten. Die indische Regierung wiederum stellte daraufhin eine neue Klage und fordert nun ca. 6,3 Mrd. DM Schadensersatz für die entstandenen Sach- und Umweltschäden sowie für die durch die anhaltenden Gesundheitsschäden verursachten Kosten. 1986 wurden bereits drei Konsumgütersparten des Konzerns verkauft (darunter auch das profitable Batteriegeschäft); inzwischen bietet Union Carbide auch seine 13 in- und ausländischen Pestizidfirmen zum Verkauf an.[7] Als europäische Kaufinteressenten gelten Rhône Poulenc und die bundesdeutsche Schering AG. Ein indisches Gericht hat die weiteren Verkaufsabsichten des Konzerns im November 1986 zunächst untersagt, um zu klären, ob durch den Verkauf von Unternehmensteilen und durch das Ausschütten von Dividenden die Schadensersatzforderungen beeinträchtigt werden können.

Basel und Bhopal

Sicherlich drängen sich einige Parallelen auf: wie in Bhopal so war auch in Basel unklar, welche Stoffe durch die Katastrophe freigesetzt wurden. Der Münchener Giftexperte Prof. Daunderer schätzt, daß die Basler Brandgaswolke bis zu fünftausend verschiedene giftige Substanzen enthielt. Die Analyse der wichtigsten Stoffe wird Monate erfordern.[8] In beiden Fällen spielte auch der aus dem 1. Weltkrieg als Kampfgas bekannte chemische Grundstoff Phosgen eine Rolle. In Bhopal diente er zur Produktion des Methyl-Isocyanats, in Basel lagerten Phosgen und andere giftige Stoffe nur wenige Meter vom Brandherd. Die Information der Bevölkerung war in beiden Fällen falsch und unvollständig, die Reaktion der jeweiligen Behörden geprägt durch Hilflosigkeit.

Aber: Basel hat bisher kein direktes Todesopfer gefordert, über die Langzeitschäden kann nur vage spekuliert werden. Wer deshalb von einem „Bhopal am Rhein" spricht, läßt zu leicht die Tatsache unberücksichtigt, daß in Bhopal tausende den Tod fanden und nicht nur die Natur sondern auch das soziale Leben auf Dauer geschädigt wurden. In Bhopal wie in Basel hat die chemische Industrie ihr bedrohliches und tödliches Gefährdungspotential offenbart. Sichere Chemieanlagen gibt es weder in Bhopal noch in Basel und auch nicht bei Bayer oder bei der BASF.

Jürgen Knirsch, Biologe, ist Mitarbeiter vom Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN), Hamburg.

Anmerkungen:
1. Siehe Weltwoche Nr. 47 v. 20. Nov. 1986, S. 25—26; Chemische Industrie Heft 7/86, S. 552—555; ECN (Fertilizers & Agrochemicals Supplement) Febr. 1986, S. 35—36.
2. Disulfoton-Granulat von Bayer war zuletzt ausschließlich für den Einsatz bei Saatgutkartoffeln zugelassen. Der internationale Bayer-Katalog propagiert jedoch den Einsatz des Mittels in vielen Nahrungskulturen (siehe Text).
3. Nach der bestehenden Gesetzeslage können Pestizide auch ohne Zulassung anstandslos exportiert werden.
4. Die offiziellen Zahlen sprechen von 2.347 Toten.
5. Lobenswerte Ausnahmen sind die Beiträge von Erwin Jurtschitsch (in dem READER ZUM 1. INTERNATIONALISMUS-KONGRESS DER GRÜNEN, Kassel Okt. 1985) und von *Ralf Kilger* (in Öko-Mitteilungen Nr. 4/Oktober 1986). Siehe dazu auch Frank Claus: Umweltchemikalien; in: BLÄTTER DES IZ3W, Nr. 124, Mai 1985.
6. Die Industrie hat ihre Bhopal-Studie als eine „kritische Analyse ereignisbezogener Berichterstattung von Massenmedien am Beispiel ‚Chemieunglück Bhopal'" vorgelegt. Siehe dazu Dorit Classen: Die vergiftete Meinung, Köln 1986.
7. Im Vergleich zu geforderten Schadensersatzsummen ist der Jahresumsatz der Pestizidsparte von Union Carbide mit ca. 500 Millionen $ gering. Das Bhopal-Werk ist von den Verkaufsabsichten ausgenommen worden.
8. Siehe Interview mit dem Toxikologen Max Daunderer in der Weltwoche Nr. 47 v. 20. 11. 1986, S. 27.

Sri Lanka

„Ich werde diesen Krieg gewinnen..."



Singalesische Oppositionsführer im Gespräch mit tamilischen Guerilla *Foto: Südostasienbüro Wuppertal*

Die militärische Lösung des Tamilenkonflikts

Mitte 1983 kam es in Sri Lanka zu den bisher schwersten anti-tamilischen Ausschreitungen. Die Unruhen waren der traurige Höhepunkt des seit Mitte der 50er Jahre immer schlechter werdenden Verhältnisses zwischen der sinhalesischen Mehrheitsbevölkerung und der tamilischen Minderheit. Zahlreiche Diskriminierungen der tamilischen Bevölkerung hatten bis Mitte der 70er Jahre bei Teilen der Minderheitengruppe zu einer Radikalisierung und zur Forderung eines unabhängigen tamilischen Staats geführt. Besonders nach der Regierungsumbildung und dem Machtantritt der „United National Party" (UNP) nahm der Konflikt an Schärfe und Ausmaß zu. Opfer der Politik waren in erster Linie tamilische Zivilisten. Während der letzten 3 Jahre sollen etwa 4.000 Tamilen umgekommen sein. Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit den Entwicklungen der letzten beiden Jahre, den von der Regierung Sri Lankas getroffenen Maßnahmen und den Auswirkungen, die diese für das Land und die Bevölkerung hatten.

Sinhalesische und tamilische Politiker trafen sich im Juli und August 1986 in Colombo (unter Ausschluß der tamilischen Guerilla) zu Verhandlungen. Eine dritte Verhandlungsrunde soll in der indischen Hauptstadt New Delhi stattfinden.

„Ich werde diesen Krieg gewinnen ... Ich bin zu der Ansicht gekommen, daß nur der Erfolg zählt. Mir ist egal, was in New Delhi, London oder anderen Ländern gesagt wird. Das Problem liegt darin, wie schnell ich die militanten (Tamilen) ausrotten kann. Und ich bin dabei, dies zu erreichen ... Ich habe jetzt mehr Waffen zur Verfügung. Länder wie Pakistan bilden meine Leute aus. 1985 hat Pakistan 60 Offiziere und 1.500 junge Soldaten ausgebildet. Auch die Luftwaffe wird (jetzt) von Ausländern ausgebildet."[1]

Der hier von Jayawardene beschriebene Weg zur Lösung des Konflikts ist charakteristisch für das Vorgehen der Regierung Sri Lankas während der letzten Jahre, steht jedoch in krassem Gegensatz zu Aussagen von Delegierten des Landes, die auf den Zusammenkünften der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen immer wieder den Willen zu einer politischen Lösung verkündeten. Politische Verhandlungen blieben jedoch aus oder scheiterten wie die sog. Allparteienkonferenz des Jahres 1984 oder die Verhandlungen im Himalayakönigreich von Bhutan 1985. Für die beiden Verhandlungsrunden hatte sich immer wieder der Nachbar Indien stark gemacht, während die Regierung von Sri Lanka diese Zeiten, die für die meist auch ein Waffenstillstandsabkommen existierte, als „Verschnaufpause" für ein militärisches Aufrüsten nutzte.

Die Maßnahmen, die von der Regierung in Colombo während der letzten beiden Jahre zur „Lösung" des Konfliktes getroffen wurden, demonstrieren eine Politik, die auf militärischer Konfrontation basiert. Die militärischen Aktionen der Sicherheitskräfte richten sich dabei besonders gegen tamilische Zivilisten und erwecken den Eindruck einer inoffiziell existierenden Doktrin der kollektiven Bestrafung einer ganzen Bevölkerungsgruppe. Hauptaspaekte der verschlechternden Situation sind:

1. Militärausgaben, Aufstockung der Streitkräfte und die Auswirkungen auf die Wirtschaft

Seit 1977 hat sich das Verteidigungsbudget nach offiziellen Angaben um das Zehnfache vergrößert, es soll derzeit umgerechnet jährlich etwa 900 Mio. DM ausmachen.[1a]

Sicherheitsminister Lalith Athulathmudali hat auf einer Kabinettszusammenkunft am 16.10.85 Wünsche geäußert, die personelle Stärke der Streitkräfte auf 100.000 Mann anzuheben. Bisher ist es nicht dazu gekommen, weil dies den Verteidigungshaushalt nochmals drastisch erhöhen würde. Trotzdem warb die Regierung nach den Aussagen eines Sicherheitsministers seit Anfang 1986 in Zeitungsanzeigen für „eine abenteuerliche Herausforderung und lohnenswerte Karriere in den Streitkräften".

In den nördlichen und besonders östlichen Landesteilen sind zahlreiche para-

militärische Einheiten oder Sonderkommandos der Polizei stationiert. Hier sind besonders die „Special Task Force" (siehe Punkt 2) und die sogenannten „home guards" (Bürgerwehren) zu erwähnen. Home-Guards, die von lokalen Parlamentsabgeordneten rekrutiert, kontrolliert und eingesetzt werden, wurden besonders in den Gebieten der Ostprovinz eingesetzt. Zum Teil setzen sie sich aus Mitgliedern der der Regierung nahestehenden Schlägertrupps zusammen. In der Vergangenheit waren die Home-Guards für zahlreiche Morde, Vergewaltigungen, Plünderungen und Brandschatzungen verantwortlich, so z. B. am 25. 12. 85 und am 6. 3. 86. Im ersten Fall wurden von Home-Guards zwei tamilische Frauen vergewaltigt und anschließend ermordet (Mutur/Trincomalee, „Citizenscommittee" von Trincomalee in einem Brief an die Kommission zur Überwachung des Waffenstillstands vom 31. 12. 85).[2] Im zweiten Fall ermordeten Home-Guards 5 Personen (1 Mann, 3 Frauen und 1 Kind) in Kanniya.[3]

Auch Jugendliche und Schüler werden rekrutiert und militärisch ausgebildet. Unter einem neuen „Kadetten Ausbildungsprogramm" (Cadet Training Scheme) sollen 4.000 Kadetten ausgebildet werden, ihre Zahl soll auf 10.000 anwachsen. Ihre Ausbildung wird von ehemaligen, jetzt pensionierten Angehörigen der Streitkräfte in Ratmalana (nahe Colombo) durchgeführt. Auch 400 Schülerinnen soll militärisches Training zuteil werden.

Eine neu geschaffene „Special Operation Unit", die dem „National Intelligence Bureau" untersteht, ist im für die Wirtschaft wichtigen Plantagensektor eingesetzt. Ende 1985 wurden von dieser „Einheit" zahlreiche tamilische Plantagenarbeiter verhaftet, verhört und teilweise gefoltert. Ihnen wurden Verbindungen zu militanten tamilischen Organisationen zur Last gelegt. Die meisten von ihnen waren jedoch unschuldig. Verhaftungen werden häufig aufgrund von anonymen Beschwerdebriefen, die an die örtlichen Polizeistationen gerichtet sind, durchgeführt. Charakteristisch für das Auftreten der „Special Operation Unit" ist die Zivilkleidung der Beamten, die häufig in Fahrzeugen auftauchen, die der Regierung von internationalen Behörden im Rahmen der Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt wurden.

Anfang Oktober 85 erließ die Regierung ein Gesetz zur Mobilisierung von zusätzlichen Streitkräften (Mobilisation and Supplementary Forces Act), das die Dienstpflicht von volljährigen männlichen Zivilisten für die Streitkräfte und paramilitärische Einheiten vorsieht. Dadurch wird das öffentliche Leben weiter militarisiert. Die wenigen Abgeordneten der Opposition, die den Gesetzesentwurf scharf kritisierten, befürchten u. a., daß der Regierung durch das Gesetz auch die Möglichkeit gegeben wird, die Opposition im Lande zu zerschlagen. Sicherheitsminister Athulathmudali erklärte jedoch, daß das Gesetz vorläufig keine Anwendung finden würde, daß sich genügend Freiwillige für die Streitkräfte fänden.

Bedingt durch die hohen Verteidigungsausgaben und den Rückgang der Einnahmen aus Tee-Exporten (Rückgang um 35 % zwischen 1984 und 1985) und der Tourismusindustrie (zwischen 1982 und 1985 Rückgang um ca. 40 % auf jährlich etwa 250.000) rechnet die Regierung im laufenden Jahr mit einem Haushaltsdefizit von umgerechnet 2,5 Mrd. DM. Anfang dieses Jahres kündigte Finanzminister de Mel bereits den Stop oder die Gefährdung neuer Entwicklungsvorhaben an.[4]

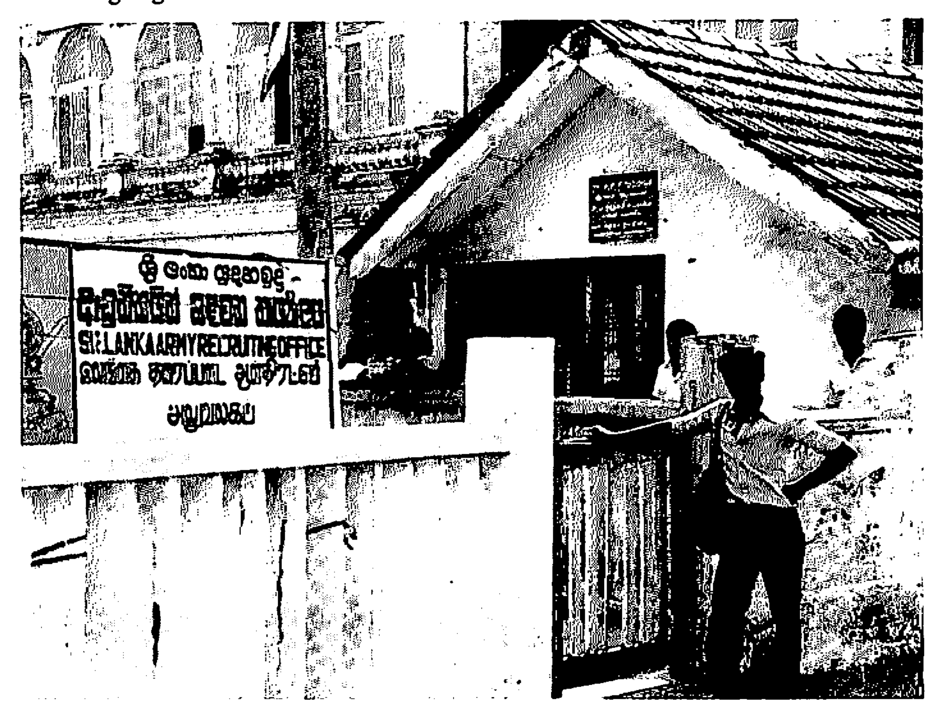
Wie dramatisch die Krise der „öffentlichen Hand" ist, zeigen zwei Zitate aus der Landespresse. „Für den öffentlichen Dienst kann es dieses Jahr keine Gehaltserhöhungen geben. Der Grund dafür sind die hohen Verteidigungsausgaben." (Präsident Jayawardene in „The Island", 22. 3. 86). „Wenn nicht bald eine Lösung des ethnischen Konflikts gefunden wird, nähert sich das Land einem Desaster." (Finanzminister Ronnie de Mel in „The Island", 22. 3. 86).

Trotz zahlreicher Proteste von internationalen Organisationen hat Sri Lanka bei den letzten Verhandlungen des „Sri Lanka Aid Consortiums", dem zahlreiche westliche Geberländer (auch die Bundesrepublik) angehören, neue Hilfszusagen erhalten.[5] Am 24. 7. 86 verkündete Finanzminister de Mel anläßlich einer Parlamentsdebatte seinen Verhandlungserfolg: „Ich möchte ausdrücklich erklären, daß nicht eine Rupie dieser Hilfen für Verteidigungs- oder Sicherheitsmaßnahmen verwendet wird ... (diese Ausgaben) werden von den Steuerzahlern Sri Lankas getragen ..."[6]

Der Minister gab auch zu, daß die Wirtschafts- und Finanzprobleme in erster Linie auf den hohen Verteidigungsetat zurückzuführen seien.

2. Die Einbeziehung von ausländischen Söldnern

Verhandlungen zwischen Israel und Sri Lanka wegen militärischer Unterstützung begannen im August 1983 mit dem geheimen Besuch Israels durch den Kabinettssekretär G.V.P. Samarasinghe. Am 24. 5. 84 wurde in Colombo eine sog. Israelische Interessenvertretung (Interest Section) innerhalb der US-amerikanischen Botschaft eröffnet. Israel hatte nach Aufkündigung des diplomatischen Vertrages durch die ehemalige Premierministerin Bandaranaike Anfang der 70er Jahre keine Vertretung mehr in Colombo.



Rekrutierungsbüro für Freiwillige im ehemaligen Ausbildungsministerium *Foto: Walter Keller*

Die Geschäfte der Interessenvertretung wurden anfangs von David Matnai, der im April 84 nach Sri Lanka kam, geführt. Zu dieser Zeit gab es zahlreiche Proteste gegen die Aufnahme von erneuten Beziehungen mit Israel, besonders durch die moslemische Bevölkerung des Landes (ca. 1 Mio.). Offiziell wurde bekanntgegeben, daß die Kooperation ausschließlich entwicklungspolitische Gründe habe, und Israelis nur als „landwirtschaftliche Berater" tätig seien. Von Oppositionellen wurden sie jedoch als Angehörige des Geheimdienstes „Shin Beth" bezeichnet. Diese Vermutungen wurden dann sowohl von Präsident Jayawardene in einem Interview vom 7. 6. 84 („Sie kamen zur Terroristenbekämpfung") als auch am 11. 8. 84 durch Sicherheitsminister Athulathmudali bestätigt. Die Regierung widersprach allerdings Vermutungen, daß auch Angehörige der israelischen Spiona-

geabwehrbehörde „Mossad" im Land seien.

Bald nach der Ankunft von israelischem „Personal" konnte eine Veränderung der militärischen Aktivitäten der Sicherheitskräfte Sri Lankas in den tamilischen Gebieten festgestellt werden. Sie wandten Methoden an, die ähnlich der von Israel praktizierten Strategie in der besetzten Westbank sind.

Eine „Special Task Force" (STF), die etwa aus einer Kommando-Einheit von 1.000 Mann besteht, wurde mit Hilfe ausländischer Söldner der „Keeny Meany Services" (KMT), mit einem Unternehmen mit Sitz auf den Channel Island, etabliert. Die Einheit, die in der Ostprovinz stationiert ist und als äußerst brutal gilt, untersteht weder dem Einsatzbefehl des Generalinspekteurs der Polizei noch dem des Oberkommandierenden der Streitkräfte. Inoffiziellen Berichten zufolge scheint sie im Einflußbereich des Sohnes von Präsident Jayawardene, Ravi Jayawardene, zu liegen, der keinerlei Regierungsamt innehat. Die STF ist für viele außergerichtliche Tötungen sowie Entführung von Personen verantwortlich. Derzeit baut die Regierung für die STF ein Ausbildungszentrum in Kadawatte, nahe Colombo. In einem Interview mit der in Indien erscheinenden Tageszeitung „The Hindu" vom 28. 1. 86 lobt Präsidett Jayawardene die Arbeit der STF und die ihrer Ausbilder: „... Es gibt einige englische Piloten, die unsere Leute ausbilden. Engländer bilden die STF aus. Das verleugnen sie nicht ... wir bezahlen die Leute (sie sollen bis zu 100.000 Rs. verdienen, der Verf.), sie kommen und bilden aus. (Jetzt) leistet die STF hervorragende Arbeit, sie ist sehr diszipliniert ... Sie ist in der Ostprovinz stationiert. Die Leute sind beste (anti)-Guerillakämpfer. Und sie wurden bereits in Rhodesien und im Oman eingesetzt, um Guerillas zu bekämpfen. Überall in der Welt bilden sie Leute aus. Wir haben ihre Dienste in Anspruch genommen ... irgendetwas mußte ich tun."

Auch den USA wurde während der letzten Jahre immer wieder ein Interesse an zunehmendem Einfluß in der Inselrepublik nachgesagt. Unter anderem waren sie stark am Hafen von Trincomalee an der Ostküste interessiert, um diesen für „rest and recreation facilities" zu nutzen. Ansätze zu einem starken strategischen Interesse der USA an Sri Lanka lassen sich erkennen:

- gegenseitige Besuche hoher Politiker aus beiden Ländern häufen sich in den letzten 2 1/2 Jahren[7]
- Am 15. 1. 85 wurden 400 ha Land, auf dem zuvor 200 Familien in 2 Dörfern lebten, an den amerikanischen Sender „Voice of America" zum Bau des größten Senders außerhalb der USA vergeben. Die Station soll u. a. in der Lage sein, Sendungen in der Region zu stören und hat Verbindungen zu Kommunikationssatelliten.

Die USA sind bisher jedoch noch nicht direkt in den Konflikt verwickelt (Waffenlieferungen an Sri Lanka, die aus Pakistan, China und Singapur kamen, werden jedoch allgemein als aus den USA stammend bezeichnet). Zum Oktober haben die USA jedoch angekündigt, Sri Lanka beim „Kampf gegen den internationalen Terrorismus" zu unterstützen. Obwohl die Amerikaner zu betonen versuchen, sie beabsichtigten eine Differenzierung bezüglich einer Unterstützung Sri Lankas im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und einer direkten Hilfestellung der Colombo Regierung bei ihren Problemen mit aufständischen Tamilen, könnte militärisches Gerät auch im Kampf gegen die tamilische Guerilla eingesetzt werden.



Jeder 7. Tamile/in ist heute ein Flüchtling. Allein 130.000 Tamilen aus Sri Lanka sind während der letzten Jahre ins benachbarte Indien geflohen *Foto: Walter Keller*

3. Ansiedlung von Sinhalesen

1985 verkündete die Regierung ein Programm, das die Ansiedlung von 200.000 bewaffneten sinhalesischen Zivilisten in überwiegend von Tamilien bewohnten Gebieten, besonders in der Ostprovinz, vorsieht. Ziel ist anscheinend, den demographischen Charakter dieser Gebiete zu verändern. Aufgrund der zunehmenden Spannungen weigern sich jedoch vermehrt die Sinhalesen, in die für sie vorgesehenen Gebiete umzusiedeln. Die Regierung wird wohl deshalb ihr Ziel, 200.000 Personen umzusiedeln, nicht erfüllen können. Angaben der in Indien erscheinenden Zeitung „The Hindu" zufolge sollen bewaffnete Zivilisten in den betreffenden Gebieten der Ostprovinz mit Unterstützung der Sicherheitskräfte in der jüngeren Vergangenheit über 100 Dörfer angegriffen und zum Teil zerstört haben.[8]

4. Einschränkung der Bewegungsfreiheit

Eine Serie von Maßnahmen, die aufgrund bestehender Notstandsgesetzgebungen erlassen wurden, hat zur Institutionalisierung einer kollektiven Bestrafung aller Tamilen geführt. Die Maßnahmen erinnern an israelische Bestimmungen für die Gebiete der besetzten Westbank. Unter anderem wurden von der Regierung folgende Bestimmungen erlassen:

- Errichtung einer **Sperrzone** (Prohibited Zone) von 5 km und 100 m landeinwärts entlang der gesamten Küste der Nordprovinz. Die Arbeit von schätzungsweise 200.000 Fischern wurde dadurch beeinträchtigt;
- Eine **Überwachungszone** (Surveillance Zone) entlang der Nordküste;
- Eine **Nichteintrittszone** (non-entry-zone) für die nördlichen Seegebiete zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr morgens;
- Eine **Sicherheitszone** (security zone) für den Küstenstreifen von der im äußersten Norden gelegenen Stadt Point Pedro bis hinunter in den Südosten.
- Eine **Sicherheitszone** für die Distrikte Jaffna und Kilinochchi aufgrund der Ausnahmebestimmung Nr. 1 von 1984, die ähnlich der Bestimmung Nr. 3" der Israelis für die Westbank ist. Diese Bestimmung beinhaltet folgendes:
  - Personen müssen ihren Personalausweis (identity card) mitführen,
  - Zum Verlassen und für den Eintritt in diese Zone ist eine Genehmigung der Polizei notwendig,
  - Kein Besitz von Fahrzeugen ohne Genehmigung der Polizei,
  - Nutzung von Fahrzeugen nur auf

spezifizierten Straßen und nur zu bestimmten Tageszeiten,

- Nutzung von Motorrädern nur in spezifizierten Farben,
- Einschränkung der verfügbaren Tankstellen
- Personen — ausgenommen autorisierte Händler — dürfen nicht mehr als 10 Liter Treibstoff besitzen,
- Autorisierte Händler dürfen nicht mehr als 10 Liter Treibstoff an eine Person abgeben,
- Sicherheitskräfte sind befugt, alles zu zerstören oder abzureißen, was ihre Sicht beeinträchtigt,
- Sicherheitskräfte werden befugt, Grundstücke oder Häuser zu durchsuchen und Fahrzeuge zu beschlagnahmen.

Am 28. 11. 84 gab der Minister für Sicherheit, Athulathmudali, zu, daß „viele der Restriktionen sicherlich unerfreulich sind und das Leben vieler Menschen beeinträchtigen, die selber nicht für die derzeitige Situation verantwortlich gemacht werden können."

Im Januar 1986 verkündete die Regierung die Schaffung einer 1.000 m breiten **Sicherheitszone** um Armeelager herum, die in den Distrikten des Nordens und Ostens liegen. Innerhalb dieser Zone können Sicherheitskräfte Luftangriffe durchführen sowie Kartuschen abfeuern. Die Bestimmung gilt für den Falle eines Angriffes auf Armeelager von außen, obwohl die Opfer solcher Bombardierungen unschuldige Zivilisten sein könnten. Diese Anordnung, die bereits zu zahlreichen Todesopfern geführt hat, ist von der tamilischen Bevölkerung stark verurteilt worden. Die in Jaffna erscheinende Wochenzeitung „Saturday Review" spricht von Aktionen, „die die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen". Besonders schlimm von der Bestimmung betroffen ist das dicht bevölkerte Gebiet in unmittelbarer Nähe zu einem der größten und wichtigsten Armeestützpunkte, dem sog. Jaffna-Fort. In der 1.000 m Zone um das Armeelager liegen unter anderem Schulen, Krankenhäuser, die meisten Behörden der Stadt, der Bazaar, das Postamt und der Busbahnhof.

Gefechte in der tamilischen Guerilla

Zwischen 100 und 200 Guerillas und mindestens 10 Zivilisten sind bei den bisher schwersten Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Tamilengruppen im Norden von Sri Lanka ums Leben gekommen. die Kämpfe haben unter Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten Ende April 86 begonnen.

Bei den meisten der Opfer handelt es sich um Mitglieder der „Tamil Eelam Liberation Organisation", (TELO), deren Verstecke von Einheiten der „Liberation Tigers of Tamil Eelam", (LTTE), angegriffen wurden, nachdem zuvor zwei führende LTTE-Mitglieder entführt worden waren. Die Kämpfe waren im Norden von Jaffna ausgebrochen und hatten sich über weite Teile der Halbinsel ausgebreitet.

„Was ist das für eine Befreiung, wenn unsere eigenen Leute sich bekämpfen", haben sich viele Tamilen gefragt. Ein Großteil der tamilischen Zivilisten hatten in den militanten Organisationen Beschützer vor den permanenten Übergriffen der lankanischen Sicherheitskräfte gesehen. Mehr und mehr hatten sie sich wegen der zunehmenden Repression auch den Forderungen der Militanten nach einem unabhängigen Tamilenstaat angeschlossen. Sie versorgten die Guerillas mit Geld und Nahrung oder gewährten einzelnen Kämpfern vorübergehend Unterschlupf. So wuchs die Stärke der „Boys", wie die Mitglieder der Guerillas freundschaftlich genannt werden, innerhalb der letzten sieben Jahre von wenigen Hundert auf Zehn- bis Fünfzehntausend an.

Die oft gezeigte Sympathie der Bevölkerung für ihre „Befreier" erhielt jedoch immer wieder Dämpfer. Gab es Mitte der 70-er Jahre nur eine „Befreiungsbewegung", so kam es in den folgenden Jahren immer wieder zu Abspaltungen und Neugründungen von militanten Gruppierungen. Meist waren es persönliche Querelen um den Führungsanspruch, die zu der Zersplitterung führten. Programmatische, ideologische oder strategische Differenzen zwischen Gruppen waren anfangs kaum feststellbar: Alle haben den Kampf für einen unabhängigen Tamilenstaat auf ihre Fahnen geschrieben, obwohl einige Organisationen heute auch eine Föderation akzeptieren würden. Einigkeit bestand zumindest auch darin, daß der Feind nicht die sinhalesische Bevölkerung schlechthin ist, sondern die von Sinhalesen dominierte Regierung und die brutal agierenden Besatzungstruppen.

Erst nach den landesweiten Unruhen des Jahres 1983 gab es Anzeichen für einen Zusammeschluß der unkoordiniert operierenden Guerillagruppen, die mittlerweile im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu ihre Basen unterhielten. Einem losen Bündnis der „Eelam People's Revolutionary Liberation Front", (EPRLF), der „Eelam Revolutionary Organisation", (EROS) und der „Tamil Eelam Liberation Organisation", (TELO), traten dann im Frühjahr 1984 auch die „Liberation Tigers of Tamil Eelam", (LTTE), bei. Der Zusammenschluß sollte aber die Unabhängigkeit der Organisationen nicht berühren. Die fünfte große Gruppe, die „People's Liberation Organisation of Thamileelam", (PLOT), blieb diesem Bündnis jedoch fern. Unüberbrückbare persönliche Gegensätze trennen die Führer von PLOT und LTTE, Uma Maheswaran und Prabhakaran. [9a]

Die Gründe für die neuerlichen Auseinandersetzungen zwischen TELO und LTTE, die ein bisher nicht gekanntes Ausmaß angenommen haben, sind im Bestehen der LTTE nach einer Vormachtstellung in den nördlichen Gebieten sowie innerhalb der Gruppierungen zu sehen.

5. Anstieg von willkürlichen und außergerichtlichen Tötungen durch Sicherheitskräfte

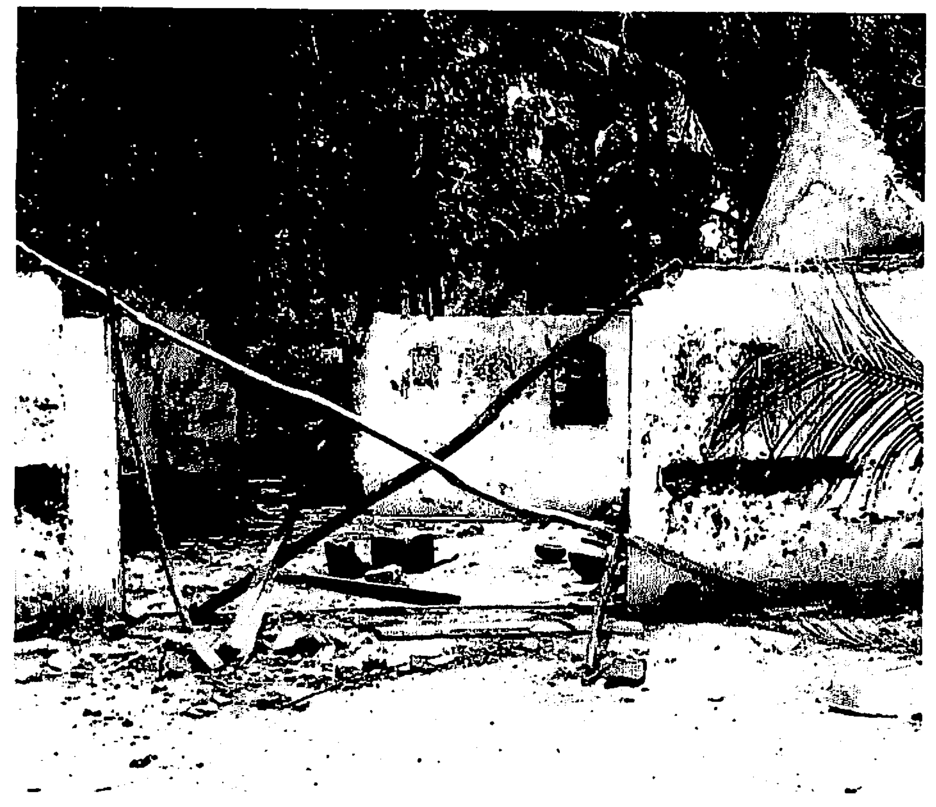
Außer den willkürlichen Verhaftungen, Inhaftierungen und Folgerungen durch die Sicherheitskräfte, über deren Umfang zahlreiche Dokumentationen internationaler Menschenrechtsorganisationen vorliegen, kam es besonders 1985 und zu Beginn des Jahres 1986 zu einem rapiden Anstieg in der Zahl von willkürlichen und außergerichtlichen Tötungen. Die Opfer waren überwiegend unschuldige Tamilen, Frauen und Kinder, Junge und Alte eingeschlossen. Die Regierung spricht bei solchen Aktionen fast ausschließlich von erfolgreichen „combing out operations" (Aufspüraktionen) auf Trainingslager „terroristischer Vereinigungen". Zugenommen haben auch Vergeltungsaktionen der Sicherheitskräfte gegen Tamilen nach angeblich von tamilischen Guerillaorganisationen verübten Anschläge auf sie. Menschenrechtsorganisationen haben dokumentiert, daß für die Tötung eines Soldaten durch militante Tamilen bis zu 100 tamilische Zivilisten bei Vergeltungsaktionen ums Leben kamen.

Die Luftwaffe hat zwischen Januar und Juni 1986 zahlreiche Luftangriffe auf tamilische Gebiete im Norden geflogen. Sie wurden zu Beginn der politischen Verhandlungen im Juli eingestellt, scheinen jedoch im September wiederaufgenommen zu sein, wie Meldungen aus dem Gebiet von Batticaloa an der Ostküste zeigen. Bei den Luftangriffen kam es zu zahlreichen Opfern in der Zivilbehörde.

6. Zunahme der Attacken der militanten tamilischen Organisationen

Auch die zahlreichen tamilischen Guerilla-Organisationen, die zum großen Teil im indischen Bundesstaat Tamil Nadu ihre Basis haben, verstärkten in jüngster Zeit ihre Aktionen gegen den srilankanischen Staat und die Sicherheitskräfte. Jedoch scheinen einige der fünf existierenden großen militanten Organisationen ihre Strategie geändert zu haben. Waren in der

Vergangenheit ausschließlich Symbole des Staates (sinhalesische Soldaten) die Zielscheibe ihrer Anschläge, so hat sich anscheinend das Feindbild während der letzten Zeit verschoben. Ab Mitte 1985 mehren sich Fälle von Anschlägen auf sinhalesische Zivilisten, so z. B. am 14. 5. 85 in der Stadt Anuradhapura, bei denen 150 Sinhalesen ums Leben kamen. 1986 nahmen auch im bis dahin relativ ruhigen Süden die Bombenanschläge der Guerilla zu. Im Mai kam es zu einer Serie von Anschlägen in Colombo, die zahlreiche Todesopfer forderte.


Zerstörtes Haus in der Ostprovinz Sri Lankas *Foto: Walter Keller*

1986 nahmen auch die Auseinandersetzungen innerhalb der tamilischen Guerilla zu. Bei den bisher schwersten Vorfällen kamen Ende April 86 fast 200 Mitglieder der „Tamil Eelam Liberation Organisation" (TELO) ums Leben, die von Einheiten der „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) angegriffen wurden (siehe Kasten).

7. Zuspitzung der Situation in den südlichen Landesteilen

Im Frühjahr 1986 entstand in den Plantagengebieten des Hochlandes ein neuer Unruheherd. Diesmal waren die sog. Indischen Tamilen, die erst Mitte des 19. Jahrhunderts durch die englische Kolonialmacht zum Aufbau der Plantagen aus Südindien nach Sri Lanka geholt wurden, von Ausschreitungen betroffen. Spannungen in den Hochlandgebieten kamen bereits im Dezember 1985 auf, als ein angekündigter Dreimonatsstreik der Arbeiter, die sich damit für ihr Recht auf Staatsbürgerschaft einsetzen wollte[10] von Politikern der regierenden Partei heftig kritisiert wurde. Der Streik wurde als von „tamilischen Terroristen" des Nordens lanciert bezeichnet und auch die nationale Presse stimmte sich in die Propaganda der Regierung ein und beschwor die mit dem Streik „verbundene Gefahr für die im Plantagensektor lebenden Sinhalesen". Der Streik konnte dann in letzter Minute durch das neuerlassene Gesetz zur Anerkennung der srilankanischen Staatsbürgerschaft durch die Regierung verhindert werden. Jetzt wandten sich einige sinhalesische Oppositionspolitiker, besonders die ehemalige Premierministerin Bandaranaike, an die Bevölkerung und prophezeite das Ende der „Herrenrasse" herauf: „Wir werden jetzt schon von Tamilen aus dem Norden und Osten attackiert, wenn jetzt auch noch die indischen Tamilen ihre Bürgerschaftsrechte erhalten, bleibt für uns Sinhalesen nur noch der Sprung ins Meer."[11]

Obwohl einige Beobachter die Debatten um die Frage der Staatsbürgerschaft als Ursache für die Unruhen ausschließen, gibt es jedoch Anzeichen dafür, daß zumindest in einigen Unruhegebieten die anti-tamilischen Reden einiger Politiker zu den Auseinandersetzungen beitrugen. „Wir werden euch Staatsbürgerschaft geben", hatten sinhalesische Schlägerbanden geschrien, als sie eine Gruppen von Tamilen attackierten.[12]

Auch in anderen südlichen Landesteilen hat sich für Regierung eine neue „Front" aufgetan. Die allgemeine Krise hat auch weite Teile der Mehrheitsbevölkerung getroffen. Kritik, die aus sinhalesisch progressiven Kreisen geäußert wird, versucht die Regierung im Keim zu erstikken. Sicherheitskräfte haben während der letzten Monate mehrere Hundert Sinhalesen unter dem „Antiterrorismusgesetz" verhaftet, denen gemeinsame Sache mit tamilischen militanten Bewegungen vorgeworfen wird.[13]

Allgemeiner Sprachgebrauch der Regierung ist die Verhaftung von „sinhalesisch marxistischen Terroristen". Die Verhaftungswelle ist das letzte Beispiel dafür, daß sich die Repressionen nicht ausschließlich gegen Tamilen richten. Die Art und Weise, wie die Verhaftungen durchgeführt werden, erinnern nicht selten an Methoden, die in Lateinamerika und den Philippinen praktiziert werden bzw. wurden. Personen verschwinden plötzlich, ihre Angehörigen und Freunde werden nicht oder erst nach Wochen informiert; vielen wird ein Rechtsanwalt verweigert. Wie in anderen Gebieten, so tauchen auch im Süden Beamte in Zivil und mit privaten Fahrzeugen auf und verschleppen Verhaftete, um sie teilweise in Privathäusern in Haft zu halten. Die Organisation „Campaign for the release of political prisoners" hat kürzlich eine Liste mit mehreren Hundert Verhafteten erstellt, deren Verbleib zum Teil nicht geklärt ist.

8. Zunehmendes Flüchtlingsproblem

Etwa 300.000 Menschen hat der Konflikt bisher zu Flüchtlingen gemacht. Dabei haben nicht alle das Land verlassen, in Sri Lanka selbst leben etwa 150.000 innerhalb und außerhalb sog. „welfare camps" wie es im offiziellen Sprachgebrauch heißt. Aber nur die wenigsten werden von der Regierung direkt unterstützt. Viele Flüchtlinge sind auf die Hilfe von Verwandten und Freunden oder auf die Unterstützung freiwilliger Organisationen angewiesen. Bedingt durch die schwierige Lage im Nordosten erreichen Lebensmittel oder Medikamente dieses Gebiet nur selten.

127.078 Flüchtlinge haben seit 1983 Aufnahme im benachbarten Südindien gefunden. Davon werden etwa 26.000 direkt von der indischen Zentralregierung und der Bundesstaatenregierung von Tamil Nadu unterstützt. Sie erhalten je nach Größe der Familie zwischen 20 und 60 DM monatlich, sicherlich eine große Belastung für ein sowieso schon armes Land.

Etwas 40.000 Tamilen sind nach Europa und in andere Länder geflüchtet. Ein Großteil von ihnen hat die Bundesrepublik „aufgenommen". Asyl wird ihnen nach der Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts vom Dezember 85 und März 86 aber kaum noch gewährt. Die damit verbundene Unsicherheit und die permanente Angst vor möglicher Abschiebung veranlaßt seit geraumer Zeit zahlreiche tamilische Flüchtlinge, die Bundesrepublik zu verlassen und in andere, liberalere Länder zu gelangen. Die „Affaire" um die 154 Tamilen, die mit einem Schiff nach Kanada ausreisten, ist in diesem Zusammenhang zu sehen.[14]

Wie wird es weitergehen?

Haben die neuerlichen Verhandlungen im Juli und August anfangs noch Optimismus aufkommen lassen, so hat sich die Lage während der letzten Monate wieder verschärft. Es bestehen große Zweifel an der Aufrichtigkeit der Colombo Regierung, da der pfiffige Präsident Sri Lankas in der Vergangenheit nicht nur Tamilen, sondern auch das Ausland an der Nase herumgeführt hat. Als Angebote für eine Lösung des Konflikts stehen administrative Reformvorschläge wie die Errichtung sog. Provinzräte, um dadurch die Macht im Land zu dezentralisieren. Obwohl dieses Angebot das bisher weitreichendste Zugeständnis darstellt, spricht es nicht explizit die tamilische Bevölkerung an, da Provinzräte auch in den von Singhalesen bewohnten Gebiete entstehen sollen. Aufgrund der während der letzten Monate weiterhin durchgeführten militärischen Offensiven der srilankanischen Streitkräfte in den tamilischen Gebieten ist jedoch fraglich, ob Colombo überhaupt an einer Lösung interessiert ist und gewillt ist, die gemachten Vorschläge auch in politische Taten umzusetzen. Jayawardene hat kürzlich Vorbedingungen seiner Regierung für die Verabschiedung neuer Gesetze gestellt, um eine administrative Eigenständigkeit der tamilischen Gebiete zu verankern. „Bevor die Terroristen nicht ihre Waffen niederlegen und sich für die Erhaltung eines ungeteilten Sri Lankas aussprechen, wird es zu keiner Dezentralisierung kommen", hatte Jayawardene verkündet. Die tamilische Guerilla stellt ihrerseits für ein Einlenken den Abzug der Streitkräfte aus den tamilischen Gebieten als Vorbedingung. Ob die militanten tamilischen Organisationen aufgrund dieser Ankündigung und anderer Vorfälle überhaupt an einer dritten geplanten Verhandlungsrunde teilnehmen werden, bleibt äußerst fraglich.

Immer fraglicher ist auch, ob die Regierung der Kritik seitens anderer singhalesischer Oppositionsparteien an den von ihr unterbreiteten Lösungsvorschlägen standhalten kann. Schon seit Monaten versucht die Partei der ehemaligen Premierministerin Bandaranaike, die „Sri Lanka Freedom Party" (SLPF), in einer Allianz mit anderen oppositionellen Kräften, die Absichten der Regierung zu torpedieren. Es vergeht kaum ein Tag, an dem sie sich nicht an die singhalesische Öffentlichkeit wendet und deren Untergang heraufbeschwört, sollte es zu Zugeständnissen an die Tamilen kommen. Unterstützt wird „Mrs. B.", wie sie im Volksmund heißt, von der Mehrheit des etwa 17.000 buddhistische Mönche zählenden Klerus. Dieser hat — anders als in anderen budhistischen Ländern — auch heute noch großen politischen Einfluß, den er besonders dann auszuspielen versucht, wenn es in „Sachen Tamilen" eine Entscheidung zu treffen gilt.

Schon in den 50er und 60er Jahren hatten die Mönche, besonders die sog. „Asgiriya-Sekte", Lösungsansätze des Konfliktes unterlaufen und so für die sich verhärtenden Fronten zwischen den beiden Hauptbevölkerungsgruppen des Landes beigetragen. Bandaranaike versucht mit Hilfe des Klerus und einem breiten Spektrum von fragwürdigen, jedoch einflußreichen Persönlichkeiten und Politikern nicht nur Stimmung innerhalb der singhalesischen Bevölkerung gegen die Regierungsvorschläge zu machen. Sie möchte sich auch als „Retterin der singhalesischen Rasse" profilieren, um dadurch ihr politisches Ansehen, das nach 1977 stark zurückgegangen war, wieder aufzupolieren. Speerspitze der derzeit laufenden Kampagne ist die „Organisation zur Rettung und Verteidigung des Vaterlandes", der die Partei von Frau Bandaranaike zwar nicht offiziell angehört, die aber von ihr unterstützt wird. Auf Veranstaltungen der Organisation treten Politiker wie Dr. Neville Ferando auf, der 1981 wegen seiner Äußerungen aus der derzeit regierenden „United National Party" ausgeschlossen wurde. Er hatte damals im Parlament die öffentliche Exekutierung des tamilischen Oppositionspolitikers Amirthalingham (1981 noch Oppositionsführer) gefordert. Und auch Mitglieder der Regierungspartei stehen dieser rassistischen Organisation nahe. Cyril Mathew, bis Ende 1984 noch Industrieminister im Kabinett Jayawardenes, der bei vielen Beobachtern der lankanischen Politik als Drahtzieher der Tamilenpogrome von 1983 gilt, hat für seine Haßtiraden ein neuen Forum gefunden. Die Organisation und Frau Bandaranaike appellieren nicht zuletzt an den Patriotismus der noch unentschlossenen Abgeordneten der Regierungspartei und fordern diese auf, den neuen Reformvorschlägen ihre Stimmen zu versagen. Dabei kommt es auch zu Einschüchterungen dieser Politiker. Angesichts dessen ist die Regierung aktiv geworden. Ein bereits Anfang der 70er Jahre erlassenes Gesetz, das während Zeiten des Ausnahmezustandes angewandt werden kann — und dieser herrscht in Sri Lanka seit 3 1/2 Jahren — soll jetzt wieder reaktiviert werden. Mit Todesstrafen oder einer Haft von mindestens 20 Jahren verbunden mit dem Entzug von Eigentum kann bestraft werden, wer „den Präsidenten, Minister oder Abgeordnete von der Ausübung ihrer Pflichten abzuhalten versucht." (Gesetz wurde im Oktober vom Parlament verabschiedet).

Es ist derzeit keine Lösung des Problems in Sri Lanka abzusehen. Ob eine dritte Verhandlungsrunde eine Annäherung bringen kann, ist äußerst fraglich.

Walter Keller war 6 Jahre Entwicklungshelfer in Sri Lanka und arbeitet jetzt im Südasien-Büro (Wuppertal). Freier Journalist für TAZ und epd.

Dokumentation zum Tamilenkonflikt in Sri Lanka erschienen:

In den letzten Jahren haben sich Meldungen über zahlreiche Unruhen auf der Insel Sri Lankas gehäuft. Besonders die Tamilenpogrome des Jahres 1983 haben den schwelenden Konflikt auch im Ausland bekannter gemacht. Mehr als 2.000 Tamilen haben während der Unruhen ihr Leben verloren. Und auch nach dieser Zeit fanden viele Tausend den Tod, überwiegend durch Vergeltungsaktionen der in den tamilischen Gebieten des Landes stationierten Sicherheitskräfte. Der Konflikt im Land hat auch zu einem großen Flüchtlingsproblem geführt: ca. 130.000 Tamilen haben in Indien Zuflucht gefunden, in Sri Lanka leben über 100.000 Menschen in Flüchtlingslagern, 50.000 Tamilen sind nach Europa geflüchtet.

Die Dokumentation versucht, einen Überblick über die Problematik in Sri Lanka zu geben und die Hintergründe des Konflikts aufzuzeigen. Das Heft, 56 Seiten, kann bezogen werden über:

Südasienbüro e.V.
Kiefernstr. 45
5600 Wuppertal 2

Preis: DM 4,— (einschl. Versand)

Anmerkungen

1. Interview mit Präsident Jayawardene, „Times", London, 27. 1. 86.
1a. Für 1987 sind weitere 80 Mio. US$ vorgesehen („The Hindu", Intern. Edition, 8. 11.86)
2. „The Island", 3. 1. 86.
3. „Eelanadu", 7. 3. 86
4. „The Island", 9. 3. 86
5. Das Konsortium entschied im Juni '86 in Paris, die reale Hilfe für das Land um 23 % im Vergleich zu Vorjahr anzuheben und stellte insgesamt 703 Mio. $ für das Haushaltsjahr 86/87 zur Verfügung.
6. „Daily News", 25. 7. 86.
7. Caspar Weinberger, 1. .10 .83; General Vernon Walters, Nov. 83; 6-Mann-Delegation des „Defence Appropriation Comittee of the US House of Representatives" unter Vorsitz von Joseph Addabbo am 12. 1. 84;Richard Murphey, stellvertr. Staatssekretär für den Nahen und Fernen Osten, 26. 10. 84; Präsident Jayawardene, Premierminister Premadasa und Sicherheitsminister Lalith Athulathmudali mehrere Male.
8. vgl. hierzu auch iz3w, Nr. 127 und 129.
9. Militärbestimmung Nr. 378.
9a. Die LTTE gehört mittlerweile dem Bündnis nicht mehr an.
10. noch 500.000 sind staatenlos; am 1. 2. 1986 wurde ein Gesetz verabschiedet, das innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten die Anerkennung der srilankanischen Staatsbürgerschaft ermöglichen soll.
11. „The Island", 24. 1. 86.
12. unveröffentlichter Bericht einer inoffiziellen Untersuchungskommission.
13. Civil Rights Movement of Sri Lanka, E 1/1/86.
14. vgl. taz, 15. 8. 86.

In den Slums von Lima

Militärüberfall auf ein Ausbildungszentrum

„Sie kamen in der Nacht vom 27. auf den 28. August. Es war etwa 23:00 Uhr, kurz vor Beginn des Ausnahmezustands. Bis 2:00 Uhr nachts dauerte der Überfall an. Wer sie waren? — Militärs natürlich; ungefähr 50, gekleidet in grüne Uniformen, das Gesicht verdeckt von schwarzen Mützen, die nur einen Schlitz für die Augen freilassen. Die Militärs führten fünf oder sechs Panzer und einen Omnibus mit sich. Sie riegelten die ganze Zone des Elendsviertels ab und versperrten mit Waffengewalt den Einwohnern den Weg zu ihren Häusern. Gleich als erstes stürmten sie das Zentrum, sogar übers Dach drängten sie ein, obwohl das Haus leer war. Zwei Stunden lang durchsuchten und verwüsteten sie alles, alle Papiere wurden durchwühlt, alle Geräte durchsucht, Innentüren eingetreten und Toiletten zerstört. Sie nahmen auch unsere neue Fotoausrüstung mit, alle Videos und Materialien dazu, Dias, Fotos und Dokumentationen über einige unserer Aktivitäten."

So berichtet es später Carmen Gálvez, Präsidentin des von der Entwicklungshilfeorganisation ASW (Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt) unterstützten Ausbildungszentrums ‚Micaela Bastidas'. Dieses Zentrum liegt mitten in Collique, einem Elendsviertel, 10 km außerhalb von Perus Hauptstadt Lima. Über 100.000 Menschen leben hier; — ohne geregelte Wasserversorgung und unter ungenügenden hygienischen Verhältnissen.



Eine der 25 Volksküchen in Collique

Hilfe für Elendsviertel

Getragen wird das Ausbildungszentrum in Collique von einem gemeinnützigen Verein, der seit vier Jahren hier arbeitet. Sie bieten Beratung und Fortbildung für die Bevölkerung an, machen Kulturarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen, „unterstützen Gesundheitskampagnen. Das Zentrum stellt Material und Raum für Gruppenarbeit zur Verfügung und bildet Mitarbeiter von den Basisgruppen fort.

Im Zentrum arbeiten u.a. ein Arzt, eine Gesundheitsberaterin und Sozialarbeiterin. Eine Ernährungsberaterin führt z.Z. ein spezielles Programm für unterernährte Kinder durch. Eine Frauengruppe organisiert eine Strickwerkstatt für 15 Frauen, die bei Erfolg vergrößert werden soll. Die Frauen wurden ausgebildet, haben einen Kredit aufgenommen, um Wolle zu kaufen und suchen nun nach Absatzmöglichkeiten ohne Zwischenhändler. Eine andere Frauengruppe möchte eine Bäckerei aufmachen, eine dritte Marmelade produzieren, wobei derzeit noch gemeinsam nach Finanzierungsmöglichkeiten gesucht wird.

Repression und Angst

„Warum sie unser Zentrum überfallen haben? — Wir glauben, weil das Zentrum offen ist für die ganze Bevölkerung, vielleicht war es deshalb verdächtig", meint Carmen Gálvez, die Präsidentin. „Und weil sie uns einschüchtern wollten, um die Bevölkerung zu ängstigen, sie an ein Klima, quasi wie im Kriegszustand, zu gewöhnen.

Die ganze Operation dauerte immerhin drei Stunden und verursachte große Angst und Panik unter den Bewohnern. Und an den darauffolgenden Tagen kamen Kriminal- und Zivilpolizei. Sie kündigten weitere Nachforschungen an und daß sie das beschlagnahmte Material auswerten, um zu entscheiden, welche weiteren Mittel sie gegen uns anwenden wollen. Diese Ankündigung besorgt uns sehr. Wir haben erst viel später die Ermittlungsakten gesehen und ihnen entnommen, daß man uns ‚subversiver Tätigkeiten' anklagt. Jetzt haben wir große Angst, welche Mittel von Repression wohl folgen werden.

Der Spielraum für Institutionen wie unsere, die sich die Entwicklung, Fortbildung und Unterstützung vom Basisorganisationen als Aufgabe gesetzt haben, wird immer enger, durch die Art, wie sie die Mittel der Repression und Kontrolle einsetzen.

Sind Videos subversiv?

Der zentrale Punkt des Interesses in unserem Fall sind die Videos, die wir besaßen. Welche Videos das sind? Einige Spielfilme, einige Dokumentarfilme, z.B. zum Thema Wassermangel, Organisation von Volksküchen, Anregungsmaterial für die Gruppenarbeit, z.B. für Frauengruppen, auch Geschichten für Kinder.

Ein Aspekt unserer kulturellen Arbeit ist aber die Arbeit zum Thema „Menschenrechte". Dazu hatten wir Materialien, von denen wir annehmen, daß sie das Militär am meisten interessieren. So hatten wir die Kopie einer Fernsehsendung, die über die Vorfälle der Gefängnisrevolte und des Massakers berichtete. Dann hatten wir einen Film über den Marsch für Frieden und das Leben, den die katholische Kirche, unterstützt von vielen Basis-

organisationen, organisiert hatte.

Von diesen Materialien sprechen sie in einigen Ermittlungsakten, nicht aber über das andere Material, wie z.B. unseren wertvollen Fotoapparat. Diese Sachen sind einfach geraubt worden, was für uns natürlich auch eine schwerer Verlust ist. Die Videos sind nicht etwa selbst produziert, sondern sind Kopien von Filmen anderer Institutionen. Gegen die Produzenten können sie nichts unternehmen, denn die Filme sind von Organisationen wie dem Sozialwerk der Katholischen Kirche oder vom Ministerium für Kultur oder vom Bauernverband CCP produziert worden.

Wenn für das Militär ein Film zum Thema Menschenrechte subversiv ist, dann ist alles, was wir haben, subversiv, absolut alles. Das ist eine andere Werteskala als die,die in der Verfassung verankert ist und von der die Regierung sagt, daß sie diese Werte verteidige. Die Regierung hat sich Zentren wie unserem, Organisationen, die mit Basisgruppen zusammenarbeiten, verpflichtet. Sie hat sich dazu verpflichtet, adäquate Bedingungen für eine Arbeit zu schaffen, die der Gemeinschaft dient. Aber das sind nicht die Werte, die einfach jede beliebige Sache für subversiv erklären können.

Weitere Gruppen sind gefährdet

Wir haben die Befürchtung, daß es morgen auch an andere Organisationen des Volkes geht. Wir sind nicht der einzige Fall. Diesmal haben die uns in Collique besucht, aber die gleiche Operation hat das Militär auch schon in anderen Vierteln durchgeführt. Und manchmal protestieren die Leute nicht einmal — aus Angst.

Wir haben eine Anzeige erstattet, eine Anzeige gegen eine Militäraktion. So etwas zu wagen, kann natürlich neue Repressalien hervorrufen, was wir auch befürchten. Wir wissen, daß andere Zentren, gegen die in ähnlicher Weise vorgegangen wurde, aus Angst den Überfall als einfachen Raubüberfall gemeldet haben. Die Situation ist wirklich äußerst prekär.

Um das Bild abzurunden: Diese Aktion gegen unser Ausbildungszentrum erfolgte genau in dem Augenblick, in dem die Einrichtungen des Ministeriums für Erziehung in unserem Distrikt beschlossen haben, die Video- und Kulturarbeit in Zusammenarbeit mit unserem Zentrum durchzuführen. Und nun kommen die Gruppen und wollen ausleihen und wir haben keinen einzigen Film. Das ist eine total widersprüchliche Situation!

Seit vier Jahren arbeiten wir in diesem Elendsviertel. Nie hatten wir Probleme mit der Polizei oder mit sonst jemandem. Wir sind verbunden mit den Basisorganisationen, zählen auf die Solidarität der Kirche und der Gemeindeverwaltung. Wir werden Ende des Monats teilnehmen an einer Demonstration zur Unterstützung von Gemeindearbeiten, und wir glauben, daß die Mehrheit der Bevölkerung uns begleiten wird."

Interview: Teresa Nicolai

Protestbrief wegen des Überfalls auf das 'Taller Micaela Bastidas'

Hiermit protestiere ich energisch gegen die Angriffe auf soziale Zentren, speziell gegen den Überfall am 27. August 1986 auf das Lokal des „Taller de capacitacion popular 'Micaela Bastidas'" (Collique), der von einer Gruppe Uniformierter durchgeführt wurde. Das Taller „Micaela Bastidas" ist eine offiziell anerkannte Institution der Sozialarbeit, das zusammen mit der Bevölkerung von Collique seit vier Jahren Programme zur Ausbildung von Frauen, zur Verbesserung der Gesundheit, zur Betreuung unterernährter Kinder und zur Unterstützung von Volksküchen durchführt. Diese Aktivitäten sind der Bevölkerung und den Autoritäten in Collique bekannt.

Obwohl das Taller den Überfall angezeigt hat, ist keine Behörde auf die Anzeige eingegangen. Im Gegenteil, die lokale Polizei hat die dirigentes verhört mit dem Ziel, sie einzuschüchtern. Diese Ereignisse können nicht isoliert gesehen werden, sondern sie sind Teil einer immer größer werdenden Welle von Verletzungen der demokratischen Rechte der Bevölkerung, wenn man die Verlängerung des Ausnahmezustandes und das Anwachsen der sog. „antisubversiven" Aktionen in Betracht zieht.

Zur Stärkung der Demokratie in Peru und zur Entwicklung des Landes ist unbedingt die Wiederherstellung des Respektes vor den demokratischen Rechten von Personen und Institutionen erforderlich. Die Verletzung dieser Rechte wird nicht bestraft und mit dem Ausnahmezustand und dem antiterroristischen Kampf gerechtfertigt.

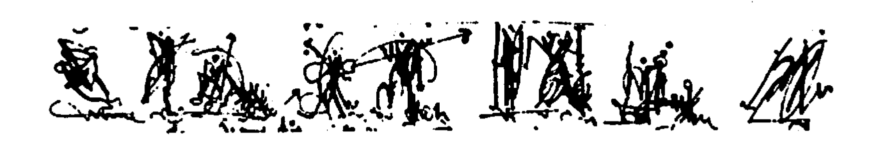
Ich weise stark die Angriffe auf die Institutionen der Sozialarbeit zurück, und fordere die Aufklärung des Überfalles auf das Taller „Micaela Bastidas". Außerdem bitte ich die Regierung und die Autoritäten um notwendige Garantien, damit diese Institutionen in Freiheit und Sicherheit für den Fortschritt des peruanischen Volkes und der Entwicklung des Landes arbeiten können.

Hochachtungsvoll

Die Briefe sind zu richten an:
- **Comisión de DDHH de Parliamento, Lima, Peru,** *oder*
- **General EP Jefe de la Segunda Región Militar (Lima), Lima, Peru,** *oder*
- **Ministerio de Interior, Lima, Peru**

Weitere Informationen:
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e. V., Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61

Spenden zur Unterstützung des Zentrums:
Kto. 555 bei der BfG-Berlin (BLZ 100 101 11)



Tödliche Minenindustrie und die Sanktionsfarce



Am 16. September 1986 starben bei einem schweren Grubenunglück in der südafrikanischen Kinross-Goldmine 177 schwarze Bergleute. Die Kinross-Goldmine gehört zum GENCOR-Konzern. In der gleichen Woche fällte die EG einen Beschluß zu halbherzigen Sanktionen, wobei auf den Boykott der Kohleimporte aus Südafrika verzichtet wurde. Die Frage eines Einfuhrstopps für agrarische Produkte stand schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als hätten beide Ereignisse nichts miteinander zu tun. Aber gibt es wirklich keinen Zusammenhang?

Auf der Trauerfeier für die 177 Opfer des Grubenunglücks machte Cyril Ramaphosa, Generalsekretär der National Union of Mineworkers (NUM), vor 10.000 anwesenden Bergleuten deutlich, daß dieses Ereignis zur bisher größten Kraftprobe zwischen Bergarbeitern und Unternehmern dieser Industrie werden wird. Ramaphosa hält die Zeit für gekommen, daß die Bergarbeiter die Kontrolle über die Minen übernehmen, nur so könne die Sicherheit in den Minen garantiert werden. Zum Gedenken an die Toten legten am 1. Oktober 300.000 Arbeiter landesweit ihre Arbeit nieder. In fast allen Reden wurden Rassismus und Kapitalismus für die Katastrophe verantwortlich gemacht.

Struktur der südafrikanischen Wirtschaft

Eines der Hauptziele des südafrikanischen Regimes bestand und besteht weiterhin in der Versorgung der weißen Industrie mit billigen schwarzen Arbeitskräften. Nachdem der afrikanische Widerstand Ende des letzten Jahrhunderts militärisch besiegt worden war, blieben doch einige Gebiete gemeinsames Eigentum der dort lebenden Afrikaner. Die Kolonialherren betrieben — nach dem Vorbild der indirekten Herrschaft in anderen Kolonien — keine vollkommene Enteignung der Bevölkerung. Man hatte nämlich frühzeitig erkannt, daß, wenn nur das bebaubare Land knapp genug bemessen war, die Reservate zu einem Reservoir für billige Arbeitskräfte werden konnten. Und diese billige Arbeitskraft wurde dringend auf weißen Farmen und Plantagen benötigt. Darüber hinaus dienten die Reservate auch vorzüglich dem Ziel der Kolonisatoren, eine tribalistische Struktur aufrecht zu erhalten.

Nach Entdeckung reicher Gold- und Diamantenvorkommen Mitte des letzten Jahrhunderts entstand ein riesiger Bedarf an billigen Arbeitskräften. In dieser Situation wurden die „Eingeborenen"-Reservate zu einer der wichtigsten Stützen der kapitalistischen Entwicklung in Südafrika.

Das Reservatsland war landwirtschaftlich und industriell nur schwer nutzbar. Bei der Zusammenstellung der Reservate hatte man darauf geachtet, daß das fruchtbare Land uneingeschränkt den weißen Farmern zur Verfügung stand, daß die reichen Bodenschätze in den Händen der weißen Minenarbeiter blieben. Das Land reichte also zum Lebensunterhalt der afrikanischen Familien nicht aus, doch hatte der schwarze Arbeiter, bei gleichzeitiger Beschäftigung in der weißen Industrie, immer noch einen Zugriff auf das gemeinsame Land. Die schwarzen Arbeiter waren also nicht vollkommen aller Produktionsmittel beraubt, mußten aber einen Teil ihrer Arbeitskraft verkaufen, um existieren zu können. Das brachte für die weißen Kapitalisten den ungeheuren Vorteil, die schwarzen Arbeiter mit extra niedrigen Löhnen abspeisen zu können, denn der Lohn mußte nicht die gesamten Reproduktionskosten abdecken. Besonders die südafrikanische Minenindustrie und die Plantagenwirtschaft profitierten von diesem System. Dieses Grundschema ist bis heute erhalten geblieben.

Vor allem durch die Stimmen der weißen Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten konnte die Nationale Partei 1948 die Regierung übernehmen. Unter besonderer Berücksichtigung dieses Klientel wurde der weißen Minderheit die vollständige und permanente Kontrolle über das Land versprochen. Dieser Grundkonsens zwischen den Weißen wirkte sich bestimmend auf die Struktur der südafrikanischen Wirtschaft aus. Mit verschiedenen Mitteln sollte eine grundsätzliche Überlegenheit der Weißen erreicht werden; ein Ansatzpunkt war dabei der Bereich der Bildung und Ausbildung. Die Diskrepanz zwischen den Regierungsausgaben für die Ausbildung schwarzer und weißer Kinder und Jugendlicher ist bis heute eklatant. Die Facharbeiterposten bleiben den Weißen vorbehalten, es gibt kaum schwarze Lehrlinge. Bis heute ist in der Minenindustrie die Arbeitsplatzreservierung (job reservation) für Weiße gesetzlich festgeschrieben. Als Vorwand für die erste Rassenschranke in der Industrie, die 1896 eingeführt wurde, dienten Fragen der Sicherheit am Arbeitsplatz. Weiße Arbeiter, darum bemüht, ihre hohen Facharbeiterlöhne zu erhalten, auch wenn

dies nur auf Kosten der schwarzen Arbeiter erreicht werden konnte, behaupteten, daß die Sicherheit in den Minen nur gewährleistet werden könne, wenn bestimmte Arbeiten ausschließlich von Weißen ausgeführt würden.

Bis heute bleiben „Sicherheit" und job reservation miteinander verflochten, trotz des Kampfes der Bergarbeiter und ihrer Gewerkschaften, allen voran die NUM, gegen diese rassistische Gesetzgebung. Die Beseitigung der job reservation ist seit Jahren eine der zentralen Forderungen der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften, Arbeiteraktionen gegen gefährliche Arbeitsbedingungen nehmen besonders in der Minenindustrie ständig zu. Unter dem Eindruck des Unglücks in der Hlobane-Kohlengrube, dabei waren 1983 68 Arbeiter getötet worden, nahmen 30.000 Arbeiter an einer halbstündigen Arbeitsniederlegung teil. Das war die erste, den ganzen Minensektor betreffende Aktion der damals neugegründeten NUM.

Der Rohstoffreichtum des Landes hat Südafrika zwar zu einem führenden Exporteur von unverarbeiteten oder halbverarbeiteten Rohstoffen werden lassen, doch trotz der reichen Lagerstätten auch strategisch wichtiger Rohstoffe ist Südafrikas Stärke durch Sanktionen ankratzbar, denn der Minensektor ist zu fast 100% abhängig von Exporten, gleichzeitig ist die gesamte Wirtschaft angewiesen auf den Import von Maschinen, technischen Ausrüstungen, Fertigwaren und know-how.

Die Importe umfassen in erster Linie Erdöl, Rüstungsgüter, Maschinen, Fahrzeuge, chemische Produkte, Metalle und Spinnstoffe. Exportiert werden vor allem Barrengold, andere Edelmetalle, mineralische Rohstoffe, Edelsteine, Obst und Gemüse.

Die BRD importiert vor allem Rohstoffe, Halbwaren und Nahrungsmittel. Die größten Posten sind Gold für gewerbliche Zwecke, Steinkohle, Eisenlegierungen, Kupfer, Obst, Gemüse, Eisenerze, Aluminium, Chrom und Rohphosphat.

Kohle
Produktion und Verkauf in Mio t

	1982	1983	1984
Produktion	140,1	145,8	162,0
Lokaler Verkauf	106,3	112,6	121,0
Export	27,5	29,7	38,1

Quelle: Financial Times, Mai 1985

Der Kohleexport

Der Kohleexport geht vor allem in die EG, besonders nach Italien und in die BRD, und ist in den letzten Jahren permanent gestiegen, obwohl der größte Teil der Förderung in Südafrika verbleibt, da Kohle ein Hauptträger der südafrikanischen Energieversorgung ist. 80% des Energiebedarfs werden durch Kohle abgedeckt.

60% der Exporte gingen in die EG, davon rund 30% an die BRD. 1984 konnte Südafrika erstmals den USA die Rolle als führender Kohlelieferant für die BRD streitig machen. 1984 lag der Anteil der südafrikanischen Kohle bei den BRD-Importen bei 29%, 1985 bei 37% und hat inzwischen 44% erreicht. Hauptabnehmer sind die Kraftwerke und die Zementindustrie. Mitglieder des Kohleimportvereins sind u.a.: BP, Veba, Shell, Stinnes, Krupp, Ruhrkohle und die Saarbergwerke. Die südafrikanische Kohle ist z.Z. nahezu konkurrenzlos preiswert: 110,— DM/t (BRD — Kohle 225,— DM/t). Bei einem Durchschnittslohn von 317 R/Monat für einen schwarzen Arbeiter (Mindeslohn 1984 166 R, 1 R = ca. 1,— DM) ist dies nicht verwunderlich.

Die Goldminenindustrie

Die Goldminenindustrie war und ist in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht einer der wichtigsten Zweige der Entwicklung Südafrikas. Die Goldminen legten die Grundlage der gegenwärtigen südafrikanischen Wirtschaft und des Systems der Wanderarbeit, das bis zum heutigen Tag existiert. Die Bedeutung der Goldminen wächst: über 40 arbeitende Minen beschäftigen fast eine halbe Million Arbeiter, von denen 90% Schwarze sind. In den letzten Jahren ist die Gesamthöhe der geförderten Erze rapide angestiegen. 1984 wurden aus 101.1 Mio t geförderter Erze rund 662 t Gold gewonnen.

Direkt und indirekt macht die Goldproduktion 15% des Bruttosozialprodukts aus. Der Goldverkauf stieg 1984 auf über 10 Mrd. R und trug zu 52% der Deviseneinnahmen bei. Zusätzlich sind praktisch die gesamten 6.8 Mio kg Uranoxid, die in Südafrika gefördert werden, ein Nebenprodukt der Goldproduktion. Dies bedeutet, daß die südafrikanische Wirtschaft sehr abhängig von der Goldförderung ist, besonders im Hinblick *auf die Beschäftigungslage* und die Deviseneinnahmen.

Die Arbeit in südafrikanischen Goldminen ist außergewöhnlich schwierig, da die Förderung in großen Tiefen stattfindet. Gold kommt in dünnen, tafelförmigen, horizontal liegenden Adern vor. Die Adern setzen sich bis in große Tiefen fort. Momentan beträgt die durchschnittliche Arbeitstiefe mehr als 1600 m, in manchen Minen wird bis in eine Tiefe von 3500 m gearbeitet.



„Ihr seid alle festgenommen!"

Die Arbeitsbedingungen in solchen Tiefen sind extrem: in 1600 m liegen die Durchschnittstemperaturen bei 38° C, erreichen aber über 50° C in tieferen Minen. Die Stollen sind außergewöhnlich eng. Da die Adern normalerweise nur einige cm dick sind, wird so wenig Gestein wie möglich abgebaut, so daß zwischen Boden und

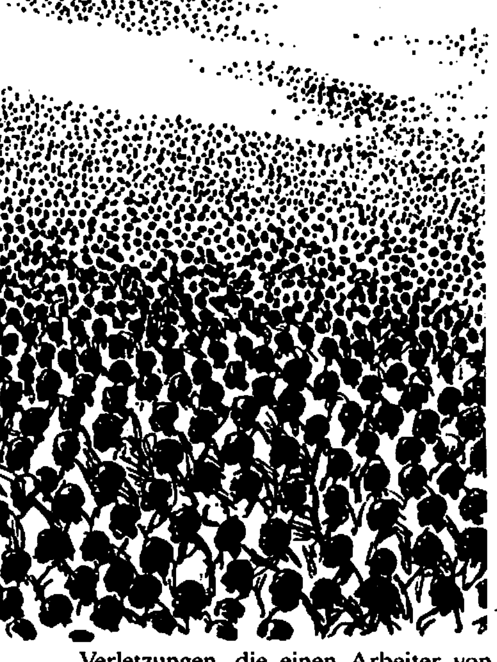
Südafrikas Goldproduktion

	1980	1981	1982	1983	1984
geförderte Tonnen (Mio)	89,9	91,9	95,0	99,9	101,1
produziertes Gold (t)	663,2	645,3	652,0	664,0	661,8
durchschnittlicher Grad (g/t)	7,28	6,92	6,76	6,55	6,44
Kosten pro geförd. Tonne (R)	35,53	41,89	47,25	51,88	58,94
Kosten pro kg Gold (Rand)	4,587	5,719	6,751	7,680	8,861
Einkommen d. Gold (Mrd. R)	10.19	8,30	8,52	10,01	10,93
Profit von Steuern (Mrd. R)	7,34	4,89	4,50	5,34	5,67
Steuern u.sonst.Ausg.(Mrd. R)	3,84	2,10	1,83	2,30	2,31
Kapitalausgaben (Mrd. R)	0,92	1,22	1,26	1,41	1,64
Ausgez. Dividende (Mrd. R)	2,28	1,68	1,37	1,73	1,69

überhängendem Gestein ein Abstand von ungefähr 1 m bleibt. Die Stollen haben einen Neigungswinkel von 10° bis 30°. Je größer die Tiefe eines Stollens, desto schwerer ist die Arbeit.

Statistiken über südafrikanische Minenunfälle

Statistiken über Unfälle der letzten Jahrzehnte in Goldminen zeigen keine Verbesserungen. Die Industrie behauptet zwar einen Rückgang der Unfallrate, doch hat sich diese seit den 70er Jahren nicht signifikant verbessert. Die Unfallrate ist von dem höchsten Wert angezeigter Unfälle von 64,1/pro 1000 Arbeiter im Jahre 1968 auf 27,1 1984 gesunken. Während dies zwar ein Absinken der Unfallrate darstellt, können aber Statistiken über „meldepflichtige Unfälle" nicht als eine zuverlässige Spiegelung eines Wandels bezeichnet werden.



Verletzungen, die einen Arbeiter von „seiner normalen oder einer ähnlichen Arbeit für einen Zeitraum von 14 Tagen oder mehr" abhalten, zählen zu den „meldepflichtigen Unfällen". Dieser Zeitraum ist sehr viel länger als vergleichbare Perioden, die für meldepflichtige Unfälle in anderen Ländern gelten: wenn in den USA ein Arbeiter seine gewohnte Arbeit in der einem Unfall folgenden Schicht nicht ausführen kann, muß der Unfall gemeldet werden. In Großbritannien beträgt der entsprechende Zeitraum 3 Tage. Durch die 14-Tage-Frist werden Verbesserung bei der Rettung und der medizinischen Behandlung in den Statistiken inkorrekt als Sinken der Unfallrate widergespiegelt. Darüber hinaus sorgen sog. „Sicherheitsprämien", die an die Aufseher gezahlt werden, dafür, daß der Arbeiter vor Ablauf der 14-Tage-Frist zu einer „ähnlichen Beschäftigung" eingeteilt wird. Die Arbeiter kehren also an ihren Arbeitsplatz zurück, ohne ihre Verletzungen auskurieren zu können.

Todesfälle in den Minen

	Anzahl der Toten		Todesrate pro 1.000 pro Jahr		
	Weiße	Schwarze	Weiße	Schwarze	Zusammen
1911	92	814	3,57	4,02	–
1920	36	458	1,58	2,48	–
1930	30	554	1,31	2,60	–
1940	47	662	1,04	1,74	1,70
1950	55	499	1,21	1,52	1,52
1960	38	627	0,74	1,55	1,45
1970	27	497	0,69	1,29	1,23
1980	34	599	0,84	1,44	1,32
1982	27	579	0,56	1,33	1,25
1983	29	603	0,60	1,35	1,30

Die Abnahme der meldepflichtigen Unfälle seit 1968 ging nicht einher mit einem statistisch signifikanten Abnehmen der Unglücksrate. Die Gesamtzahl der Unfälle sank im Zeitraum von 1960 bis 1975, aber stieg in den späten 70er Jahren wieder an un blieb seitdem auf einem Level von 600 Unfällen/Jahr. Die durchschnittliche jährliche Todesrate hat sich seit 1960 bei 1,2 bis 1,5 Toten/1000 Arbeiter eingependelt. Hier sind wiederum Verbesserungen bei der Rettung und der ärztlichen Behandlung eingeschlossen.

Im Minensektor ist der Zusammenhang von Rassismus und kapitalistischer Ausbeutung besonders offensichtlich: Leben und Gesundheit der schwarzen Arbeiter stehen vollkommen zur Disposition. Das Profitinteresse der großen Bergbaukonzerne wie Anglo American, Gencor, Lonrho u.a. ergänzt sich auf „ideale" Weise mit dem extremen Rassismus der weißen Bergarbeiter, der sog. „poor whites". Obwohl die White Miners, die „Miners in Charge", zuständig sind für die Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen, eines der Hauptargumente für die Beibehaltung der job reservation, lassen sie sich vor Ort kaum sehen. Nach einer Studie der NUM führen nur 8% der White Miners ihre Sicherheitsinsepktionen durch, dagegen erscheinen 82% der weißen Aufseher am Ende einer Schicht, um sich davon zu überzeugen, daß die schwarzen Arbeiter ihren Akkord eingehalten haben, d.h. alle Aufgaben, auch diejenigen, für die die schwarzen Arbeiter aufgrund der rassistischen Gesetzgebung gar nicht ausgebildet und schon überhaupt nicht bezahlt werden, müssen doch letztendlich von ihnen ausgeführt werden.

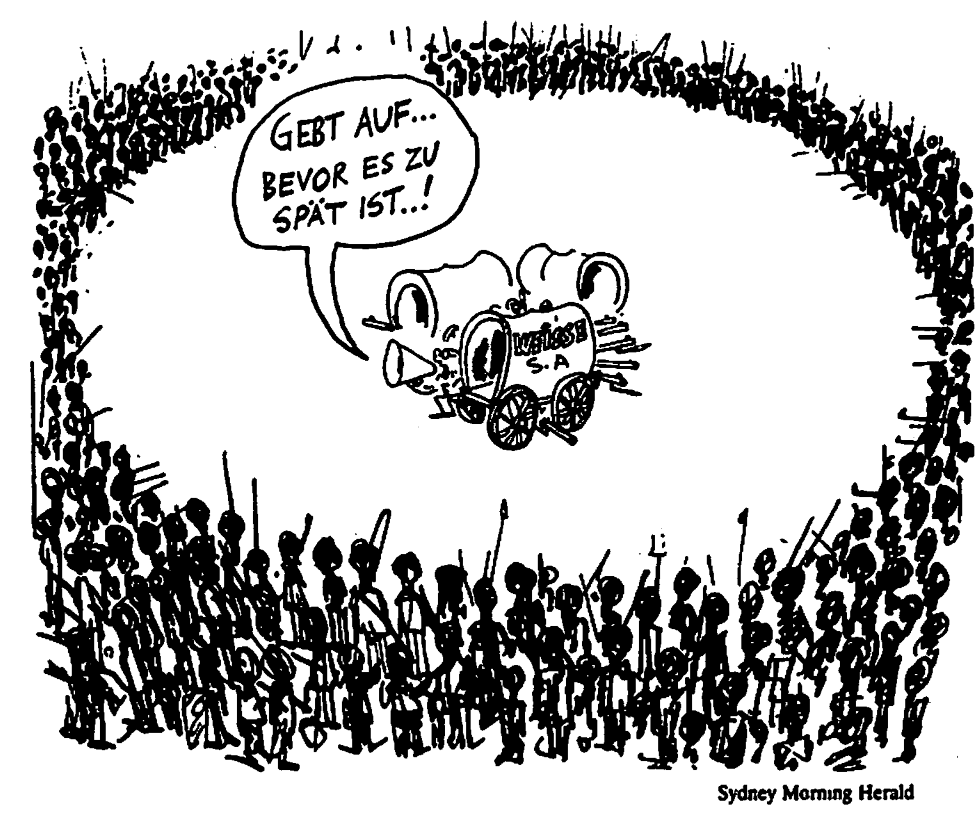
Eine Erklärung für das rege Interesse der weißen Bergleute an einer möglichst effektiven Arbeit ihrer schwarzen Untergebenen ist das Prämiensystem. Die Prämien, die Schwarzen gezahlt werden, sind limitiert, d.h. sie dürfen ein Drittel des durchschnittlichen Grundgehalts nicht überschreiten, die Prämien für die weißen Arbeiter dagegen sind nach oben offen. In der Regel sieht es so aus, daß schwarze Arbeiter Prämien bis zu 20% des Grundlohnes erhalten, weiße Arbeiter bis zu 80 %, in konkreten Zahlen: nimmt man die Löhne von 1980 zur Basis, erhielten schwarze Arbeiter eine Prämie von 30 R bis 40 R pro Monat, Weiße über 600 R im Durschnitt, einige kamen sogar auf Prämien von 2000 R. In Südafrika werden weißen Minenarbeitern Produktionsprämien gezahlt, die auf den Risiken, die die schwarzen Arbeiter auf sich nehmen, basieren.

Die Sanktionsfarce

Aufgrund des Rohstoffreichtums und des bisher nahezu unerschöpflichen Reservoirs an billiger schwarzer Arbeitskraft hat sich der Minensektor zum lebenswichtigsten Industriezweig des rassistischen Südafrika entwickeln können. Aber solange der Gold-, Platin- und Kohlesektor ausgeklammert bleibt, sind die verbalen Bekenntnisse gegen die Apartheid in Südafrika einzig und allein Lippenbekenntnisse.

Zwar ist der Import südafrikanischer Goldmünzen nun auch in die EG verboten, doch der Münzimport macht nur 1/3 der EG Goldimporte aus Südafrika aus. Aber diese Zahlen sind nicht in ausreichendem Maße aussagekräftig, wird doch in diesen Rechnungen die Rolle der Schweiz als ein Hauptumschlagplatz auch südafrikanischer Edelmetalle ausgeblendet: im Oktober erst hat sich eine Vereinigung der Goldproduzenten aus den USA, Kanada, Australien, Japan, Brasilien, Südafrika und den Fiji-Inseln mit Sitz in Genf gegründet, mit dem Ziel, die Verwendung von Gold zu fördern. Eine Schlüsselposition kommt in diesem Zusammenhang sicherlich Anglo American zu, einem der größten Rohstoffkonzerne der Welt: über Tochtergesellschaften ist Anglo nicht nur maßgeblich an der Goldproduktion in Brasilien, Australien und Kanada beteiligt, sondern auch am Handel mit strategischen Mineralien.

Rustenberg, der weltweit größte Platinproduzent, zu 56% in Besitz der Anglo Americans Corporation, hat zusammen mit anderen Platinproduzenten die Platinum Guild Association in Zürich gegründet, auch hier ist das Ziel, die Nachfrage nach Platin im Schmuck- und Investmentbereich zu fördern. Von Januar bis März 1986 importierte die BRD 314.635 g unverarbeitetes Platin aus Südafrika, aber mehr als das Doppelte aus der Schweiz. Die südafrikanische Platinproduktion ist



Sydney Morning Herald

von keiner der sog. Sanktionen betroffen. Südafrika ist mit Abstand der größte Platinproduzent der Welt, mit rund 80% der Weltproduktion. Für das Jahr 1986 wird eine Produktion von ca. 2,5 Mio Unzen erwartet, zum Vergleich: die UdSSR ist der zweitgrößte Produzent mit 300.000 Unzen. Der größte Teil der Platinproduktion fließt in die Automobilindustrien der USA, Japans und Westeuropas. Vor diesem Hintergrund wirkt der von der EG und den USA verhängte Einfuhrstopp von Goldmünzen geradezu lächerlich. Nichteinmal der „ohne Umwege" aus Südafrika importierte Anteil an unverarbeitetem Gold und Platin taucht in den jeweiligen Sanktionslisten auf.

Einen Importstopp für südafrikanische Kohle wird es nach den jüngsten EG Entscheidungen nun sicher nicht geben. Daß der südafrikanische Energiebedarf zu 80% durch Kohle abgedeckt wird, ist nicht nur Schuld der rassistischen Ausbeutung der schwarzen Minenarbeiter, sondern auch dem Technologie- und Kapitaltransfer der USA und Westeuropas in den südafrikanischen Energiesektor. Allein im Zeitram von 1982—1985 ging der größte Teil bundesdeutscher Kredite an die staatliche Elektrizitätsgesellschaft ESCOM (ca. 1,3 Mrd. DM). Effektive Sanktionsmaßnahmen im Bereich der Kohleindustrie hätten vor allem bei einem Exportstopp westlicher Technologie zur Energiegewinnung anzusetzen. An dem von EXCOM geplanten *Bau von fünf neuen* Kohlekraftwerken sind nordamerikanische, französische, britische und westdeutsche Unternehmen beteiligt, u.a. MAN und die KWU.

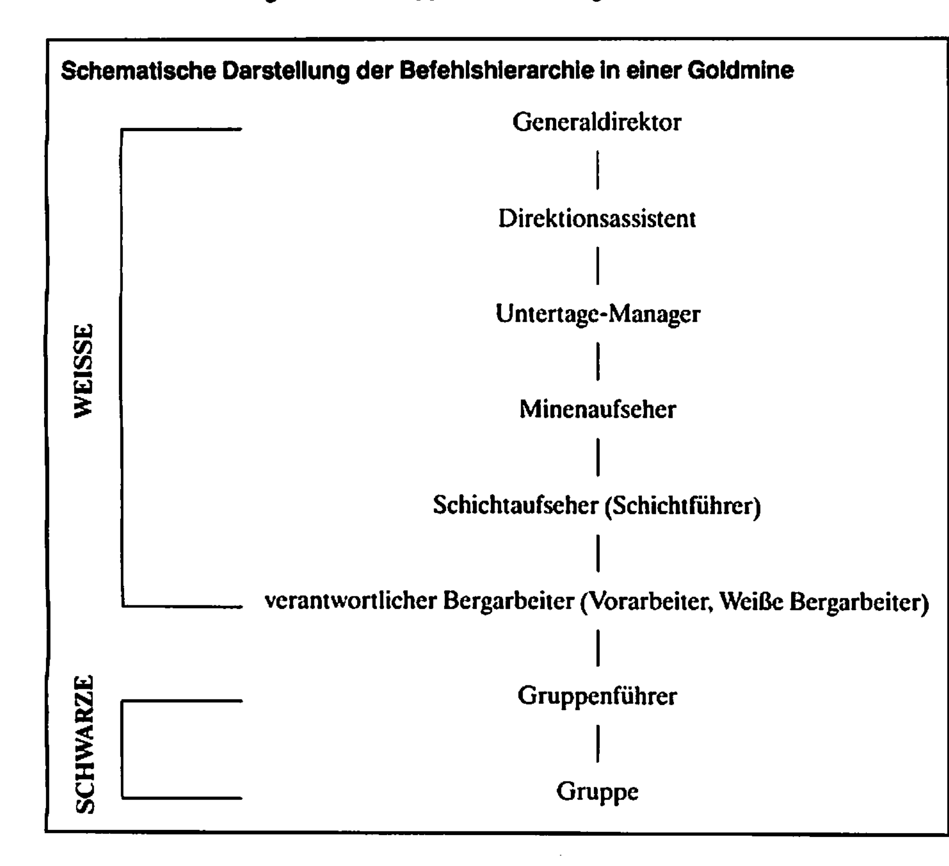
Ein verstärktes Ausweichen der Südafrikaner auf die Kohleverflüssigung, um eventuell Exporteinbußen zu kompensieren, scheint unwahrscheinlich, denn die SASOL Anlage wird unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten niemals profitable arbeiten. Über den Preis, zu dem mit dieser Technologie Treibstoff gewonnen wird, kann zwar nur spekuliert werden, doch die günstigsten Schätzungen gehen von einem Preis aus, der ungefähr 75$ pro barrel Rohöl entspräche. Außerdem ist der Exportpreis der Kohle dreimal höher als der interne Transferpreis, zu dem SASOL die Kohle aufkauft, d.h. Südafrika beschnitte seine Deivenseinnahmen durch eine forcierte Verwendung der Kohle zur Treibstoffproduktion.

Den Minensektor mag die EG und vor allem Großbritannien und die BRD mit ihren sog. Sanktionen also nicht antasten.

Arbeitsplatzsicherung

Angeführt wird das scheinheilige Argument der Arbeitsplatz- und damit Lebenssicherung für die schwarzen Arbeiter. Nicht nur vor dem Hintergrund der oben geschilderten Arbeitsbedingungen wirkt dieses Argument lächerlich. Ist doch Anfang des Jahres die fristlose Entlassung von 20.000 Arbeitern der Impala-Platinminen, die übrigens ebenfalls zum GENCOR-Konzern gehören, ohne Proteste derjenigen über die Bühne gegangen, die sich heute um das Wohlergehen der Bergarbeiter solche Sorgen machen. Innerhalb weniger Tage waren die Arbeiter zurück in ihre sog. „Heimatländer", die Bantustans, transportiert worden. Arbeitsplatzsicherung??

Auch sorgen sich die Bonner Strategen um das Auskommen der Arbeiter aus den Frontstaaten und um die wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten, die unter dem Verlust der Löhne ihrer Arbeitsemigranten — eine der wichtigsten Deviseneinnahmen — zu leiden hätten. An Proteste in der Vergangenheit gegen die systematisch betriebene Destabilisierungspolitik Südafrikas gegenüber den Frontstaaten kann man sich allerdings nicht erinnern, sind doch durch diese Politik die Versuche einer stärkeren Unabhängigkeit der Frontstaaten von der Wirtschaftskraft Südafrikas immer wieder sabotiert wor-



den. Nur zu gerne nehmen die EG, die Bonner Regierung und andere die Drohung Bothas ernst, er werde im Falle von Sanktionen die Grenze zu den Nachbarstaaten schließen, die Wanderarbeiter zurückschicken und diese Staaten so am langen Arm verhungern lassen.

Erst jüngst hat sich ein Sprecher der NUM zu solchen Argumentationen, die sich natürlich auch die Bergwerkskammer zu eigen macht, geäußert. Da die NUM die Verantwortung für ihre Mitglieder auf allen Gebieten habe, so M. Golding, der NUM-Sprecher, auf wirtschaftlichem wie auch auf politischem, habe sie auch auf verschiedenen Foren zu internationalem ökonomischen Druck gegen die Regierung Südafrikas aufgerufen. Die Bergwerkskammer sei ein Unterstützer des Regimes, indem sie Apartheidsinstitutionen wie Hostels und das Wanderarbeitersystem aufrechterhalte. Man wisse allerdings gut genug, daß die Verantwortung für die Beseitigung der genannten Institution bei den Menschen im Lande liege und nicht bei ausländischen Kräften. Auf die Behauptung der Kammer, die NUM sei verantwortlich für die Arbeitslosigkeit im Falle von Sanktionen, antwortete Golding, daß die Apartheid-Politik die Hauptursache für die Arbeitslosigkeit sei. Angesichts der 6 Mio Arbeitslosen werde sichtbar, daß die Regierung anstatt z.B. durch den Wohnungsbau Arbeitsplätze zu schaffen, Millionen von Rand für Armee und Polizei ausgebe, um die Apartheidsinstitutionen aufrecht zu erhalten.

Schwachstellen des Regimes

Obwohl die wirtschaftliche und militärische Macht Südafrikas nicht unterschätzt werden darf, hat doch auch Südafrika seine Schwachstellen. Zwischen Januar und Juni 1986 exportierte Südafrika Güter im Wert von 826 Mio R in die afrikanischen Länder und importierte Waren im Wert von 279 Mio R, d.h. Südafrika erzielte einen gesunden Handelsüberschuß von 549 Mio R. Würden die Grenzen geschlossen, wäre dieser Handel natürlich betroffen, ebenso die jährlichen Einnahmen der South African Transport Services, und natürlich die Zolleinnahmen. Darüber hinaus erhält die südafrikanische Regierung Steuern von einheimischen Produzenten, die in die Frontstaaten exportieren; man schätzt, daß ungefähr eine halbe Million Menschen in Südafrika allein durch den Export von Gütern nach Botswana, Lesotho und Swaziland beschäftigt sind. Sollte Südafrika diese Exporte unterbinden, würden sich nicht nur die Steuereinnahmen erheblich verringern, sondern es wäre mit zusätzlich ca. 500.000 Arbeitslosen zu rechnen. Außerdem haben südafrikanische Unternehmen bemerkenswerte Investitionen in den Frontstaaten getätigt. Anglo American beispielsweise hat einen 50%igen Anteil an den sambischen Kupferminen, ebenso Hauptanteile an Minen, Farmen und anderen Industriezweigen in Zimbabwe.

Wie sollten die Gesellschaften der Anglo American im südlichen Afrika arbeiten, wenn ihre Versorgung mit Ausrüstungen und Ersatzteilen aus Südafrika abgeschnitten ist? Auch die Drohung, die sog. Fremdarbeiter abzuschieben, läßt sich wohl so ohne weiteres nicht realisieren, denn 40% der schwarzen Minenarbeiter sind sog. „Ausländer", die Hälfte von ihnen kommt aus Lesotho. Eine solch plötzliche Massenausweisung würde einen massiven Mangel an Arbeitskräften schaffen. Obwohl es gegenwärtig Millionen arbeitsloser schwarzer Arbeiter gibt, werden sie wahrscheinlich nicht sofort die Lücken füllen können. Arbeit in den Minen bedeutet niedrige Löhne, lange Arbeitstage, schwierige Arbeitsbedingungen und natürlich Gefahren. Für viele schwarze Südafrikaner gelten die Arbeitsbedingungen als tödlich, deswegen würde die Bergbaukammer, wollte sie die Lücke stopfen, höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen, bspw. die Beseitigung der compounds („Wohn"lager der schwarzen Arbeiter), hinnehmen müssen. Der Preis für die Zurücksendung der ausländischen Wanderarbeiter ist ein höheres Lohnniveau und wesentlich höhere Unterbringungskosten. Werden die Konzerne das in Kauf nehmen wollen?

Vieles deutet darauf hin, daß sie nicht dazu bereit sind. Gelang es doch der Bergbaukammer direkt nach Verhängung des Anwerbestopps für mozambikanische Minenarbeiter, für 750 Arbeiter eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Der Präsident der Bergbaukammer hatte zuvor mit „großem Bedauern die Bedrohung der Beziehungen zwischen Minenindustrie und Mozambik betrachtet."

Werena Rosenke ist Mitarbeiterin im AKAFRIK (Münster).

☆

Quellen:
- South African Institute of Race Relations (Hrsg.): Race Relations Survey 1984. Johannesburg 1985;
- J.P. Leger, University of the Witwatersrand: Towards Safer Underground Gold Mining. An Investigation commissioned by the National Union of Mineworkers. Johannesburg 1985;
- blätter des iz3w, AKAFRIK, Azania — Koordination (AZAKO) (Hrsg.): Südafrika. Geschichte, Kultur, Widerstand. 1986;
- The Great Sanctions Debate. In: Work in Progress. No. 44, Sept./Oct. 1986;
- Sowetan, 7./8. 1. 86; 23 .9. 86; 1. 10. 86; 2. 10. 86;
- FR 7. 9. 86; 16. 9. 86; 17. 10. 86;
- Taz 2. 10. 86;

Weekly Mail Nr. 38; Nr. 42
- Spiegel Nr. 39, 40. Jhg., 22. 9. 86;
- Handelsblatt 14./15. 11. 86
- Financial Times 8. 8. 86;
- W. Biermann: Anglo American. In: issa 1/86
- United Nations Centre Against APARTHEID (Hrsg.): Notes and Documents. 9/85; 12/85. Oktober 1985

Editorial

Die Bundestagswahl rückt näher — Zeit für uns, für den Dritte Welt Bereich ein Fazit aus 4 Jahren konservativ-liberaler Regierung zu ziehen. An ausgewählte Themen und Weltregionen haben wir versucht, der Wende auf die Spur zu kommen, und dabei bewußt auf eine Isolation der im BMZ gemachten Politik verzichtet: Die BMZ-Politik, von Haus aus schon ein schwer analysierbares Gemisch aus Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, ist eben nur ein Teil der bundesdeutschen Dritte-Welt-Politik und dabei für die Dritte Welt nicht einmal der folgenreichste: Von der Bundesregierung verfügte Importbeschränkungen für Dritte-Welt-Erzeugnisse etwa können einzelne Länder so schwer treffen, daß selbst das großzügigste Aufdrehen des öffentlichen Kredithahns das nicht aufwiegt. Und ebenso machen die ohnehin rückläufigen grundbedürfnisorientierten Projekte des BMZ längst nicht das wett, was zum Beispiel die bundesrepublikanische Polizeihilfe an besonders repressive Regimes der dortigen Bevölkerung antut (Beispiel Guatemala).

Hat die vielbeschworene Wende im Bereich der Dritte Welt Politik nun tatsächlich stattgefunden oder setzen die Konservativen nur einen Weg fort, der schon in der sozialliberalen Ära eingeschlagen worden war? Die Antwort muß lauten: sowohl als auch.

Die Wende hat sicherlich stattgefunden im Bereich der Mittelamerika-Politik: daran läßt der Artikel von Gaby Gottwald keinen Zweifel. Hatte die sozial-liberale Regierung den Sandinisten immerhin Aufbauhilfe gewährt — wenn auch nur, um diese vom Abdriften ins östliche Lager abzuhalten —, so haben die Konservativen 1984 beschlossen, Nicaragua keine Zusagen mehr zu machen. Stattdessen unterstützen sie jetzt die menschenverachtenden Regimes in Guatemala und El Salvador, und zwar kräftig.

Auch hat die Wende unüberhörbar stattgefunden in Gestalt einer ideologischen Neuausrichtung der deutschen Dritte-Welt Politik. „Entkrampfung" lautet das Stichwort, und es meint: Für die Deutschen ist die Zeit des schlechten Gewissens gegenüber der Dritten Welt vorbei; die deutsche Kolonialherrschaft hat den Ländern gut getan, und an ihrer derzeitigen Misere sind sie selber schuld. Thomas Fues behandelt diese ideologische Wende in einem Überblicksartikel, den wir an den Anfang unseres Themenblocks gestellt haben.

Keine Wende, sondern bruchlose Kontinuität erblickt derselbe Autor hingegen in der deutschen Außenwirtschaftspolitik. Sie berücksichtigte schon zu sozial-liberalen Zeiten alles andere als die Interessen der Dritten Welt. In den globalen Nord-Süd Verhandlungen hatte sich die Bundesrepublik sogar einen Namen gemacht als Scharfmacherin gegen Dritte-Welt-Interessen.

Aber auch die derzeit im Schußfeld stehende Politik des BMZ weist Züge von Kontinuität auf. Die allenthalben zu Warnkes Markenzeichen hochstilisierte Mischfinanzierung etwa, wurde von keinem anderen als von seinem Vorgänger Offergeld (SPD) ins Leben gerufen. Freilich wurde sie von ihm nicht so intensiv gehandhabt.

Der Frage nach Kontinuität oder Wende geht ein weiterer Beitrag am Beispiel der deutschen Rüstungsexportpolitik nach. Auch er gelangt zu einem ähnlichen Ergebnis: Entscheidende Weichenstellungen in Richtung eines Abbaus von Rüstungsrestriktionen wurden bereits von der sozialliberalen Koalition vorgenommen; neu ist allerdings das derzeitige Ausmaß des Rüstungsexports auch in Länder außerhalb der Nato; neu ist zudem, daß mit einem Nicht-Nato-Land (Saudi-Arabien) Vereinbarungen über weitgehende militärische Zusammenarbeit getroffen werden. Die jüngste Strauß-Reise läßt hier Schlimmstes befürchten.

Und schließlich der Artikel über die Politik des BMZ in Südostasien und Fernost: Auch er zeigt, daß schon zu sozial-liberalen Zeiten die deutschen Wirtschafts- und Rohstoffinteressen wichtige Triebkräfte der sogenannten Entwicklungspolitik waren. Er zeigt aber auch, daß die derzeitige Regierung diese Interessen wesentlich offensiver verfolgt und sich damit nicht nur Freunde unter den asiatischen Staaten macht.

Ganz zufrieden sind wir mit der vorliegenden Themenauswahl nicht: Eindeutig fehlt ein Artikel über die großen Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungshilfe (GtZ, KfW und DED). Schritte in Richtung Disziplinierung der GtZ wurden schon getan: Ab 1987 soll sie keine Monopolstellung bei der Durchführung der Technischen Hilfe mehr haben (siehe Artikel von Th. Fues). Aber es gibt derzeit Hinweise, daß sie auch innerlich gewendet werden soll. Ihr steht eine Betriebsprüfung ins Haus und aus dieser werden sich Stellenstreichungen ergeben (s. „Blätter" März 86). Daß davon am ehesten die unbequemen Mitarbeiter betroffen sein werden, versteht sich von selbst.

Über die Einschüchterungsversuche beim DED haben wir schon ausführlich in unserer Dezember-Nummer 1984 berichtet. Es ist zu vermuten, daß sich seitdem nichts zum Besseren verändert hat.

Um über Vermutungen, Hörensagen und ähnliches hinauszukommen und um die Wende überzeugend zu dokumentieren, hätte es allerdings einer breiten Mitarbeit von Personen besagter Institutionen bedurft. Unser Eindruck ist, daß bei vielen Entwicklungshelfern die Angst, die Dinge beim Namen zu nennen, sehr groß ist. Trotz Zusicherungen unsererseits, die Anonymität strengstens zu wahren, ist keine Zusammenarbeit mit ihnen zustande gekommen. Die gleiche Aussage gilt auch für den Bereich der kirchlichen Entwicklungshilfeorganisationen. Wir bedauern dies, haben aber ein gewisses Verständnis für diese Haltung, da ein „Plaudern" nicht ohne Risiko für sie ist.

Die Redaktion



Vier Jahre Warnke



Offergeld (SPD) übergibt an Warnke (CSU) einen sauber aufgeräumten Arbeitsplatz

Wer ist Jürgen Warnke? Mit ungläubigem Staunen wurde die Berufung des unbekannten CSU-Hinterbänklers zum Chef des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in jenem Wende-Herbst '82 registriert. Der angesehene Entwicklungspolitiker der CDU, Volkmar Köhler — Traumkandidat für viele auch außerhalb der Regierungsparteien —, mußte dem Koalitionsproporz weichen und wurde mit dem repräsentativen Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs abgefunden. Spätestens mit der Bennenung des Geschäftsführers der bayerischen Hanns-Seidel-Stiftung, Siegfried Lengls, zum beamteten Staatssekretär war klar, daß die CSU unter keinen Umständen auf die uneingeschränkte Vorherrschaft im BMZ verzichten würde.

In Fortsetzung der schon von den Sozialdemokraten geübten Praxis sollte das BMZ systematisch als Neben-Außenministerium der Strauß-Partei gegen das FDP-geführte Auswärtige Amt ins Spiel gebracht werden. Gründlich wie bei kaum einem anderen Ministerium wurde in diesem vermuteten Nest linker und grün-alternativer Systemveränderer aufgeräumt. Nach heftigen Personalverschiebungen, die bis auf die Ebene der Referatsleiter reichten, waren die Schaltstellen des Ministeriums schließlich mit vertrauenswürdigen Personen besetzt: Der Tanz konnte beginnen!

4 Jahre später — am Ende der laufenden Wahlperiode — stellt sich die Frage, welche Ergebnisse die viel beschworene Wende in der Entwicklungspolitik gebracht hat. In welchen Punkten unterscheidet sich die Bonner Dritte-Welt-Politik der letzten Jahre von der Praxis früherer Regierungen sozial-liberaler Prägung? Sind die schlimmsten Befürchtungen der entwicklungspolitischen Gruppen — „Warnke als verlängerter Arm von Franz-Josef Strauß" — Wirklichkeit geworden? Und wie wird es nach der Bundestagswahl im Januar '87 weitergehen — bei Bestätigung der konservativ-liberalen Mehrheit oder bei rot-grüner Zusammenarbeit?



Bruchlose Kontinuität in der Außenwirtschaftspolitik

Auch wenn sich dieser Beitrag schwerpunktmäßig auf die BMZ-Politik unter Warnke konzentriert, darf die übergreifende Kontinuität der Gesamtbeziehungen zur Dritten Welt — vor allem im außenwirtschaftlichen Bereich — nicht übersehen werden. Bekanntermaßen berührt die klassische Entwicklungshilfe, die über den Haushalt des BMZ abgewickelt wird, nur einen kleinen Ausschnitt der bundesdeutschen Außenkontakte mit der Dritten Welt. Viel entscheidender ist die Rolle der Bundesrepublik im internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem.

Hier ist die Wenderegierung bruchlos in die Fußstapfen der sozial-liberalen Bundesregierungen unter Helmut Schmidt getreten.

Besonders aufschlußreich ist die Tatsache, daß die Bonner Politik im Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei den globalen Nord-Süd-Verhandlungen in ihrer Substanz von der Wende völlig unberührt blieb. Schon unter Schmidt hatte sich die Bundesrepublik so eindeutig als Scharfmacherin gegen die Interessen der Dritten Welt profiliert, daß es hier für die neue Koalition nichts nachzubessern gab.

Auch das außenwirtschaftspolitische Instrumentarium, z.B. Hermes-Bürgschaften, Kapitalschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen, wird wie eh und je durch eine große Koalition sämtlicher Altparteien gegen die Kritik von Dritte-Welt-Gruppen und Grünen abgeschottet und laufend ausgebaut. Und wie zuvor unter Schmidt dient das BMZ auch für die Kohl-Regierung vor allem zur Verschleierung einer im Kern ausbeuterischen Gesamtpolitik und zur Beruhigung überempfindlicher Seelen im eigenen Land, die sich noch von Hunger und Elend in der Welt aufschrecken lassen.

Wenn sich also so wenig in den Grundlinien der Bonner Dritte-Welt-Politik verändert hat, warum lohnt es sich dann überhaupt, Warnkes BMZ-Politik näher zu betrachten? Zum einen ist es schließlich nicht unerheblich, wie die immerhin 7 Mrd. DM im Jahr für den BMZ-Haushalt tatsächlich ausgegeben werden. Zum anderen kann das BMZ auf die öffentliche Meinungsbildung in entwicklungspolitischen Fragen großen Einfluß nehmen somit die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Dritte-Welt-Bewegung spürbar verändern. Eine möglichst präzise Analyse und Kritik der realen BMZ-Politik hilft Bewußtsein schaffen über ihre wahren Ziele und Interessen jenseits aller Propagandasprüche und verschärft die Legitimationskrise der offiziellen Entwicklungspolitik. Dementsprechend — so ist zu hoffen — steigen die gesellschaftlichen Durchsetzungschancen für einen neuen, auf Solidarität und Gerechtigkeit aufbauenden Politikansatz, der weltwirtschaftliche Strukturveränderungen im In-

teresse der geschundenen Bevölkerungsmehrheiten in der Dritten Welt in den Mittelpunkt stellt.

Warnkes Erfolgsbilanz

Die Erfolgsbilanz des Dr. Jürgen Warnke für seine erste Amtsperiode kann sich sehen lassen. Von den meisten ist dieser entwicklungspolitisch völlig unbeleckte ehemalige Porzellan-Lobbyist aus dem oberfränkische Grenzland unterschätzt worden. Als politisches Naturtalent hat er auf dem glatten Bonner Parkett schnell Fuß gefaßt und sich zunehmend Gehör in der Öffentlichkeit verschaffen können. Heute gilt er als der Erfolgreichste der bayerischen Ministerriege im Bonner Kabinett.

Als CSU-Minister in einer konservativ-liberalen Bundesregierung muß sich Warnke in einem schwierigen Umfeld bewegen. Innenpolitisch sieht er sich mit den — teilweise gegensätzlichen — Erwartungen und Ansprüchen folgender Gruppen konfrontiert:

- Münchener Parteizentrale unter Strauß,
- Koalitionspartner CDU und FDP,
- Wirtschaftsverbände (Bundesverband der deutschen Industrie, Deutscher Industrie- und Handelstag etc.),
- eigene Wähler/innenbasis,
- staatliche Durchführungs- und Vorfeldinstitutionen (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutscher Entwicklungsdienst etc.),
- nicht-staatliche Institutionen und basisferne Hilfswerke (kirchliche Werke, politische Stiftungen, Welthungerhilfe etc.),
- Basisgruppen mit Dritte-Welt-Bezug (BUKO-Mitglieder, terre des hommes etc.).

Der Schlüssel für Warnkes Erfolg in seiner ersten Amtszeit liegt vor allem darin, daß er es geschafft hat, den Interessen fast aller für seinen Bereich relevanten Gruppierungen weitgehend gerecht zu werden. Markige Sprüche für die Wähler/innenbasis, außenpolitisch motivierte Vorstöße, vor allem in Zentralamerika und im südlichen Afrika, für den Parteichef Strauß. Für die Wirtschaftsverbände saftige Exportförderungsmaßnahmen und kräftige Zuschüsse für die kritischen Organisationen. Mit dieser Mischung hat Warnke ungeteilte Zustimmung bei seiner politischen Basis produzieren und dem kritischen Widerspruch in anderen Sektoren die Spitze nehmen können. Die Gruppe der gesellschaftlichen Basisgruppen und ihre bundesweiten Strukturen hat er allerdings ungeniert vor den Kopf gestoßen. Dies ist schließlich das Lager des politischen Gegners, der mit harten Bandagen bekämpft werden muß.

Die hohen Sympathiewerte Warnkes in der Öffentlichkeit sind vor allem das Resultat einer aufwendigen und gut organisierten Medienarbeit. Mit großem Schwung hat er sich sofort nach Amtsantritt in die Öffentlichkeitsarbeit gestürzt, um die Werbetrommel für seine Neuorientierung der Entwicklungspolitik zu rühren. Der Drang nach Selbstdarstellung hat während der gesamten Amtsperiode nicht nachgelassen. Nach 4 Jahren gibt es kaum noch eine Zeitung, deren Redaktion nicht durch einen Ministerbesuch geehrt wurde. Die Bonner Medien werden durch häufige Hintergrundgespräche, Pressekonferenzen und Auslandsreisen verwöhnt. Die Hungerkatastrophe in Afrika im letzten Jahr und den dazu entfachten Medienrummel nutzte er geschickt zur Präsentation seiner Aktivitäten. Auf sein Drängen hin wurde beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn im Mai '85 eine Arbeitsgruppe zu Afrika geschaffen. Wer interessiert sich schon später für deren Ergebnisse — Hauptsache, sein Vorstoß wurde in den Medien breit gewürdigt.

Wie nun im einzelnen gezeigt werden soll, ist es Warnke gelungen, in den zentralen Bereichen der BMZ-Politik eine Wende durchzusetzen, die ihren Namen wirklich verdient hat. Auch wenn ein in sich schlüssiges Konzept bis heute nicht zu erkennen ist und einige der erfolgreichen Initiativen eher als zufällige und unsystematische Einzelansätze erscheinen, hat Warnke bei der Verfolgung seiner strategischen Ziele — ideologisch-programmatische Umwälzung, Exportförderung, außenpolitische Profilierung und Unterordnung der Durchführungs- und Vorfeldinstitutionen — durchschlagende Erfolge erzielt. Dagegen verblassen die Fälle, wo er seine erklärten Ziele nicht erreicht hat, zum Beispiel bei der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit, und wo er, vor allem in Konflikten mit dem Bundestags-Haushaltsausschuß und Finanzminister Stoltenberg, handfeste Niederlagen einstecken mußte.



Der ideologische Umsturz

Von Anfang an hat Warnke seine besondere Mission darin gesehen, das ideologische Fundament und die programmatische Ausrichtung der Entwicklungspolitik neu zu definieren. Wie ein Kreuzritter machte er sich auf, das BMZ von seinem Irrweg herunterzuholen. An Schlichtheit sind seine neo-liberalen Bußpredigten nicht zu übertreffen:

- Hilfe muß zuallererst uns nützen!
- Wer gegen das westliche Bündnis ist, bekommt nichts!
- Wer arm ist, hat selber Schuld!
- Der freie Markt wird's schon richten!

Mit seinem Appell an nationalen Eigennutz und nationalistische Überheb-


Volkmar Köhler (CDU) freut sich, daß alles so gut läuft

lichkeitsgefühle hat Warnke den Zeitgeist voll getroffen. Vorläufiger Höhepunkt und Abschluß der ideologisch-programmatischen Umwälzung war die Verabschiedung neuer Grundlinien für die Entwicklungspolitik durch das Bundeskabinett im März '86.

Hilfe als Selbsthilfe — für die Exportindustrie

Die vollzogene Wende auf ideologisch-programmatischer Ebene sagt noch nichts darüber aus, ob Warnke auch das praktische Handeln seines Hauses auf einen neuen Kurs zwingen konnte. Das Herumwerfen des Ruders fällt hier schwieriger, da sich Planung und Durchführung der Projekte in der Regel über langjährige Zeiträume hinziehen und wegen vertraglicher Bindungen nicht kurzfristig über den Haufen geworfen werden können. Außerdem verfügen die staatlichen Durchführungsorganisationen, vor allem die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GtZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), über gewisse Handlungsspielräume gegenüber dem Auftraggeber BMZ, die Möglichkeiten zur begrenzten Gegenwehr bieten.

Warnkes oberstes, gleich zu Beginn seiner Amtszeit offensiv vertretenes Ziel war der gebündelte Einsatz der BMZ-Mittel für die Exportförderung — natürlich in enger Absprache mit den Wirtschaftsverbänden. Der Öffentlichkeit wird diese Strategie als Arbeitsmarktpolitik für das eigene Land verkauft — angeblich ohne Minderung der entwicklungspolitischen Qualität.

Der Einstieg gelang ohne Anlaufschwierigkeiten über das bestehende Instrumentarium der bilateralen Kapitalhilfe, die mit ca. 40% den Hauptbatzen des BMZ-Haushalts in Anspruch nimmt. Hier hatte sein SPD-Vorgänger Offergeld mit der Mischfinanzierung, d.h. der Koppelung von Entwicklungshilfe und regulären Exportkrediten der KfW, ein überaus taugliches Instrument geschaffen und sich dessen zukünftige Ausweitung Anfang 1982 auch noch durch einen einstimmigen Bundestagsbeschluß absegnen lassen (vor Einzug der Grünen).

Warnkes begehrliche Augen fielen schnell auf diesen vorzüglich zur Exportankurbelung geeigneten Hebel. Wenige Monate nach dem Regierungswechsel waren alle Dämme gebrochen. Die Vertreter/innen der großen Exportunternehmen stürmten BMZ und KfW. In den Führungsetagen saßen sie so lange auf den Schreibtischen, bis die BMZ-Millionen für die eigenen Exportaufträge an Land gezogen waren. Die zuständigen Länderreferenten/innen — soweit entwicklungspolitisch engagiert — bangten um ihre ursprünglich geplanten Projekte und hofften, daß der ungenierte Zugriff der Konzerne an ihnen vorüber gehen möge.

Da das BMZ aus taktischen Gründen weiterhin auf einer formalen Prüfung der Förderungswürdigkeit durch die KfW beharren mußte, hätte diese Institution die Pläne Warnkes mit ablehnenden Stellungnahmen durchkreuzen können. Bei einem eindeutig negativen Prüfungsergebnis hätte sich das BMZ aus Angst vor dem Bundesrechnungshof nicht an das Projekt herangewagt. Doch der Widerspruch der KfW blieb aus. Um sich die eigene Weste wenigstens äußerlich rein zu halten, wurden Gutachten abgegeben, die bewußt alles offen ließen und dem BMZ hinreichend Interpretationsspielräume zur Verfolgung seiner Ziele boten.

Schon 1983 schossen die Zusagen für Mischfinanzierungs-Vorhaben steil in die Höhe. 1984 war über ein Drittel der gesamten Kapitalhilfe, also fast 15% des gesamten BMZ-Etats, auf diese Weise für die Exportsubventionierung gebunden. Die Tatsache, daß die Zahlen 1985 wieder leicht abgesunken sind, hat nichts damit zu tun, daß sich das BMZ besonnen hätte, sondern beruht wohl ausschließlich darauf, daß die Märkte in der Dritten Welt einfach nicht mehr so viel hergeben an Großprojekten. Pikant wurde es auch, als Warnkes Fischzug für die Exportindustrie nicht auf die laufenden BMZ-Haushalte beschränkt blieb, sondern auch noch die Zusagen aus früheren Perioden daraufhin abgeklopft wurden, ob sie in lukrative Ausfuhrgeschäfte umgewandelt werden könnten.

Warnkes schneller Zugriff auf die Kapitalhilfe mit dem erprobten Instrument der Mischfinanzierung erwies sich als Volltreffer. Ähnliche Versuche bei der vom Umfang weit kleineren Technischen Hilfe brachten nur mickrige Resultate, da der Lieferanteil aus der Bundesrepublik traditionell hoch liegt.

Es dauerte nicht lange, bis die Kritik auf das BMZ einprasselte. Im September '84 stellten die Grünen im Bundestag ihre erste Dokumentation über die Praktiken des BMZ vor, der noch zwei weitere im jährlichen Abstand folgen sollten. Wissenschaftliche Institute, zum Beispiel das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, bestätigten die Erkenntnisse der Grünen in vollem Umfang. Für die entwicklungspolitische Öffentlichkeit wurden der Mißbrauch der Kapitalhilfe und die entwicklungspolitischen Konsequenzen in kurzer Frist zum Allgemeinwissen.



Knebelung von GtZ und DED

Anders als bei den durch bankmäßige Disziplin konditionierten Mitarbeiter/innen der KfW hat das BMZ den bunten Haufen bei der GtZ, der Durchführungsorganisation für die Technische Hilfe, noch nicht stromlinienförmig auf den neuen Kurs trimmen können. Immer wieder dringen Meldungen über Geheimpläne des BMZ (zum Beispiel Polizeihilfe, siehe unten) frühzeitig an die Öffentlichkeit und verursachen großen Wirbel. Die Quelle solcher Indiskretion vermutete das BMZ in der GtZ.

Diese Unbotmäßigkeit im BMZ-Imperium konnte nicht länger hingenommen werden. Zusammen mit dem SPD-Abgeordneten Helmut Esters, der im Haushaltsausschuß für das BMZ verantwortlich ist, hat sich Warnke nun einen eleganten Trick zur Umgehung der GtZ in heiklen Angelegenheiten ausgedacht. Die bisherige Monopolstellung der GtZ bei

der Durchführung der Technischen Hilfe soll dadurch aufgebrochen werden, daß ab 1987 Unternehmen auch direkt vom BMZ beauftragt werden können, an denen eine Gebietskörperschaft (also Kommune, Land oder Bund) beteiligt ist. Da wird also die Hilfe demnächst ohne Prüfung der Förderungswürdigkeit durch die GtZ eingesetzt, um kommunale Betriebe zu sanieren und die Ergebnisse von Lufthansa und Bundesbahn aufzubessern. Politisch delikate Aufträge können an vertrauenswürdige Unternehmen vergeben werden, ohne daß Betriebsrat und ÖTV-Betriebsgruppe der GtZ ihr Auge darauf werfen.

Auch der aufmüpfige Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist schon gleich nach Warnkes Antritt an die kurze Leine genomen worden. Zwei BMZ-Beamte als neue Geschäftsführer haben dem internen Mitbestimmungsmodell die emanzipatorischen Zähne gezogen.

Warnke zwischen Strauß und Genscher

Auch bei der Verfolgung eines weiteren strategischen Ziels, der Umsetzung einer eigenen CSU-Außenpolitik in direkter Konkurrenz und — falls nötig — Konfrontation zu Genschers Auswärtigem Amt, hat Warnke ganze Arbeit geleistet. Der anfängliche ideologische Übereifer — kurz nach Amtsantritt wollte Warnke Zimbabwe als vermeintlich sozialistischem Land die Hilfe streichen, bis er von dessen Bedeutung für das westliche Lager überzeugt werden konnte — hat sich schnell gelegt.

Neben den von der Öffentlichkeit wenig beachteten Gunsterweisungen an spezielle Straußfreunde, beispielsweise die Herrscher von Zaire und Togo, hat das BMZ vor allem in den globalen Krisenregionen Zentralamerika und südliches Afrika Flagge gezeigt. Ganz in Übereinstimmung mit der US-Außenpolitik werden der sandinistischen Regierung in Nicaragua die Umsetzung gültiger Zusagen und weitere Hilfe versagt, während den alles andere als demokratischen Regierungen in San Salvador und Guatemala großzügig unter die Arme gegriffen wird.

In Südafrika sind die Hände des BMZ etwas gebunden, weil eine zwischenstaatliche Hilfe politisch nicht riskiert werden kann. Also müssen die nicht-staatlichen Träger, vor allem die Konrad-Adenauer-Stiftung, ran, die voll auf Chief Gatsha Buthelezi setzten und eine Systemstabilisierung mit schwarzer Beteiligung ansteuern.

Auch für das von Südafrika besetzte Namibia hat das BMZ die Mittel beachtlich in die Höhe geschraubt. Obwohl eine zwischenstaatliche Hilfe bis zur Unabhängigkeit abgelehnt wird, darf sich die Otto-Benecke-Stiftung aus dem Topf für die bilaterale Technische Hilfe mit über 16 Mio. DM bedienen. Die Mehrzahl der bundesdeutschen Projekte stärkt die von Südafrika eingesetzte Marionettenregierung und liegt damit in direktem Widerspruch zur Linie des Auswärtigen Amtes.

Auch wenn das BMZ im Namen des Welt-Strategen Strauß den Außenminister nur wenig bei der Festlegung offizieller Regierungspositionen ausstechen konnte, ist der CSU-Einfluß in den Krisenregionen über die Entwicklungspolitik stärker als die Politik Genschers zu spüren. Es spricht inzwischen einiges dafür, daß Genscher die Gestaltung einer eigenständigen Außenpolitik in diesen Regionen freiwillig an das BMZ abgetreten hat, um die Reibungsflächen mit der CSU zu verringern.

Mit dem Stimmungsaufschwung für das rechte Lager am Ende der Wahlperiode haben Strauß und Warnke ihren außenpolitischen Konfrontationskurs gegen das Außenministerium deutlich verschärft — mit der Rückendeckung des Bundeskanzleramts. Neuester Handstreich gegen Genschers Politik war Ende November 1986 die Zustimmung des BMZ-Vertreters im Exekutivrat der Weltbank zu einem 250-Millionen-Dollar Kredit an Chile. Das Auswärtige Amt wurde dabei bewußt ausgeschaltet. Die CSU-Sympathie mit dem Pinochet-Regime konnte auch nicht durch eine Bitte der US-Regierung um Stimmenthaltung gebremst werden. Die Achse München — London erzielte einen weitere außenpolitischen Triumph gegen den Rest der EG-Staaten, die sich ebenso wie die USA und Kanada enthielten. Allerdings wurde die Glaubwürdigkeit der werbeträchtigen Menschenrechtskampagnen von CDU-Generalsekretär Geißler ein bißchen beschädigt.

oder er stellt Programmhilfe zur Verfügung, die unmittelbar in die öffentlichen Haushalte abfließen.

Die Weltbank hat seit 1980 einen zunehmenden Teil ihrer Mittel von der Projekt- auf die Programmebene verlagert. Sie nähert sich damit dem IWF an, der bisher das Monopol für gesamtwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen hatte. Grundlage der sog. Strukturanpassungskredite ist ein wirtschaftspolitisches Paket, mit dem eine ganze Volkswirtschaft oder einzelne Sektoren (z.B. Landwirtschaft, Verkehrswesen, Energiebereich) nach den Vorstellungen der Weltbank umorganisiert werden. Das Land bekommt den Kredit also nur, wenn es die weitreichenden Auflagen erfüllt: z.B. bei der Verteilung der öffentlichen Investitionen, Privatisierung von Staatsunternehmen, Änderungen bzw. Aufhebung von staatlichen Preiskontrollen, Exportförderung, Abwertung der einheimischen Währung und Zinserhöhung.

In ihren Strukturanpassungskrediten folgt die Weltbank der auch für ihre Projektpolitik charakteristischen weltmarktorientierten Strategie, die auf privatwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnungsvorstellungen aufbaut. In einer internen Studie von September '86, in der die ersten 15 Anpassungskredite an 10 Länder ausgewertet werden, gesteht die Weltbank freimütig ein, daß dieser Projekttyp zur Armutsbekämpfung völlig untauglich und mit erheblichen sozialen Kosten verbunden ist.



Strukturanpassung im Schlepptau der Weltbank

Angesichts von Überschuldung und zugespitzter Wirtschaftskrise in den meisten Dritte-Welt-Ländern schrumpfen die Spielräume für die klassischen Entwicklungsprojekte. Der Staatshaushalt des Nehmerlandes kann die Inlands- und Folgekosten der neuen Projekte nicht mehr verkraften. Der Geber hat also die Wahl, das Vorhaben vollständig und auf unbestimmte Zeit von außen zu finanzieren

Auch Warnke hat die Zeichen der Zeit erkannt und drängt in das Geschäft mit den Anpassungsprogrammen. Allerdings wollte sich das BMZ nicht der Mühe unterziehen, ein eigenständiges Konzept dafür zu entwerfen, sondern koppelt sich lieber an die Weltbank an. Für das neue Instrument der „Strukturhilfen" im Rahmen der Kapitalhilfe sind erstmals im BMZ-Haushalt für '87 375 Mio. DM vorgesehen (zusammen mit der Warenhilfe), die flankierend zu den Anpassungsprogrammen der Weltbank eingesetzt werden sollen.

Ähnlich wie bei der Warenhilfe geht es hier zuallererst um die Lieferung bundesdeutscher Produkte. Außerdem gewinnt das BMZ erheblichen Einfluß gegenüber dem Nehmerland, wenn es zusammen mit der Weltbank auftritt. Die Informationsbeschaffung über interne Strukturen des Dritte-Welt-Landes dürfte im Windschatten der Weltbank leichter fallen als bei bilateralen Kontakten. Kurz vor dem Ende der Wahlperiode noch ein geschickter Schachzug des BMZ, um die eigene Bedeutung im internationalen Entwicklungsgeschäft zu steigern.



Warnkes größte Niederlage: Polizeihilfe

Es gibt nur wenige Fälle, wo Warnke vor den Augen der Öffentlichkeit voll auf den Bauch gefallen ist. Die spektakulärste Niederlage hat ihn ohne Zweifel noch in den letzten Monaten der Wahlperiode ereilt — zu einer Zeit, wo er sich im Aufwind spürte und keine Gefahr für seinen neuesten Coup witterte. Zusammen mit dem CSU-Innenminister hatte er eine neue Offensive gegen das Auswärtige Amt ausgeheckt. Obwohl Genschers Ministerium traditionell für Ausrüstungshilfen an fremde Polizeikräfte zuständig ist, wollte Warnke dem Intimfeind eins auswischen und selber die Unterstützung der Ordnungshüter in der Dritten Welt aufnehmen — finanziert aus dem BMZ-Titel für technische Hilfe. Streifenwagen und Motorräder von BMW sollten einen wichtigen Bestandteil der Lieferungen ausmachen.

Als Vorschmecker für die neue Spezialität aus Warnkes Küche ist Guatemala vorgesehen. Nach außen läßt sich die Maßnahme als Konsolidierungshilfe für eine junge demokratische Regierung rechtfertigen. Eingeweihte wissen, daß es um die Aufstandsbekämpfung geht. Im Sommer '86 war alles bestens eingefädelt: Eine Delegation des Innenministeriums hatte die Prüfung vor Ort durchgeführt. Der Staatssekretär dieses Ministeriums durfte die ersten Muster aus der BMW-Fabrikation übergeben. Nach Abschluß einer Reise durch Lateinamerika verkündete Warnke im August stolz, Peru und Uruguay hätte sich ebenfalls um Polizeihilfe bemüht und würden als nächstes bedient.

Dann ging alles auf einmal ganz schnell. Der öffentliche Protest gegen diese merkwürdige Variante der Hilfe gewann rasch an Stärke, angefacht durch eine von medico international initiierte Unterschriftensammlung. Die zunehmende Unruhe schreckte die Abgeordneten der Regierungsfraktionen im Haushaltsausschuß auf. Zum einen fanden sie es gar nicht nett, daß Warnke einfach die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes übergangen hatte. Zum anderen fürchteten sie einen gefährlichen Ansehensverlust für die bundesdeutsche Hilfe im In- und Ausland.

Als dann Anfang November '86 der BMZ-Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet werden sollte, verbot der Haushaltsausschuß kurzerhand die weitere Verwendung von BMZ-Geldern für die Polizeihilfe (mit Ausnahme der Drogenbekämpfung) — und das mit einem einstimmigen Beschluß. Die Hilfe für Guatemala war nicht mehr aufzuhalten, da sie noch aus dem Haushalt '86 finanziert werden soll.

Diese Episode ist ein Musterbeispiel dafür, wie durch frühzeitige Mobilisierung, gezielte Pressearbeit und unermüdliches parlamentarisches Nachbohren so massiv Druck auf die Abgeordneten der Regierungsfraktion gemacht werden kann, daß sie Plänen des eigenen Ministers einen Riegel vorschieben. Es wird daran auch deutlich, daß die parlamentarische Macht ausschließlich beim Haushaltsausschuß liegt und der zuständige (Fach-) Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AwZ) ein zahnloses Schattenwesen ist.



Rückflüsse: Niederlage gegen Stoltenberg

Neben der Ohrfeige durch den Haushaltsausschuß hat Warnke gegen Finanzminister Stoltenberg eine Niederlage einstecken müssen, die zwar in der Öffentlichkeit wenig Beachtung gefunden hat, in ihrer Substanz aber erheblich gewichtiger ist als die Polizeihilfe. Es geht um die Rückflüsse, d.h. die Tilgungen und Zinsen, aus der bundesdeutschen Kapitalhilfe. Mit 1,3 Mrd. DM werden die Rückflüsse 1987 einen bedeutenden Einnahmeposten für den Bundeshaushalt darstellen — mit weiter steigender Tendenz.

Für das BMZ sind die Zahlungen aus der Dritten Welt aus mehreren Gründen peinlich. Es macht sich schließlich schlecht vor der eigenen Bevölkerung und der internationalen Öffentlichkeit, wenn überschuldete Länder auch noch Devisen an die reiche Bundesregierung überweisen müssen. Außerdem werden die Tilgungsbeiträge von der Entwicklungshilfe abgezogen und schmälern die ausgewiesenen Nettoleistungen.

Warnke erkannte frühzeitig die Gelegenheit, seinen Etat durch die Rückflüsse aufzustocken. Als die Bundesregierung auf Initiative der SPD-Fraktion im Herbst 1985 beauftragt wurde, Lösungsmodelle für die Wiederverwendung der Rückflüsse bis Mitte 1986 vorzulegen, stimmte er frohen Herzens zu. Doch der Finanzminister spielte nicht mit. Vor dem Hintergrund zunehmender Haushaltsengpässe wollte Stoltenberg auf keinen Fall auf die sprudelnde Finanzquelle verzichten. Warnke mußte zurückstecken. Der Bericht der Bundesregierung wurde auf unbestimmte Zeit verschoben und die Dritte Welt muß weiter blechen.

Beim Kräftemessen mit dem Sparkommissar der Nation hat es sich gerächt, daß Warnke keine gesellschaftliche Lobby aufgebaut und gepflegt hat, die er zu seiner Unterstützung hätte mobilisieren können. Seine Politik hat ihn im Gegenteil in direk-

ten Gegensatz zur großen Mehrheit der entwicklungspolitisch engagierten Gruppen gebracht, bei denen jeder Annäherungsversuch von seiner Seite auf großes Mißtrauen stoßen würde.

Jürgen

Warnke und die entwicklungspolitische Szene

Von Anfang an war klar, daß die Gemeinsamkeiten Warnkes mit den entwicklungspolitisch aktiven Gruppen äußerst dürftig sind. Die programmatische Neuorientierung ist zu eindeutig ein Rückfall in neokoloniale und paternalistische Denkstrukturen, die für die entwicklungspolitisch Engagierten ein rotes Tuch bedeuten. Warnke hat es aber ganz bewußt nicht zu einem Bruch mit den kritischen Hilfswerken kommen lassen, sondern läßt im Gegenteil keine Möglichkeit aus, die freien Träger überschwenglich zu loben.

Ideologisch mag das damit zu erklären sein, daß er nicht auf der einen Seite die Entstaatlichung der Entwicklungshilfe fordern und auf der anderen Seite den nicht-staatlichen Organisationen das Wasser abgraben kann. Entscheidender war wohl das politische Kalkül, keine Konfrontation mit diesem Sektor zu riskieren, weil der Ausgang für ihn ungewiß ist. Die Nicht-Regierungs-Organisationen, vor allem die kirchlichen Werke, die politischen Stiftungen und die freien Träger des Bensheimer Kreises, werden auch unter Warnke mit großzügigen, ständig steigenden Zuschüssen aus dem BMZ-Haushalt bedacht. Der politische Standort des Empfängers spielt dabei keine Rolle. Die pazifistisch-ökologisch bewegte Entwicklungshelferorganisation Eirene, die kritischen Werke medico international und Weltfriedensdienst dürfen ebenso aus dem Vollen schöpfen wie die staatstreue Welthungerhilfe.

Der Erhalt der finanziellen Abhängigkeiten hat bisher verhindern können, daß der kritische Flügel der Organisationen auf Konfrontationskurs zum BMZ eingeschwenkt ist. Als es vor kurzem zu ernsteren Reibereien mit dem Bensheimer Kreis wegen den zu restriktiven Verwaltungsvorschriften des BMZ kam, hat die Leitung den etwas zu forsch auftretenden Referatsleiter zurückgepfiffen, um Solidarisierungstendenzen bei den freien Trägern zu unterlaufen. In letzter Zeit allerdings gärt es in den Hilfswerken. Sie fühlen sich zunehmend als humanitäres Feigenblatt für eine immer eigennützigere BMZ-Politik mißbraucht.

Mit Samthandschuhen hat der Minister aus der bayerischen „C"-Partei die kirchlichen Gremien und Institutionen behandelt. Trotzdem haben prominente Stimmen aus beiden Kirchen das BMZ in seltener Einmütigkeit angegriffen. Warnke hat darauf mit verbalen Zugeständnissen reagiert, die jetzt wieder die angeblich selbstlosen Motive der Hilfe in den Vordergrund rücken. Besonders stolz ist sein Haus zu Recht über die Einbindung der Kirchen in die BMZ-Sondereinheit „Hilfe zur Selbsthilfe".

Wie geschickt Warnke mit Kritikern aus der evangelischen Kirche umgehen kann, bewies sein Auftreten auf der Synode Anfang November 1986, die Entwicklungspolitik zum Schwerpunkt hatte. Als Synodaler hat er direkten Zugang zu diesem höchsten Beschlußgremium der Kirche. War die BMZ-Politik im Vorfeld des Ereignisses noch heftiger Kritik aus den kirchlichen Reihen ausgesetzt, so verabschiedete die Synode schließlich dank Warnkes Taktieren eine völlig verwässerte Erklärung, die sogar der Minister mittragen konnte. Für die schärfsten Gegner aus der evangelischen Kirche hat sich Warnke noch eine besondere Gemeinheit einfallen lassen. In Rekordzeit hat er die evangelikale Entwicklungshelferorganisation „Christliche Fachkräfte International" anerkannt und damit dem Aufbau von kirchlichen Parallelstrukturen zusätzlichen Schwung verliehen.

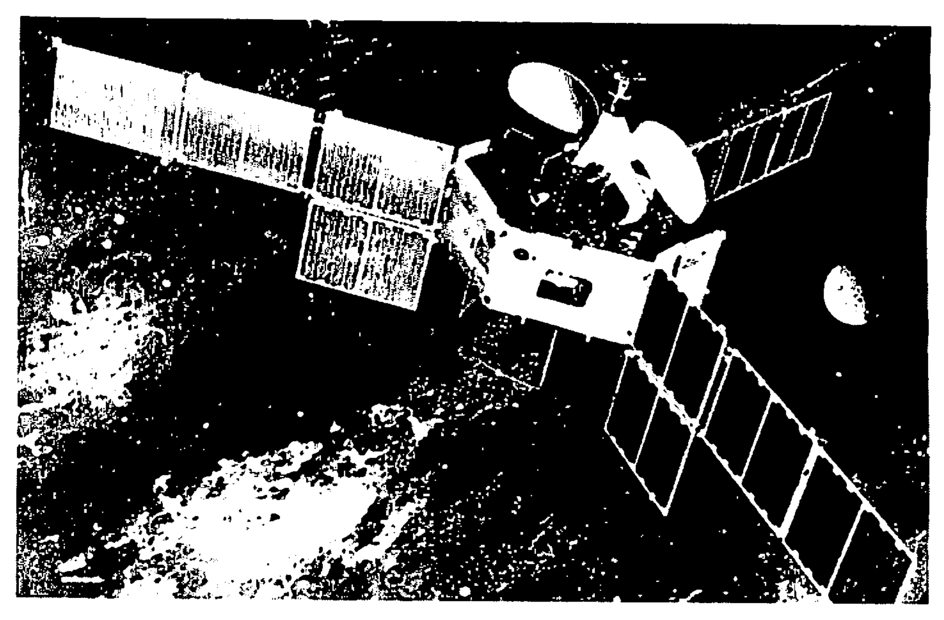
Auch gegenüber den entwicklungspolitischen Aktionsgruppen ist Warnke kühl taktierend aufgetreten. Wie bisher werden alle möglichen Basisaktivitäten aus dem 1.000 DM-Fonds des BMZ unterstützt. Auf die manchmal doch etwas subversiven Inhalte wird in der Regel nicht gesehen. Nur der bundesweite Zusammenschluß BUKO ist bei Warnke seit der spektakulären BMZ-Blockade im Friedensherbst 1983 besonders unbeliebt.

Warnkes neueste Propaganda-Idee, um sich bei der kritischen entwicklungspolitischen Öffentlichkeit Streicheleinheiten zu verdienen, ist seine Kampagne gegen den Wahnsinn des EG-Agrarmarktes. Das Schöne an diesem Ablenkungsmanöver ist, daß nicht er, sondern die ferne EG-Kommission Verantwortung trägt. Einige der durchaus kritischen Organisationen sind anscheinend so von Warnkes Vorstoß beeindruckt, daß sie dieses Thema ebenfalls zum Schwerpunkt ihrer bundesweiten Informationsarbeit machen wollen.

Warnke

Warnke und das Parlament

Im Parlament ist Warnkes Politik vor allem von der Opposition gewürdigt worden. Wortführer der teilweise turbulenten Auseinandersetzungen waren die Grünen, die sich mit besonderem Vergnügen am Thema „Mischfinanzierung und Lieferbindung" festbissen. Durch den erweiterten Ansatz der Grünen, die den Gesamtkomplex der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt zum entwicklungspolitischen Feld definiert haben, hat das BMZ einen Ansehensgewinn in der Bonner Politik erfahren — vermutlich gegen seinen Willen.



Durch die vom Bundestag wiederholte Behandlung der internationalen Schuldenkrise, die Infragestellung der Kapitalschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen (die die wirtschaftspolitische Souveränität der Dritte Welt Länder beschneiden) und die Thematisierung der Hermes-Bürgschaften aus entwicklungspolitischer Sicht hat den Aktionsradius des BMZ vergrößert. In der Schuldenfrage darf Warnke jetzt die Kritik am Verhalten der Bundesregierung durch Verweis auf den großzügigen Schuldenerlaß gegenüber den ärmsten Ländern (LLDC) parieren. Stoltenberg, der eigentlich Verantwortliche für das internationale Finanzsystem, hält sich vornehm zurück. Bei den Hermes-Bürgschaften hat sich die interne Praxis des BMZ unter Warnke spürbar verändert. Nach der Parlamentsdebatte über eine Große Anfrage der Grünen werden die Anträge sorgfältiger geprüft. Im zuständigen Interministeriellen Ausschuß hat das BMZ gegenüber den anderen Ministerien an Gewicht gewonnen und stellt auch mal kritische Rückfragen, wenn die entwicklungspolitische Fragwürdigkeit allzu auffällig ist.

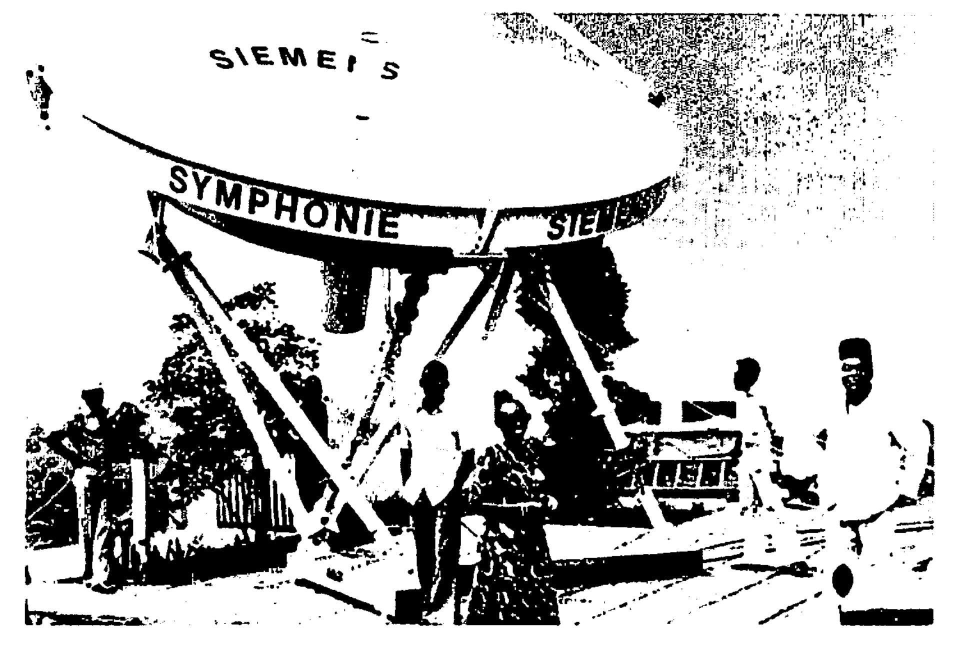
Besonders wirkungsvoll war der Angriff der Grünen auf das gesamte System der Rahmenplanung bei den jährlichen Haushaltsberatungen. Zusammen mit dem BMZ-Haushalt verabschiedet das Parlament sog. vertrauliche Erläuterungen, die über die geplante Verwendung der Mittel auf der Projektebene Aufschluß geben. Wie das BMZ durch seine jährlichen Rechenschaftsberichte selbst bestätigt hat, wird dieses Verfahren immer mehr zur Farce. Vor allem die Mischfinanzierung hat dazu geführt, daß ein wachsender Prozentsatz der ursprünglich ausgewiesenen Vorhaben über den Haufen geworfen wird und das BMZ Projekte aus dem Hut zaubert, die dem Parlament noch nie zu Gesicht gekommen sind — 1985 bei der technischen Kapitalhilfe über 50%. Jetzt will das BMZ Konsequenzen aus dem Mißstand ziehen und dem Parlament demnächst ein völlig anderes Haushaltsverfahren vorschlagen, um sich in Zukunft weniger angreifbar zu machen.

Die SPD, noch ganz vom ehrwürdigen Geist der beiden Brandt-Berichte umweht, fordert unverdrossen mehr Geld für die Entwicklungshilfe — am besten aus dem Rüstungshaushalt. Daß die Auseinandersetzung der sozialdemokratischen Fraktion mit dem BMZ wenig konfrontativ verläuft, hängt auch mit dem konfliktscheuen Vorsitzenden des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uwe Holtz (SPD), zusammen. Die Schlüsselstellung aber für die tatsächliche Entwicklungspolitik der SPD im Parlament hat ihr langjähriger Berichterstatter für das BMZ im Haushaltsausschuß, Helmut Esters. Er gilt als enger Verbündeter der BMZ-Führung, der seine politisch fragwürdigen Vorstöße lieber mit den Kollegen/innen von CDU und FDP abspricht als mit der eigenen Fraktion — so geschehen im jüngsten Coup gegen die GtZ (siehe oben).

Die CDU hat die kontroverse Politik des CSU-Ministers, die sich deutlich von ihrer Linie vor dem Regierungsantritt unterscheidet („lieber Millionen Projekte als Millionenprojekte"), mit erstaunlichem Langmut hingenommen. Auch wenn sich der CDU-Fachausschuß Entwicklungspolitik gegen die Lieferbindung ausgesprochen hat, ist ernsthafter Widerspruch gegen Warnkes Methoden nicht bekannt geworden. Die CDU-Leute dürfen sich auf der Spielwiese „Förderung von Kleinbauern und Handwerk" tummeln, solange sie sich mit Bundestags-Resolutionen und ein paar Haushaltsmillionen zufrieden geben.

Die FDP-Fraktion hat in der Entwicklungspolitik wenig Profil gezeigt. Ihr Sprecher, Wolfgang Rumpf, hat sich aber wohlweislich vor einem zu eindringlichen Blick auf die reale BMZ-Politik gehütet. Der — nach liberalen Ordnungsvorstellungen — Sündenfall der Exportförderung, *einer* Spielart des Protektionismus, wurde nur verhalten kritisiert. Schon möglich, daß das Bundeswirtschaftsministerium dem BMZ ein bißchen ins Gewissen geredet und so zum Rückgang der Mischfinanzierung beigetragen hat.

Für die CSU-Fraktion ist eine völlige Fehlanzeige zu vermelden. Wenn die Partei schon den Minister stellt, braucht sich ja sonst niemand in der Partei mit diesem exotischen Bereich herumzuschlagen.



4 weitere Jahre Warnke?

Nach früheren Spekulationen über einen Amtswechsel Warnkes, z.B. ins Verkehrsministerium, sieht es jetzt so aus, daß er uns als BMZ-Chef erhalten bleibt, wenn die Koalition in ähnlicher Zusammensetzung in den Wahlen bestätigt wird. Was steht uns bevor, wenn Warnke für eine weitere Amtsperiode die Spitze des BMZs schmücken darf?

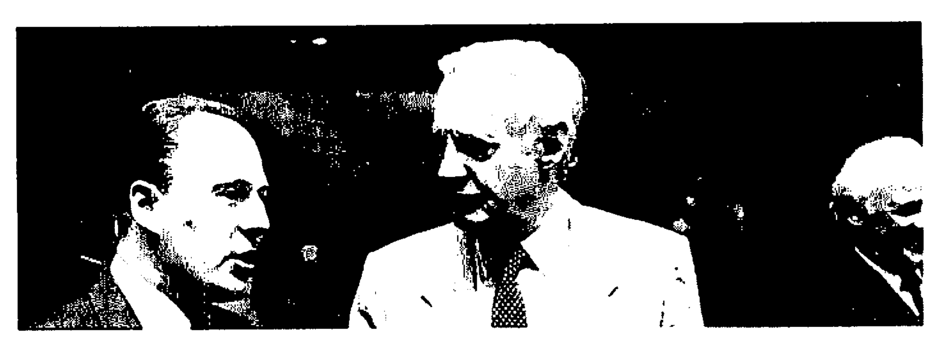
In vielen Bereichen hat Warnke das Feld bereits im ersten Anlauf so gut bestellt, daß es nur noch wenig zu wenden gibt. Die ideologisch-programmatische Kehrtwendung steht. Die BMZ-Milliarden sind bis zum letzten Tropfen für die Exportförderung ausgequetscht. In den

Durchführungs- und Vorfeldinstitutionen herrscht Grabesruhe. Was könnte da noch den Ehrgeiz des Ministers reizen?

Denkbar wäre, daß er auf schärferen Konfrontationskurs mit den kritischen Organisationen geht, um sich innenpolitisch im Kampf gegen die Systemveränderer zu profilieren. Vielleicht müssen Eirene, medico und Weltfriedensdienst demnächst ohne staatliche Zuschüsse auskommen, wenn sie ihre unbequeme Quertreiberei nicht aufgeben. Auch die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) muß vielleicht auf ein paar unliebsame Projekte verzichten. Der Streit mit dem Bensheimer Kreis ist noch lange nicht ausgestanden und könnte zu schmerzhaften Sanktionen des BMZ führen.

In einem Bereich ist das BMZ mit dem bisher erreichten Stand ihrer Wende-Aktivitäten gar nicht zufrieden, nämlich bei der finanziellen Unterstützung von Privatinstitutionen oder anderen Formen der Unternehmenskooperation auch ohne Kapitalbeteiligung in der Dritten Welt. Zwar wurde das Programm der Unternehmensberater erheblich ausgeweitet und der Deutschen Finanzierungsgesellschaft (DEG) wird ständig mehr Geld in den Rachen geworfen. Aber das Geld aus dem BMZ-Haushalt für die privatwirtschaftliche Zusammenarbeit will einfach noch nicht in der gewünschten Größenordnung fließen.

Jetzt denkt das BMZ angestrengt darüber nach, wie die Instrumente der personellen Hilfe und der Ausbildungshilfe dafür genutzt werden können. Demnächst wird also nicht mehr die GtZ-Expertin für Kleinbauern in die Dritte Welt geschickt, sondern ein bundesdeutsches Unternehmen läßt sich seinen Manager in einer ausländischen Tochterfirma vom BMZ bezahlen. Eine wahrlich gelungene Variante der neo-liberalen Entstaatlichungsstrategie.





Ein rot-grünes BMZ?

Auch wenn inzwischen die Hoffnung auf eine rot-grüne Mehrheit nach der nächsten Wahl geschwunden ist, kann doch darüber spekuliert werden, wie denn eine rot-grüne Wende in der BMZ-Politik aussehen würde. Schwierigkeiten bei der Neubestimmung des BMZ-Kurses würden bestimmt die unterschiedlichen Ziele der verschiedenen Flügel innerhalb der beiden Parteien bereiten. Das Spektrum der Meinungen bei den Grünen reicht von den Verfechtern einer besseren Entwicklungshilfe auf den Spuren Epplers bis zu Fundamentalkritikerinnen in Anlehnung an Erlers „tödliche Hilfe". Bei der SPD gibt es (ebenso wie bei den Grünen) einen Flügel, der das Gesamtfeld der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt entwicklungspolitisch umgestalten möchte. Dagegen steht die SPD-Betonfraktion, die Export- und Wachstumsförderung auch in der Entwicklungspolitik um jeden Preis betreiben möchte.

Es ist wohl davon auszugehen, daß das BMZ auch bei rot-grüner Zusammenarbeit weiterexistieren und als Betätigungsfeld für die unruhigen Geister mit internationalistischen Neigungen in beiden Parteien freigegeben würde. Auch wenn der SPD-Kanzlerkandidat Rau kürzlich eine substantielle Kompetenzerweiterung für das BMZ gefordert hat, ist zu erwarten, daß die klassische Arbeitsteilung der Ressorts auch unter rot-grünem Vorzeichen (zunächst) erhalten bleibt. Bei den Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt und im internationalen Finanzsystem werden also weiterhin die Ministerien für Wirtschaft und Finanzen den Ton angeben. Eine grundsätzliche, entwicklungspolitisch ausgerichtete Kehrtwendung in diesen Politikfeldern wird wohl bis auf weiters schöne Zukunftsmusik bleiben.

Durchsetzungschancen würde es nur für konkrete, schrittweise Positionsveränderungen im internationalen Beziehungsgeflecht, z.B. bei den anstehenden UNCTAD-Verhandlungen oder bei besonders herausgehobenen Entscheidungen im IWF-Exekutivrat, geben. Auch wenn eine völlig andere Kompetenzverteilung auf die Schnelle nicht zu erwarten ist, ließe sich eine institutionell abgesicherte Aufwertung des BMZ in den interministeriellen Abstimmungsverfahren, zum Beispiel bei den Hermes-Bürgschaften, schnell realisieren.

Auch mit Blick auf den BMZ-Haushalt sind keine Wunder zu erwarten. Alle Mittel müßten in Zukunft in Form von nichtrückzahlbaren Zuschüssen vergeben werden. Für die ausstehenden BMZ-Kredite wäre ein genereller Schuldenerlaß auszusprechen — möglicherweise mit bestimmten Auflagen, beispielsweise die Schaffung von gesellschaftlich kontrollierten Entwicklungsfonds, die mit einem Teil der Rückflüsse in einheimischer Währung gespeist würden. Die BMZ-Politik müßte grundsätzlich vom Projektansatz abrücken und stattdessen überwiegend Programm- und Budgethilfe zur Unterstützung binnenmarkt- und selbsthilfeorientierter Entwicklungswege leisten. Die Kapitalhilfe in ihrer herkömmlichen Form wäre also ersatzlos abzuschaffen. Und damit auch die bisherigen Projektaktivitäten der KfW.

Auch die Technische Hilfe müßte grundsätzlich überdacht werden und viel stärker auf den personellen Ressourcen und institutionellen Strukturen der Empfängerländer aufbauen.

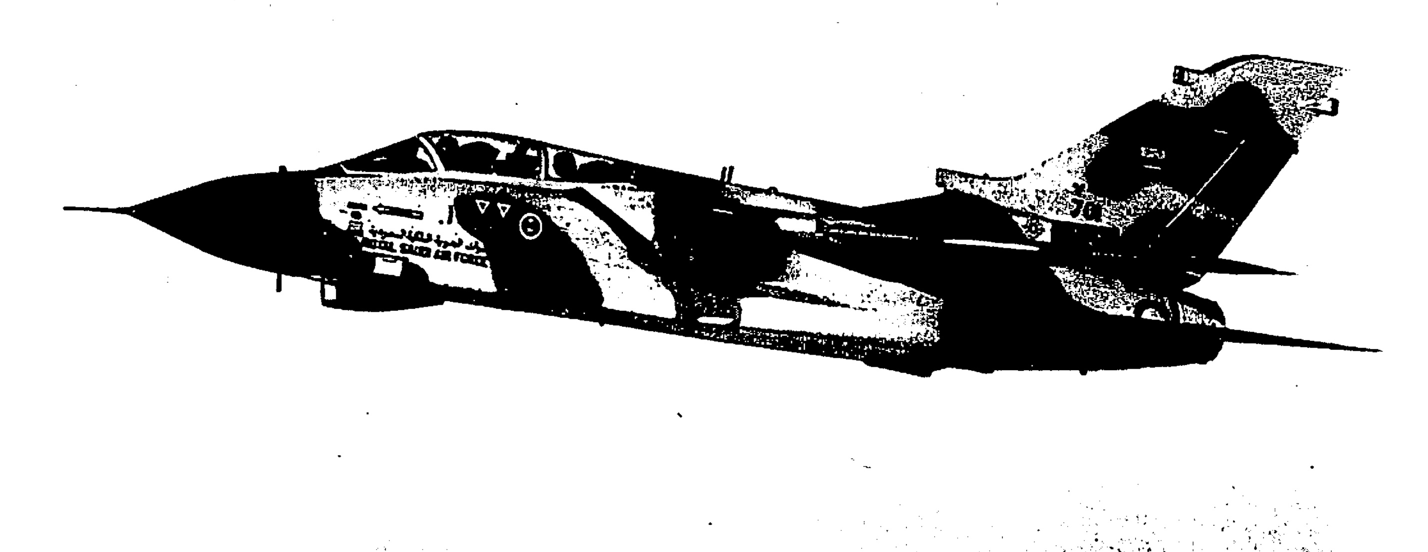
Die multilaterale Hilfe für Weltbank, die internationale Entwicklungsagentur (IDA) und die regionalen Entwicklungsbanken könnte an strenge Auflagen hinsichtlich der Anpassungsprogramme und Projekte gebunden werden. Wenn dies nicht durchsetzbar ist, müßte der Rückzug aus diesen Institutionen angetreten werden. Für die Internationale Finanzierungsgesellschaft (IFC) und die DEG sollte es wie für andere Ansätze zur Förderung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit keine BMZ-Gelder mehr geben.

Die finanzielle Förderung der kirchlichen und sonstigen privaten Träger für emanzipatorische Projektansätze in der Dritten Welt und eine entsprechende Bildungsarbeit hier, könnte um einiges aufgestockt werden. Durch eine andere Öffentlichkeitsarbeit könnte das BMZ eine wichtige Rolle in der Bewußtseinsbildung spielen. Grundsätzlich müßte das BMZ von seiner außenwirtschaftspolitisch-orientierten Grundhaltung wegkommen und den interkulturellen Austausch zwischen reichen und armen Ländern organisieren. Dabei könnten gezielt gesellschaftliche Basisgruppen in der Dritten Welt um Vermittlung ihrer Erfahrungen an ähnliche Bewegungen in der Bundesrepublik gebeten werden.

Entwicklungspolitik in diesem Sinne wäre dann als gemeinsamer Lernprozeß und gegenseitige Befreiungshilfe bei der Überwindung der jeweiligen Herrschaftsstrukturen zu definieren.

Genug der schönen Höhenflüge. Die Hoffnungen für Veränderungen in der Entwicklungspolitik und darüber hinaus in den Gesamtbeziehungen mit der Dritten Welt sind natürlich nicht an die technokratischen Fertigkeiten eines rot-grünen BMZs, sondern an die breite Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte hier und dort und deren enge Kooperation in dem Bemühen um tiefgreifende Veränderungen zu richten.

Thomas Fues, Diplom-Volkswirt, ist seit 1982 Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei den GRÜNEN im Bundestag. Schwerpunktbereich: Dritte Welt.



„Tornado"

Der Rüstungsexport der Bundesrepublik Deutschland

Kontinuität oder Wandel?

Die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches unterliegt der politischen und moralischen Verpflichtung, vom deutschen Boden dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen. Dennoch ist sie indirekt in die weltweit stattfindenden Kriege verwickelt. Mit deutschen Waffen wird an nahezu allen Fronten der Dritten Welt gekämpft. So ist es nicht verwunderlich, daß trotz der anhaltenden wirtschaftlichen Krise die bundesdeutsche Rüstungsindustrie zur Zeit (noch) eine Wachstumsbranche ist.

Die Bundesrepublik ist als fünftgrößter Waffenlieferant der Welt maßgeblich an der Militarisierung der Dritten Welt beteiligt. (Die U. S.-Rüstungskontrollbehörde sieht die BRD erstmals vor Großbritannien an vierter Stelle.)

Die in den letzten Monaten bekanntgewordenen und geplanten Großaufträge bundesdeutscher Rüstungsindustrie, wie z.B. der angestrebte Verkauf einer kompletten Munitionsfabrik nach Saudi-Arabien, lenkt einmal mehr den Blick auf die Frage, ob nach Ende der sozialliberalen Ära 1982 auch eine „Wende" in der bestehenden Rüstungexportpolitik zu noch expansiverer Ausweitung stattgefunden hat.

Das Bundesministerium für Verteidigung schreibt im Weißbuch 85: „Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive Rüstungsexportpolitik. Das Ergebnis der restriktiven Rüstungspolitik zeigt sich in dem geringen Anteil von Kriegswaffen, der bisher 0,9 Prozent vom Gesamtexport ... nicht überschritten hat."
Zweifel sind angebracht.

Die Entwicklung des internationalen Waffenhandels

Rüstungsexporte wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem wichtigen Instrument der Politik. In der Folge der Dekolonialisierung entstanden in der Dritten Welt völkerrechtlich souveräne Staaten, in denen, wie bei den Industrienationen auch, Militär und Rüstung als Garantie für äußere Sicherheit gelten.

Da die neuen Nationalstaaten aus den alten Kolonien hervorgingen, die in der Regel Gewaltregime waren und keinerlei Rücksicht auf ethnische, religiöse oder geographische Zugehörigkeiten genommen hatten, ergaben sich in der Folgezeit eine Reihe von Konfliktpotentialen, die zu innergesellschaftlichen Spannungen sowie zu Konflikten der Länder untereinander führten. Dem Militär kam hierdurch eine wachsende Bedeutung zu.

Hinzu kam die Ausweitung des Ost/West-Konfliktes in globalem Maßstab. Zunächst wurde dies faktisch nur von den USA vorgenommen, deren Entwicklungshilfe ebenso wie Rüstungslieferungen und Ausbildungsprogramme für die Armeen der Drittweltländer als Teil der antikommunistischen Strategie des „roll-back" und „containment" verstanden wurde. So wurden z.B. rund 500.000 Offiziere der Dritten Welt im Rahmen des Militärhilfeprogramm der USA ausgebildet.

Ab 1956 zog die Sowjetunion nach, die ihre Waffenlieferungen zuvor eher auf ihr direktes Einflußgebiet begrenzt hatte. Der Einsatz von Militärhilfe und die Lieferung von Rüstungsgütern wuchs in der Folgezeit zu bisher nicht gekannten Größenordnungen.

Zunächst war in den 50er Jahren der Waffenhandel durch eine Form der Militärhilfe gekennzeichnet, die den Drittweltländern gebrauchte Waffen aus überschüssigen Beständen des Zweiten Weltkrieges als Schenkung überließ. Seit den 60er Jahren hat ein stetiger Wandel von der Waffenhilfe zum Waffenverkauf über Barzahlungs- Kredit- oder Darlehensvereinbarungen stattgefunden. Auf Grund der Erfahrungen des Vietnamkrieges wurde in den USA Ende der 60er die Nixon-Doktrin formuliert. Diese Doktrin hatte zum einen den Aufbau regionaler Schutzmächte zum Ziel, so daß die Präsenz von US-Soldaten in diesen Ländern nicht länger erforderlich war und zum andern ein verstärktes burden-sharing (Lastenverteilung), das die Militärhilfe erheblich reduzierte und gleichzeitig eine verstärkte Kommerzialisierung des Waffenhandels ermöglichte.

Die Märkte der Entwicklungsländer gewannen dabei immer größere Bedeutung; so daß heute rund 75 % des weltweiten Waffenhandels in die Dritte Welt geht. Während sich der Import an Waffen für die Industrieländer im Zeitraum von 1961 bis 1975 verdoppelte, versechsfachte sich der Rüstungsimport der Peripherie im gleichen Zeitraum.[1] Der Anteil der Dritten Welt (inkl. der VR China) an den weltweiten Militärausgaben stieg zwischen 1965 und 1979 von ca. 15 % auf 25 %.[2] Mitte der 80er Jahre wurden rund 500

Mrd. DM für Militär und Rüstung in der Dritten Welt ausgegeben. Es darf hierbei allerdings nicht übersehen werden, daß trotz dieser Entwicklung nach wie vor die meisten Waffen in den Industrieländern produziert und beschafft werden. Innerhalb der NATO und des Warschauer Pakts wird die Nachfrage zum größten Teil aus nationaler Produktion befriedigt.
Ein weiteres Merkmal des internationalen Handels mit Waffen ist, daß verstärkt Anbieter auf dem Weltmarkt auftreten, die selbst der Dritten Welt angehören. 1980 gab es immerhin schon 40 Länder mit eigener Waffenproduktion, von denen einige durchauus erfolgreich mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt auftreten konnten, z. B. in Brasilien mit Flugzeugen und gepanzerten Fahrzeugen oder Israel mit Flugzeugen, Munition und Gewehren. Der Weltwaffenmarkt wurde von einem Liefermarkt zu einem Käufermarkt.

Die Rüstungsexporte der Bundesrepublik

Nachdem Ende des Zweiten Weltkrieges die Rüstungsproduktion in der BRD verboten worden war und dann unter alliierte Aufsicht gestellt wurde, ging man zunächst davon aus, daß die Rüstungsproduktion in Zukunft keine bedeutende Rolle spielen würde. Doch schon Mitte der 50er Jahre wurde die Rüstungsindustrie wieder ausgebaut und bereits Anfang der 60er wurde die Bundeswehr weitgehend mit Waffen aus eigener Produktion versorgt.[3] Damit stand die erste Generation von Waffen, die noch aus Beständen der Allierten stammte, zur Weitergabe als Militärhilfe an Dritte zur Verfügung. Man orientierte sich dabei durchaus an deutschlandpolitischen Zielen der Außenpolitik; der BRD freundlich und der DDR zurückhaltend oder feindlich gesinnte Regierungen erhielten Waffen (Hallstein-Doktrin). Die Waffen gingen hauptsächlich nach Afrika.

Wie risikobehaftet der Waffentransfer als „Vehikel" der Außenpolitik ist, zeigte schon damals ein Eklat aus dem Jahre 1965, als geheime Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel publik wurden und die arabischen Staaten daraufhin mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohten und gleichzeitig ihre Kontakte mit der DDR intensivierten.

Die Lieferung von Waffen an eine Seite muß zwangsläufig die Kritik und Reaktion der anderen hervorrufen. Ein Wirkungszusammenhang, wie er bis heute besteht. Das zeigte — diesmal mit anderen Vorzeichen — die Kritik und Reaktion Israels auf das Bekanntwerden der geplanten Waffengeschäfte der Bundesrepublik mit Saudi-Arabien.

1965 beschloß daher die Regierung Erhard, künftig keine Waffenlieferungen in „Spannungsgebiete" mehr zuzulassen. Damit war ein Begriff geschaffen worden, der fast 20 Jahre lang im Mittelpunkt der Diskussion um die Rüstungsexportpolitik der BRD stehen sollte.

Im internationalen Vergleich betrachtet, sind in der BRD die gesetzlichen Bestimmungen für die Kontrolle von Rüstungsgütern eigentlich relativ restruktiv. Es besteht ein Verfassungsgebot für die Bundesregierung mit dem Artikel 26, Abs. 1 GG, in dem steht:
„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht unternommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören (...), sind verfassungswidrig."

Und in Artikel 26, Abs. 2 GG ist weiter festgelegt:
„Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Die Bundesregierung kann sich dabei auf eine doppelte gesetzliche Grundlage stützen. Der Vertrieb von Kriegswaffen und Rüstungswaren über die Ländergrenzen hinweg wird durch das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und durch das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) sowie die Ausführungsverordnungen dazu, die Außenwirtschaftsverordnungen (AWV), geregelt.[4] Die Ausfuhr in sozialistische Länder unterliegt der zusätzlichen Zustimmung der COCOM-Mitglieder.[5]

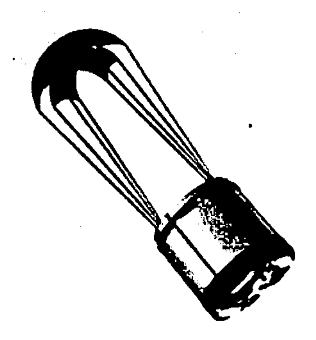
Da also per Gesetz die Möglichkeit bestünde, den Transfer von Waffen zu unterbinden, die BRD aber mittlerweile zu den größten Waffenexporteuren der Welt zählt, liegt zumindest der Verdacht eines „grundgesetzwidrigen Verhaltens von Behörden und Politikern der Bundesrepublik nahe."[6]

Nach der Regierungsübernahme durch die sozialliberale Koalition 1969 war zunächst eine Verschärfung der Vorschriften zur Begrenzung der Rüstungsexporte geplant. Der damalige Verteidigungsminister Schmidt setzte sich aus außenpolitischen Gründen dafür ein. Jedoch konnte sich die SPD nicht gegen den Koalitionspartner durchsetzen. Das Ergebnis war schließlich eine Kompromißformel, die 1971 verabschiedet wurde. Danach „sollte der Export von Kriegswaffen in Länder außerhalb der NATO grundsätzlich nicht erfolgen, in Spannungsgebiete gar nicht. Rüstungswaren, die nicht Kriegswaffen sind, sollten, wenn auch weniger streng, ebenfalls kontrolliert werden."[7]

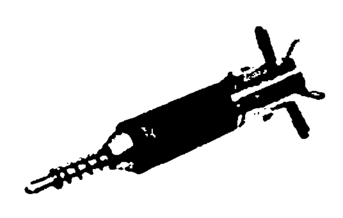
In den 70er Jahren zeigte sich dann, daß die sozialliberale Koalition zuneh-

Tabelle 1: Rüstungsexporte der Bundesrepublik Deutschland
(in Millionen US-Dollar)

Jahr	laufende Preise	Festpreise 1982
1973	120	235
1974	210	378
1975	420	694
1976	700	1 095
1977	900	1 330
1978	975	1 341
1979	1 200	1 522
1980	1 400	1 630
1981	1 400	1 491
1982	900	900
1983	1 800	1 726



**MUSPA
eine Splitter-Flächensperrmine zur Bekämpfung rollender, startender oder landender Flugzeuge.**



KB 44
eine Hohlladungskleinbombe zur Bekämpfung gepanzerter Ziele, die einen zusätzlichen Splittereffekt erzeugt.

mend weniger bereit war, die bestehenden restriktiven Gesetze strikt anzuwenden und damit eine weitere Ausweitung des Rüstungsexports aus der Bundesrepublik zu verhindern. Die bestehenden Richtlinien wurden stark ausgehöhlt, und es gelang der weiter gewachsenen Rüstungsindustrie in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, immer mehr Genehmigungen zu erhalten. Die Ausnahme, nämlich die Lieferung von Rüstungsgütern außerhalb der NATO, wurde dabei immer mehr zur Regel.

Öffentlichkeitswirksame Begründung und Rechtfertigung lieferten verstärkt wirtschaftspolitische Argumente der Arbeitsplatzsicherung — besonders für die von der wirtschaftlichen Krise gebeutelten Werften wurden immer mehr Ausnahmen gemacht.

Zusätzliche Möglichkeiten boten sich der bundesdeutschen Rüstungsindustrie zum einen durch die direkte Vergabe von Lizenzen zur Produktion von Rüstungsgütern in Ländern der Dritten Welt und zum anderen durch die Koproduktion mit Unternehmen in Westeuropa, deren Endprodukte dann in die Dritte Welt geliefert wurden. Als Beispiele seien hier genannt: die Panzerabwehrrakete COBRA von MBB wird in Brasilien, Pakistan und der Türkei produziert, G-3-Gewehre von Heckler & Koch werden in 11 Ländern hergestellt und die Fregatte F 122 von Blohm & Voss ist in Argentinien geplant.[8] Außerden werden U-Boote in Indien und Schnellboote in Malaysia produziert.

Nach Lizenzen der Firma Thyssen Henschel bauen die Argentinier seit 1980 auch den Kampfpanzer TAM, sowie den Schützenpanzer VCTP. Fast die gesamte bundesdeutsche Rüstungsindustrie ist dabei: die Motoren stammen von MTU, das Getriebe liefert die GHH-Tochter Renk, die Elektronik steuert AEG bei, die Optik Zeiss und die Gleisketten werden von Diehl geliefert.

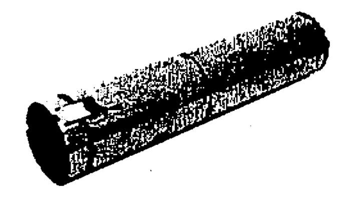
„Bis Ende der 70er Jahre waren mit über 70 Entwicklungsländern rüstungswirtschaftliche Beziehungen geknüpft worden. Die Gesetzesübertretungen durch illegale Waffenlieferungen, wie sie jetzt den Managern der Firma Rheinmetall vorgeworfen wird, war in der Regel nicht nötig, um Geschäfte abzuwickeln."[9]

Die bereits erwähnte andere Möglichkeit zur Umgehung noch bestehender gesetzlicher Restriktionen, ist die der Kooperationsabkommen innerhalb und außerhalb der NATO. Die folgende Aufstellung gibt exemplarisch einige der bekanntesten Beispiele wieder:
MBB-Aerospatiale / Frankreich (Lenkwaffen: Euromissile)
MBB-Poudre Reunis Belge / Belgien (Leichte Panzerfaust)
Dornier-Dassault / Frankreich (Flugzeug Alpha-Jet)
Krauss-Maffai — Oto melara / Italien (Panzer auf Leopard-Basis)[10].

Diese Kriegswaffen fallen eindeutig unter jene Kategorie von Rüstungsgütern, deren Ausfuhr in die Dritte Welt untersagt ist. Da aber der Export über den Vertragspartner abgewickelt wird, finden sich deutsche Waffen in vielen Ländern und Konflikten der Dritten Welt.

Wie gering letztlich der Einfluß der Bundesregierung auf Verbleib und tatsächlichen Einsatz der produzierten Waffensysteme ist, läßt sich z.B. an Hand der in deutsch/französischer Koproduktion gebauten Panzerabwehrrakete MILAN verdeutlichen. Auf die entsprechende Anfrage der GRÜNEN im Bundestag, ob die Bundesregierung über den Einsatz dieser Raketen im Tschad seitens der französischen Regierung unterrichtet worden sei, mußte sie zugeben, nicht informiert worden zu sein.[11] Was allerdings nicht der Regierung Kohl anzulasten ist; denn schon 1971/72 wurde von Verteidigungsminister Schmidt mit der französischen Regierung ausgehandelt, Exporte von Erzeugnissen aus Koproduktionen nach den Exportregelungen des Landes, in denen sie endgefertigt wurden, zu behandeln. Diese Haltung vertritt offensichtlich auch die neue Bundesregierung.

Das jüngste Beispiel ist die Lieferung von 72 MRCA-Tornados aus deutsch-britisch-italienischer Gemeinschaftsproduktion nach Saudi-Arabien und von 8 Maschinen nach Oman. Im Mai 1983 beschloß der Bundessicherheitsrat, das Vetorecht, das Ende der 60er Jahre zwischen den Beteiligten am Tornado-Projekt vereinbart worden war, generell aufzuheben. Es wurde der Beschluß gefaßt, bei zukünftigen Koproduktionen Vetorechte nicht anzustreben[12], d.h. in Zukunft kann aus



STABO
eine Startbahnbombe zur Zerstörung der Rollwege.

den Partnerländern beliebig exportiert werden; auf Vorbehalte seitens der BRD ist damit generell verzichtet worden.

Eine wirkliche Zäsur in der Handhabung bundesdeutscher Rüstungsexporte stellt nur die in die „Endzeit" der sozialliberalen Koalition fallende Änderung der Richtlinien zum Export von Rüstungsgütern aus dem Jahre 1982 dar. Sie ließ den Begriff „Spannungsgebiet" entfallen und paßte die politischen Richtlinien somit der bis dahin betriebenen Exportpraxis an. Jetzt war nur noch davon die Rede, daß der Export von Rüstungsgütern in Länder außerhalb der NATO „eingeschränkt bleibt", wobei eine sehr dehnbare Ausnahmeregelung den Handlungsspielraum sehr stark erweiterte. „Wenn auf Grund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgestellt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen. Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des Bündnisinteresses."

Diesen Grundsätzen fühlt sich auch die jetzige CDU/CSU-FDP-Regierung nach wie vor verpflichtet. Was sicher nicht weiter überraschen kann, erlaubt dieses sozialliberale Erbstück doch zumindest theoretisch die Möglichkeit des Verkaufs von Waffen nahezu „all over the world".

Christlich soziale Innovationen in dieser Richtung waren und sind deshalb zumindest de jure gar nicht notwendig. Unterliegt doch die Bewertung des Käuferlandes, als für die BRD-Interessen „vital", allein der Wertschätzung des Verkäufers, d.h. theoretisch, daß auch gerade Spannungs- und Konfliktregionen die vitalen Interessen der BRD berühren können und so die Lieferung von Waffen geradezu legitimieren. Zumal weitgehend unklar ist, was diese vitalen Interessen inhaltlich genau bedeuten.

Es ergibt sich so zumindest theoretisch die Möglichkeit, eigene Sicherheitsinteressen nicht mehr nur im (politischen) Ost/West-Kontext zu definieren, sondern auch (ökonomisch) als Sicherstellung der Versorgung mit strategischen Rohstoffen. (Inwieweit die damit auch garantierte Sicherstellung der Profite der Rüstungskapitale ebenfalls diesem „Sicherheitsinteresse" entgegenkommt, soll hier nicht weiter untersucht werden). Wirken diese Überlegungen zunächst etwas überzogen, macht doch die folgende Antwort der Bundesregierung auf die Frage nach den vitalen Interessen im Falle Saudi-Arabiens deutlich, wie weitgefaßt die derzeitige Regierung ihre Interessen sieht. „Bei der Beantwortung dieser Frage wird jedoch zu berücksichtigen sein, daß Saudi-Arabien nicht nur der wichtigste Ölliferant der westlichen Welt ist. Das Land ist auch ein wichtiges stabilisierendes Element und ein Ordnungsfaktor in einem Gebiet, an dessen Stabilität die Bundesrepublik Deutschland ebenso wie ihre Partner im atlantischen Bündnis Interesse haben. Die saudische Nahost-Politik zielt auf die Beilegung des Nahost-Konfliktes auf friedlichem Wege ab ... Darüberhinaus ist Saudi-Arabien ein wichtiger Kreditgeber, der gerade wieder bewiesen hat, daß er bereit ist, in einer schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation Beiträge zur Stabilität des Weltwährungssystems zu leisten."[13]

Es ist deutlich geworden, daß bei der von der derzeitigen Regierung verfolgten Rüstungsexportpraxis häufig Kontinuität zu der von ihrer Vorgängerin im Amt besteht. Gleichwohl lassen sich Veränderungen feststellen.

Im Juli 1983 wurde z.B. eine Änderung des KWKG vorgenommen, so daß nunmehr wesentlich mehr Kriegswaffen in die Dritte Welt exportiert werden können. Alle Hubschrauber und Flugzeuge, die nicht über moderne elektronische Kampfmittel verfügen, sind nicht mehr nach dem KWKG genehmigungspflichtig.[14] Eine weitere Änderung des KWKG, wie sie die Bundesregierung 1984 versuchte, hätte eine erhebliche Abmilderung der Strafandrohung gegen die wegen illegalen Waffenhandels angeklagten Manager der Firma Rheinmetall bedeutet. Dies wurde allerdings durch die heftigen Proteste in der Öffentlichkeit verhindert.

Außerdem vereinbarte Bundeskanzler Kohl erstmals mit einem Land außerhalb der NATO eine weitestgehende militärische Zusammenarbeit. Hierbei handelte es sich um Saudi-Arabien, das immerhin noch bis Ende der 70er Jahre als Spannungsgebiet galt. Nicht nur die Lieferung von Waffen, auch eine Zusammenarbeit in *Verteidigungsfragen* wurde vereinbart. Deren Bedeutung ist jedoch eher unklar. Auf alle Fälle werden Waffen geliefert — wenn auch nicht der von den Saudis schon zu sozialliberalen Zeiten gewünschte Leopard II.

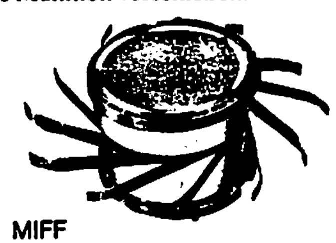
Die Lieferung von gepanzerten Fahrzeugen nach Saudi-Arabien symbolisiert dabei seit Anfang der 70er Jahre die in


Exportpanzer „Gepard"

Richtung Ausweitung gehende Tendenz des bundesdeutschen Rüstungsexportpolitik. Schon einmal, 1980, schien die Zusage zur Lieferung von Panzern wahrscheinlich, wurde aber auf Grund innenpolitischer Proteste zurückgenommen. 1984 sagte Bundeskanzler Kohl nun die Lieferung aller Fahrzeuge außer der des Leopards II zu. Als Ersatz orderten die saudischen Militärs nun den US-Kampfpanzer M1E1 Abrams und den erst 1990 serienreifen franz. Kampfpanzer AMX 40. Doch auch hier verdient die deutsche Rüstungsindustrie mit. Turm und 120 mm Glattrohrkanone des Leopard II der Firma Rheinmetall werden nämlich in Lizenz nachgebaut und auf die amerikanischen bzw. französischen Fahrgestelle montiert. Der Clou ist, daß bislang die Lieferung des Leopard II nach Saudi-Arabien eben wegen dieser Kanone nicht genehmigt wurde.

Zusätzlich werden bundesdeutsche Firmen eine große Munitionsfabrik im Wert von 7-9 Mrd. DM in Saudi-Arabien errichten; ein dem Umfang nach wirklich spektakuläres Geschäft.

Während noch 1980 Feldhaubitzen vom Kaliber 105 und 155 mm von der Firma Rheinmetall über den Umweg Großbritannien verschifft wurden, sollen diese jetzt sogar direkt geliefert werden.[15] Die 155 mm Haubitze ist dual capable, d.h. sie kann wahlweise nukleare oder konventionelle Munition verschießen.


MIFF
Panzermine

Die weitere Entwicklung

Ob Bonn nun auch den Rest an Zurückhaltung beim Verkauf von Waffen auch in anderen Fällen so eindeutig aufgeben wird, bleibt abzuwarten. Die relativ kurze Zeit nach der „Wende" läßt hier kaum verläßliche Prognosen zu. Die Genehmigung zum Export von zwei U-Booten nach Chile (die Herstellungsgenehmigung war schon von der vorherigen Regierung im Sommer 1980 gegeben worden), wurde jedenfalls 1984 erteilt.

Der Beschluß der Bundesregierung vom November 1985, die Herstellung von U-Booten für den Iran zu genehmigen — auch wenn die Lieferung erst nach Ende des Krieges Iran/Irak erfolgen soll —, scheint allerdings ebenfalls in diese Richtung zu weisen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Bekanntgabe der Bundesregierung vom Frühjahr 85, daß die ASEAN-Mitgliedsstaaten (Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und die Philippinen) von der Einzelfallprüfung ausgenommen, also faktisch der NATO gleichgestellt sind. Alarmieren müssen nun behutsam lancierte Hinweise, daß nichts dagegenspreche, die Staaten des Golf-Rates ebenso zu behandeln wie die Länder des Verbandes südostasischer Nationen.[16]

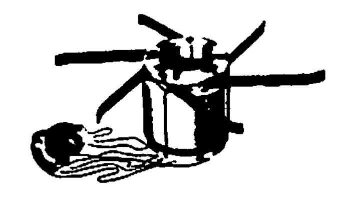
Zwei Einrichtungen werden für die weitere Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik von entscheidendem Einfluß sein: die wachsenden Auslastungsprobleme der Rüstungsindustrie auf Grund der auslaufenden Beschaffungsprogramme und der weltweit stagnierende Import von Rüstungsgütern in Ländern der Dritten Welt.

Schon Anfang der 80er Jahre wurde darauf hingewiesen, daß eine kontinuierliche Auslastung der Kapazitäten im Rüstungssektor durch Bundeswehraufträge nicht zu gewährleisten sei. Allerdings gilt dies nicht für die Rüstungsindustrie als Ganzes. Das Bild ist durchaus uneinheitlich. So sind in Bereichen, die in den 70er Jahren noch stark expandierten, jetzt Überkapazitäten von bis zu 40 % vorhanden. Starke Einbrüche sind in folgenden Sektoren zu erwarten:

- Dem Bau gepanzerter Fahrzeuge mit der 1986 auslaufenden Leopard II-Produktion,
- der Luft- und Raumfahrtindustrie, die derzeit keinen ausreichend großen Nachfolgeauftrag für Alpha Jet und MRCA-Tornado hat,
- den großen Werften, die in der Krise Ende der siebziger Jahre stark auf Kriegsschiffbau gesetzt hatten und nun kaum noch Aufträge bekommen.[17]

Auf der anderen Seite wird die Nachfrage nach Produkten insbesondere der elektronischen Rüstungsindustrie stark zunehmen. Es bleibt aber festzuhalten, daß in wesentlichen Kernbereichen die aufgebauten Kapazitäten nicht ausgelastet werden können. Da eine Umstellung militärischer Produktion auf zivile Produkte z.Zt. wohl kaum durchsetzbar ist, bleiben neben Entlassungen und Kapazitätsabbau nur die Möglichkeiten, über politischen Lobbyismus erhöhte Stückzahlen für die Bundeswehr durchzusetzen (wie beim Leopard II und MRCA geschehen) oder über verstärkte Rüstungsexporte entsprechende Kapazitätsauslastungen sicherzustellen. Von seiten der Rüstungsindustrie ist sicherlich mit einem verstärkten Druck für mehr Rüstungsexport in die Dritte Welt zu rechnen.

Dieses Bestreben stößt aber auf den international gegenläufigen Trend, daß die bis Ende der 70er Jahre stetig nach oben weisende Kurve der Rüstungsimporte in die Dritte Welt sich seit Beginn der 80er Jahre abflacht. Dem Stockholmer Friedensforschungs-Institut SIPRI zufolge betrug der Export von Großwaffensystemen in Drittweltländer 1978 (inflationsbereinigt) 12 Mrd. US-Dollar, 1984 sank dieser Betrag auf 8 Mrd. US-Dollar. Die Ursache hierfür liegt aber nicht in der gewachsenen Einsicht der Empfängerländer, daß Aufrüstung und Militarisierung letztlich entwicklungspolitischen Zielen kontraproduktiv entgegenstehen, sondern vielmehr in ökonomischen Zwängen. Die Verschuldungsprobleme vieler Länder der Peri-


MUSA
eine Splitterladung zur Bekämpfung halbharter Flächenziele.

pherie haben Ausmaße erreicht, die diese an den Rand des Staatsbankrotts brachten, so daß die Devisen auch für Rüstungsimporte knapper wurden. Schließlich trugen diese nicht unerheblich zum wachsenden Schuldenberg von rund 1000 Mrd. DM Ende 1985 bei. Neuere Schätzungen gehen davon aus, daß rund 10 % der Schulden der Dritten Welt auf Waffenimporte zurückzuführen sind. als Beispiele für hochverschuldete Rüstungsimportländer seien hier nur Argentinien, Peru, Chile, Equador, Sambia, Venezuela, Zaire und die Türkei genannt.

Ganz entscheidend für die rückläufige Entwicklung des internationalen Waffenhandels war allerdings die sinkende Nachfrage der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Auf Grund sinkender Öleinnahmen wurde die bislang großzügige Auftragsvergabe eingeschränkt. Das hohe Niveau der Rüstungsimporte in den Nahen Osten wurde vor allem — bedingt durch den israelisch-arabischen sowie den Irak/Iran-Konflikt — durch die drei Länder Ägypten, Irak, Syrien verursacht. In diese gingen 1983 rund 43 % aller Importe an Großwaffen in die Dritte Welt. Deren angespannte wirtschaftliche Lage läßt auch hier Einschränkungen wahrscheinlich werden. Trotz partieller Erfolge der bundesdeutschen Rüstungsindustrie in den einzelnen Ländern der Region, wird die weitere Entwicklung wahrscheinlich eine Umkehrung des Trends mit sich bringen.

Die Erfolge, die bundesdeutsche Rüstungsunternehmen dennoch erzielen konnten, sind neben der „Qualität" der Produkte nicht zuletzt auch auf die entsprechende finanzielle und politische Unterstützung seitens der Politiker zurückzuführen. Konzentrationsprozesse der Rüstungsindustrie wurden z.B. seitens der Politiker Späth (Daimler Benz) und Strauß (MBB) massiv gefördert — sicher mit Blick auf die Schaffung von am Weltmarkt konkurrenzfähigen Firmen. Zusätzlich engagieren sich einzelne Politiker als „Handlungsreisende" in Sachen Rüstungsexport.[18] Der Aufenthalt von Kohl in Saudi-Arabien, von Strauß in China und von Verteidigungsminister Wörner in Japan, Süd-Korea und Indonesien lassen sich durchaus in diesem Sinne interpretieren.

Als ein weiteres Beispiel für die Verfolgung wirtschafts- wie außenpolitischer Ziele über das „Vehikel" Rüstungsexport sei hier noch das geplante Türkeigeschäft der Bundesregierung erwähnt. Gegen Lieferung einer kompletten Panzerdivision sowie der Erlaubnis zum Bau eines Luftwaffenstützpunktes in der Türkei soll die türkische Regierung auf die ihr durch geltendes Recht für Ende 1986 zustehende Freizügigkeit ihrer Arbeitnehmer innerhalb der EG verzichten. Womit zum einen Teilen der bundesdeutschen Rüstungsindustrie geholfen wäre, zum anderen die befürchtete weitere Zuwanderung türkischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik verhindert wäre.

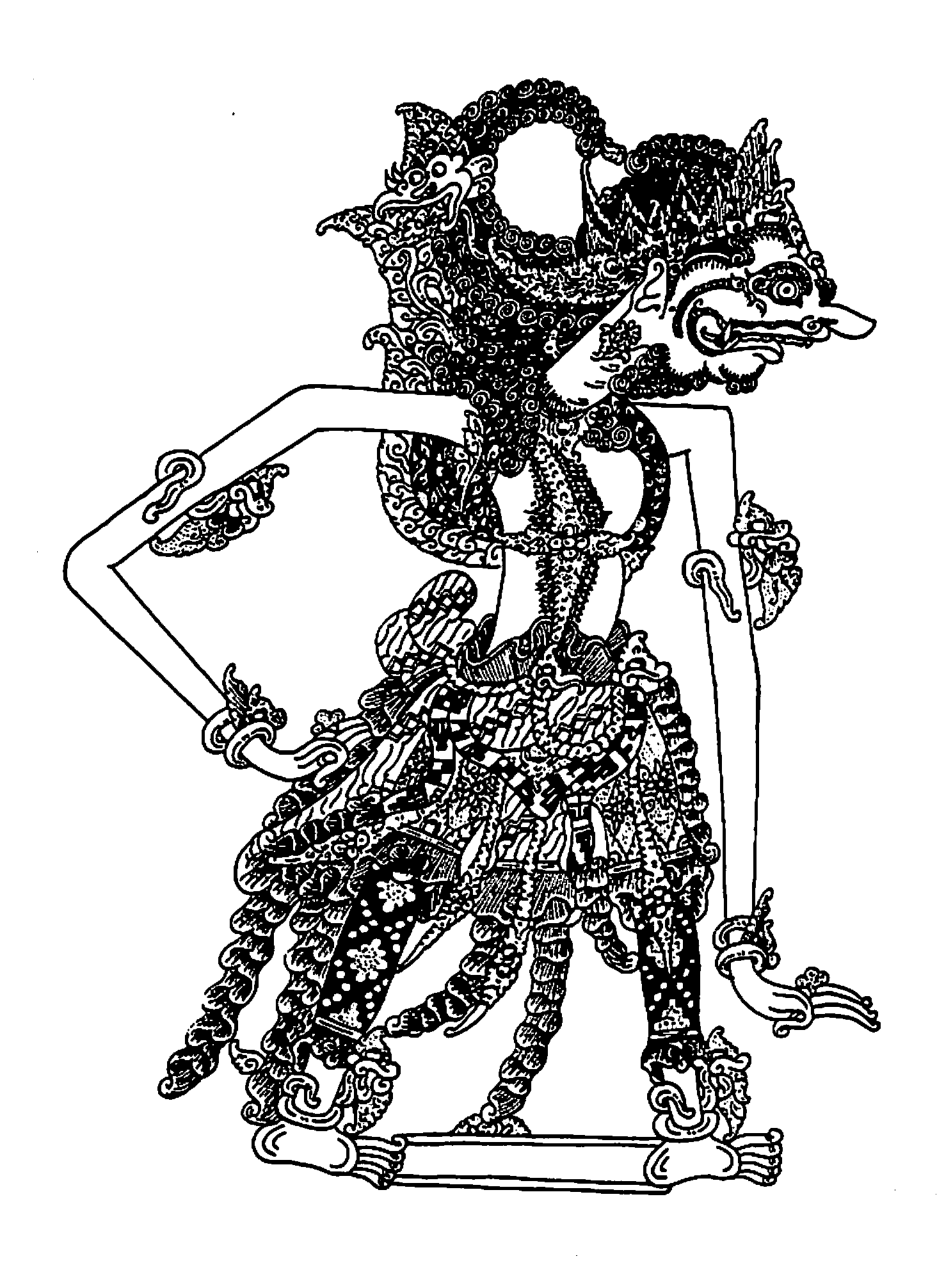
Wie sind die vorab aufgezeigten Entwicklungen nun im Hinblick auf Kontinuität oder Wende der Rüstungsexportpolitik und -praxis zu beurteilen? Es muß festgestellt werden, daß beide Momente gegenwärtig vorhanden sind. Wobei sich die Kontinuität zu einem großen Teil aus den schon von den sozialliberalen Vorgängern sehr weit gesteckten Rahmenbedingungen erklären läßt. Weitergehende Veränderungen, die sicher innergesellschaftlichen Widerspruch hervorgerufen hätten, waren daher nicht nötig. Geändert hat sich aber sicher die Offenheit, mit der politische Entscheidungsträger die Interessen bundesdeutscher Rüstungskapitale vertreten. Wenn der Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte für Waffen weiter zunimmt — wovon ausgegangen werden muß —, werden die wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie in noch größerem Maße Priorität vor friedens- und entwicklungspolitischen Notwendigkeiten erhalten.

Axel Krohn, Diplom Politologe, Stipendiat der VW-Stiftung am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Nuklearwaffenfreie Zone sowie Rüstung und Militär in der III. Welt.

Anmerkungen:

1 H. Wulf, Rüstungsimport als Technologietransfer, München 1979, Tab. 1, S. 144
2 M. Brzoska, Waffen in die Dritte Welt, Auswirkungen von Rüstungsexporten in die Entwicklungsländer, in: der überblick, 1/81, S. 2
3 M. Brzoska, Rüstungsexport und Militarisierung der Dritten Welt, in: J. Tatz, Ist der Frieden noch zu retten? Die Abschreckung und ihre Alternativen, Frankfurt a. M. 1986, S. 133.
4 M. Brzoska, Bundesdeutsche Rüstungsexporte in die Dritte Welt: Daten, Verfahren, Zusammenhänge, in: B. Moltmann (Hrsg.), Militarismus und Rüstung, Heidelberg 1981, S. 75.
5 COCOM = Coordinating Committee for East-West Trade Policy, Mitglieder sind Japan und die NATO-Staaten außer Island.
6 A. Guha, Rüstung und Rüstungsexport, in: Guha/Wellmann, Das Geschäft mit dem Tod, Frankfurt a. M. 1982, S. 110.
7 M. Brzoska, Rüstungsexportpolitik in der Bundesrepublik, Die Ungeliebte Sonderrolle, in: aus politik und zeitgeschichte, 1984.
8 Nach U. Albrecht, Arbeitsplätze durch Rüstung, Reinbek b. HH 1978, S. 147 ff.
9 P. Wilke, H. Wulf, Die Rechtskoalition und der Rüstungsexport in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1986, S. 457. sowie Th. Nielebock, Rüstungsexportpolitik seit 1982: Ein Schritt zur Militarisierung der Südpolitik der Bundesrepublik? in: Th. Nielebock (Hrsg.), Rüstungsexport, Analysen, Daten, Stellungnahmen. Tübingen 1984, S. 12.
10 Nach M. Brzoska, Bundesdeutsche Rüstungsexporte in die Dritte Welt, a.a.O. S. 81 ff.
11 Vergl. Bundestagsdrucksache, 10. Wahlperiode, 1336 v. 17. 4. 84, kleine Anfrage der GRÜNEN zur Rüstungskooperation.
12 M. Brzoska, Rüstungsexportpolitik, Lenkung, Kontrolle und Einschränkung bundesdeutscher Rüstungsexporte in der Dritten Welt. Diss. Frankfurt a. M. 1986, S. 205.
13 M. Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 31. Sitzung v. 27. 10. 1983, S. 2093, zit. nach: Th. Nielebock, Rüstungsexportpolitik, a.a.O. S. 16
14 Vergl. M. Brzoska, Rüstungsexportpolitik, a.a.O. S. 206
15 Der Spiegel, 41/85, 7. 10. 1985, S. 20.
16 Süddeutsche Zeitung, 6. 5. 1986.
17 P. Wilke, H. Wulf, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Fertigung, Möglichkeiten und Hindernisse, unv. Manuskript, Hamburg, 1986.
18 P. Wilke, H. Wulf, Die Rechtskoalition und der Rüstungsexport, a.a.O., S. 459.

Die Aktivitäten des BMZ in Südostasien



Die südostasiatischen und fernöstlichen Staaten, seit längerer Zeit schon ein beliebter Tummelplatz für deutsche Investoren, werden auch für das BMZ zunehmend interessanter. Das überrascht nicht. Warnke, dessen Stekkenpferd die Exportförderung ist, hält Ausschau nach absorbtionsfähigen Empfängern; und solchermaßen absorbtionsfähig sind in der Regel jene Länder, die bereits einen gewissen Industrialisierungsgrad erlangt haben.

So zeichnet sich im Gefolge der inhaltlichen Prioritätenänderung im BMZ eine leichte regionale Schwerpunktverlagerung ab; wird dieser Trend in Richtung Asien weiterhin fortgesetzt, so könnten künftig die Hilfeströme nach Afrika etwas spärlicher fließen.

Der Artikel will einen Überblick geben über Art und Ausmaß der BMZ-Aktivitäten in Südostasien und in Fernost. Doch die Bedeutung der Entwicklungshilfe wird häufig überschätzt. Daher scheint es angebracht, in einem ersten Abschnitt zunächst klarzustellen: Aus der Perspektive der südostasiatischen Staaten nimmt sich das, was uns hier als großzügiges Aufdrehen des Geldhahnes erscheint, eher bescheiden aus. Bescheiden im Vergleich zu den gewaltigen Einbußen, die diese Länder in den letzten Jahren aufgrund der sich verschlechternden terms of trade und aufgrund des offenen sowie versteckten Protektionismus der Industrieländer erlitten haben. Wen wundert es da, daß die Forderungen dieser Staaten erst in zweiter Linie auf eine Ausdehnung der Entwicklungshilfe zielen? Nach wie vor rangiert die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung an erster Stelle.

1. Die Position der Südost- und Ostasiatischen Staaten im Weltmarkt und ihre Forderungen an die Industrienationen.

Das Rohstoffproblem

Hier sei zunächst die ASEAN-Gemeinschaft[1] herausgegriffen: sie ist die bedeutendste Rohstoffmacht der Region. Sie versorgt Japan, die USA und die EG mit Naturkautschuk, Kokosnüssen und Palmöl, Kupfer und Zinn, Rohrzucker und Reis, mit Güte-Erdöl, und Holz. Mit Ausnahme von Holz sind die Preise für diese Agrar- und Rohstoffexporte in den letzten Jahren zum Teil erheblich nach unten gerutscht. Das Austauschverhältnis zwischen diesen Exporten und den importierten Industrieprodukten ist heute auf dem schlechtesten Stand seit 1957. Es dürfte vorerst noch weiter fallen. Dies zeichnet sich bereits jetzt als eine der Hauptursachen für den zunehmenden Problemdruck in den kommenden Jahren ab. Deshalb fordern die ASEAN-Staaten seit einiger Zeit auch garantierte Abnahmen, stabilere und höhere Preise für ihre Exporte.

Schwankende Rohstoffpreise, unsichere Absatzmärkte sind für diese Staaten nicht neu. Hundert Jahre auf und ab, ließe sich eine Wirtschaftsgeschichte dieser Region gut und treffend überschreiben. Alle Versuche, diese extremen Unsicherheiten unter Kontrolle zu bekommen — sei es die Anbauprodukte zu diversifizieren, die Märkte zu streuen oder die Preise durch Rohstoffabkommen zu stabilisieren —, stießen nach kurzen positiven Phasen stets schnell an Grenzen. Die alten Übel kehrten zurück.

Deshalb kann es gar nicht verwundern, daß diese Staaten heute den traditionellen Handel — meine Rohstoffe, deine Endprodukte — am liebsten ziemlich schnell hinter sich lassen möchten. Um dem Preisverfall auf den Rohstoffmärkten begegnen zu können, versuchen sie, eigenen — zum Teil erst noch aufzubauenden — Industrien Priorität einzuräumen. Dabei geht es vor allem um Export-Industrien. So kommt zum Export-Bergbau und zur Export-Landwirtschaft als drittes eine Export-Industrie hinzu.

Exportorientierte Industrialisierung in Südostasien und in Fernost — Protektionismus in den Industrieländern

Während der letzten 25 Jahre hat sich der weltwirtschaftliche Schwerpunkt aus dem atlantischen zunehmend in den pazifischen Raum verschoben. In puncto Wachstumsdynamik ist zunächst Japan zu nennen sowie die Pazifikküste der USA; es folgen Singapur, Hongkong, Südkorea und Taiwan. Diese vier kleinen Staaten konnten ihren Anteil am Welthandel mit Industrieprodukten deutlich erweitern. Das hat zumindest alle verblüfft, die glaubten, Nachzügler hatten grundsätzlich überhaupt keine Chance.

Aber eine exportorientierte Industrialisierung ist riskant, zumal, wenn sie ausschließlich auf die Märkte der kapitalistischen Zentren ausgerichtet ist. Das zeigte sich auch in diesem Fall. Betroffen von der weltweiten Rezession, haben die großen Kunden der asiatischen Exportländer, nämlich Japan, die USA und die EG, ihre Käufe drastisch reduziert. Und damit schwindet nun auch, nach und nach, der Glanz der asiatischen Exportmodelle. Oberflächlich war er allemal; das Wachstum der Ökonomien war von keinem ausreichenden Abbau der Armut begleitet. Die Einkommenskluft verschärfte sich zeitweise sogar.

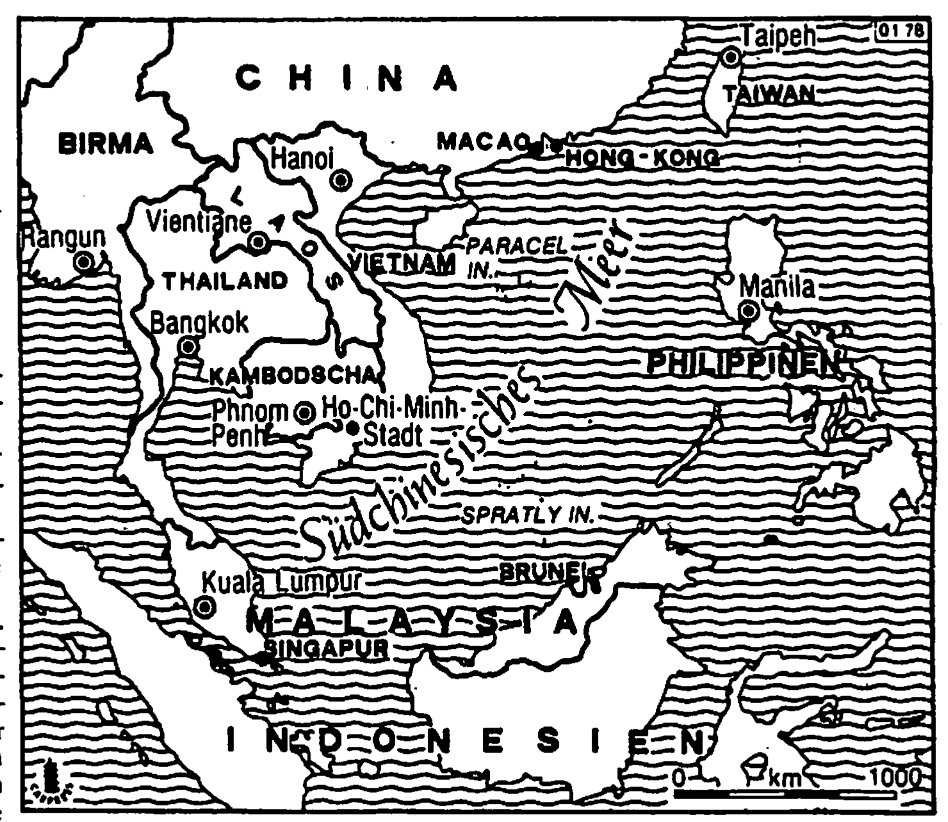
1985 und '86 scheint geradezu ein Wendepunkt zu sein: die Wachstumsraten sind erstmals auch im industriellen Bereich zum Teil erheblich gefallen. Teilweise schrumpft das Wachstum auf Null. Und das ist gerade kein Resultat des Spiels der freien Kräfte des Marktes. Etwa im Verhältnis zu den USA: Bekanntlich nimmt das Defizit der amerikanischen Handelsbilanz immer erschreckendere Ausmaße an. Ganze Regionen und Industrien sind in den USA vom Importboom bedroht. Daher wächst der Ruf nach Handelsbarrieren: die USA schotten ihre Märkte zunehmend ab. So müssen Indonesien, Thailand und die Philippinen (als Folge der Jenkins Bill) ihre Textilexporte drastisch senken. Zudem: da die USA deutlich Marktanteile durch stark subventionierte EG-Agrarexporte verloren, schalten auch sie seit 1985 auf ein aggressives Export-Konzept (Farm Act) um. Subventionierte US-Verkäufe von Zucker und Reis drükken jetzt die Preise und verschärfen so die Marktkrise noch. Die EG, inzwischen der weltgrößte Zuckerexporteur, konnte in den letzten Jahren den Philippinen und Thailand frühere Exporträume entreißen. Infolge des us-amerikanischen und europäischen Drucks stehen in beiden Ländern längst neugebaute Konservenfabriken still.

Aus der Sicht der ASEAN-Staaten ist dies ein schlechter Witz. Weltmarktintegration, Offenheit für fremde Investitionen, Produktion für den Export, Vertrauen auf den Markt: seit zwei Jahrzehnten rollt dieses Lied auf sie ein und jetzt plötzlich versperren sich die Märkte. Die Krise entpuppt sich so durchaus auch in den Augen der fernöstlich-südostasiatischen Eliten als Krise des vom Westen propagierten Modells.

Auch am japanischen Verhalten macht sich dies fest: Während Japan Südostasien als seine größte Rohstoffquelle nutzt, blockiert es gezielt den Import aus den ASEAN-Staaten, besonders von End- und Zwischenprodukten. Ein aktuelles Beispiel ist der Streit um knochenloses Geflügelfleisch: sein Import aus Thailand wird von Japan mit 18 Prozent besteuert, kommt es aus den USA so sind nur 13 Prozent zu zahlen. Obwohl Thai-Geflügelfleisch in Japan am teuersten ist, ziehen es Großkunden wie Restaurants trotzdem gern vor, weil es gut und gut zu verarbeiten ist. Thailand sieht sich jedoch durch die ungleichen Zölle diskriminiert, während am Rand des Ruins die japanischen Geflügelzüchterverbände vom Staat verstärkten Schutz erbetteln. Das trifft nicht den Stärksten, nicht die USA, sondern erneut Thailand. Natürlich ist dies nur die Spitze eines Eisbergs. Mit Sperrholz aus Indonesien geht es ebenso und während Papayas und Mango aus Hawaii (USA) abgabenfrei nach Japan kommen, wurde ihre Einfuhr aus den Philippinen gerade verboten. Die Frustration in den ASEAN-Staaten — bei den Eliten — wächst und wächst. Zugleich wendet sich das Blatt. So vermeldet etwa die Centrale Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft CMA seit 1984 (100 Millionen DM) deutlich zunehmende Exporte von deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Richtung ASEAN. Mit dem Hinweis auf steigende Bevölkerungszahlen, wachsende Kaufkraft, weithin liberalisierte Märkte in der Region und auf zunehmend verwestlichte Eßgewohnheiten erklärt die CMA das ASEAN-Gebiet zu einem Absatzmarkt für deutsche Agrarprodukte, möglichst noch EG-subventioniert.

Das Verschuldungsproblem

Um zu industrialisieren haben sich die Staaten der Region im Laufe der letzten Jahre zum Teil halsbrecherisch verschuldet, vor allem auch bei privaten ausländischen Banken. Der ihnen vorauseilende Ruf, Wirtschaftsriesen von morgen zu sein, reichte den meisten westlichen Banken, um fremdes Geld und Petrodollars in diese Exportmodelle zu pumpen. Das war problemlos zu Zeiten, als diese Staaten im Gefolge des westlichen Booms prosperierten.



Doch inzwischen, seitdem sich die USA in eine Schuldnernation verwandeln, treibt das Defizit der amerikanischen Staatskasse die Zinsen in schwindelnde Höhen; neue Anleihen, um alte Schulden zurückzubezahlen, werden zusehends teurer und zu einer kaum noch tragbaren Bürde. Die ASEAN-Staaten stehen bereits heute mit zusammen rund 92 Milliarden US-Dollar im Ausland in der Kreide. Ihre Verschuldungsschraube dreht sich inzwischen wie von selbst.

Und die Aussichten, daß sich dies ändert, sind auch nicht gerade verlockend. Denn ein Herunterschrauben der Zinsen wird nur um den Preis eines Abbaus des US-Außenhandelsdefizits, also der Importe, möglich sein. Das aber hätte erneut

weltweit rezessive Folgen und würde besonders die Staaten treffen, die wie Südostasien und Fernost stark in die USA exportieren.

Die Forderungen der ASEAN-Staaten an die Europäische Gemeinschaft

Beim ersten ASEAN-EG Ministertreffen über Wirtschaftsfragen im Oktober 1985 in Bangkok wurden von der ASEAN vor allem vier Themen betont: Rohstoffpreise, Abbau von protektionistischen Handelsschranken für ASEAN-Waren auf den Märkten der EG, Schuldenprobleme und nicht zu guter letzt: der Wunsch nach zusätzlichen privaten Investitionen. Gerade hier beklagt die ASEAN europäische Zögerlichkeit und deutsche Risikoscheu. Dies Thema steht seit Jahren ganz vorn, zuletzt erneut im Oktober '86 auf dem Außenministertreffen ASEAN-EG in Jakarta. Angesichts einer Handelssituation, die an ihre Grenzen stößt, wünscht die ASEAN neue deutsche Investitionen, vor allem im industriellen Bereich.

Dazu etwas Statistik: im Handel mit den ASEAN-Märkten steht Japan weit vorn, mit etwa 25 Prozent vom Umsatz. Es folgen die USA mit 16 Prozent und die EG mit 12; auf die Bundesrepublik allein entfallen nicht einmal 4 Prozent. Dieser Handel dehnte sich trotz Rezession aus, jedoch nicht annähernd so schnell wie etwa der mit den USA und Japan. In Sachen Investitionen stehen ebenfalls Japan und die USA weit vorn, wobei sich Japan zusehends deutlich von den USA absetzt; die EG steht bei einem Anteil von etwa 14 v.H., auf die Bundesrepublik entfallen bescheidene 2,5 Prozent. Auch in diesem Bereich bauen Japan und die USA ihre Präsenz weiter aus.

Zwischenbilanz

Aus dem Blickwinkel der südöst- und ostasiatischen Staaten, also seiner Eliten, sind Europa und die Bundesrepublik insofern bedeutend, als sie dazu dienen könnten, den Handel und die Geldströme weiter zu diversifizieren. Einen solchen Weg wünscht man sich dort, weil man sich davon ein Glätten der Anfälligkeiten verspricht.

Außenpolitisch gibt es so gut wie nirdends zur Zeit tiefgreifende Reibungspunkte, einmal abgesehen von Indochina, das ein Sonderfall ist. Das Auswärtige Amt schippert seit Jahrzehnten wesentlich im amerikanischen Schlepptau durch diese Region und gibt sich dabei peinlichst redliche Mühe, nicht etwa durch Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen, Minderheitennöte, Ost-timor u.ä. anzuecken. Das sind Nebensächlichkeiten, die das AA am liebsten ins Schweigen der Diplomatie zerrt oder ganz übergeht.

Die am Beispiel ASEAN dargestellten vier Sorgen — verfallende Rohstoffpreise, wachsende Handelsschranken, Schuldenlawine und Investitionsbedarf — richten sich primär jedenfalls an andere Bundesministerien als ausgerechnet das BMZ. Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ fehlen nach wie vor die wesentlichen Kompetenzen und Mittel, um in diesen Fragen des Nord-Süd-Dialogs überhaupt so etwas wie der entscheidende Partner zu sein. Um dies noch einmal auch statistisch zu untermauern: bilaterale staatliche Hilfe in Höhe von 5,5 Milliarden D-Mark ist seit 1950 nach Südostasien geflossen. Etwa die gleiche Summe besitzt Sir Muda Hassanal Bolkiah; seines Zeichens Sultan von Brunei — sein Erdölsultanat ist seit 1984 Mitglied im ASEAN-Verbund —, heute in deutschen Wertpapieren. Dies unterstreicht doch plastisch die eher marginale Größe (und wie gesagt Rolle) des bundesdeutschen Hilfe-Volumens; es signalisiert auch etwas über örtlichen südostasischen Reichtum. Bei allem Verständnis für die forderungen der ASEAN-Staaten sollte jedoch eines nicht aus dem Blick geraten: In ihnen bringen sich zuallererst die Interessen und „Sachzwänge" der kleinen privilegierten Eliten zur Geltung. Eine Veränderung der Spielregeln des Welthandels und mehr private Investitionen beseitigen längst nicht die Deformationen der Gesellschaften dieser Region. Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe freilich auch nicht.



2. Die Aktivitäten des BMZ in den einzelnen Ländern der Region

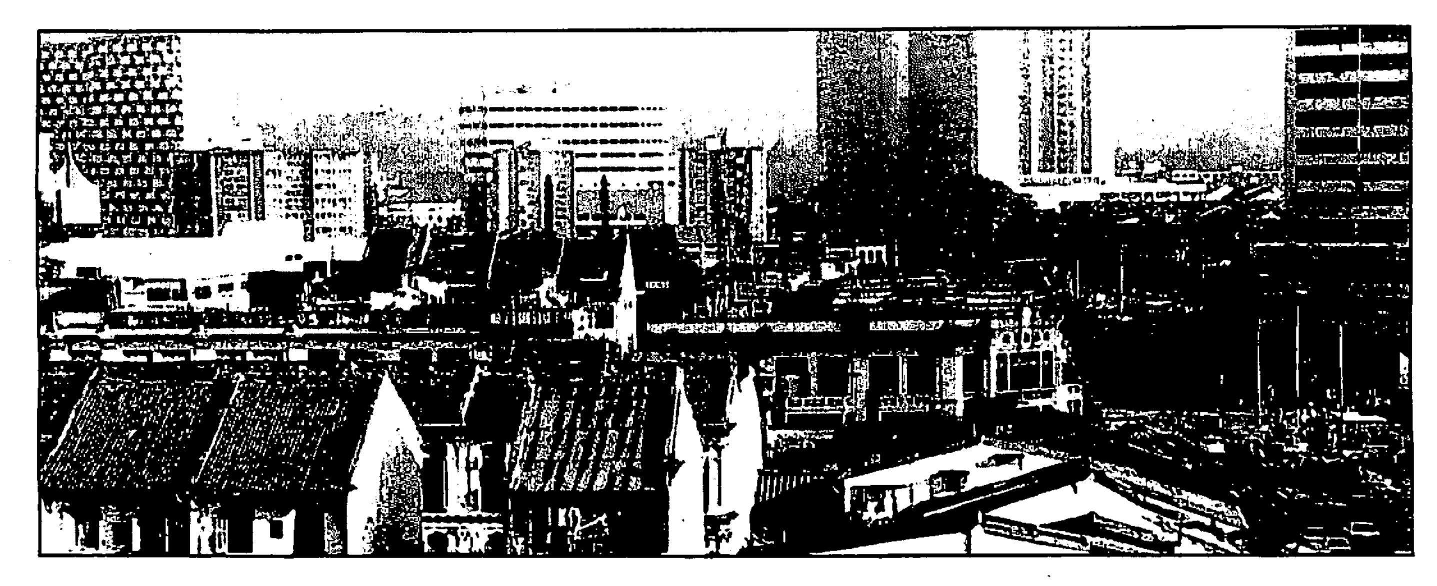
1. Indochina. Mit dem Hinweis auf die Boat-People und auf Kampuchea nennt das BMZ explizit außenpolitische Gründe dafür, daß alle bilaterale staatliche Zusammenarbeit mit Vietnam praktisch bei Null steht. Aber auch in Laos stagnieren die Hilfsprogramme seit 1975, mit Kampuchea sind sie schon seit 16 Jahren, seit 1969 zum Stillstand gekommen.

Im Schlepptau der USA hatte Bonn Südvietnam jahrelang mit Hilfe versorgt. Dann, nach dem Waffenstillstand 1973, wurde Vietnam auch von Bonn Wiederaufbauhilfe versprochen. Die Vereinigten Staaten sagten immerhin 3,25 Milliarden US-Dollar zu. Doch davon kam in Vietnam nichts an. Die US-Versprechen endeten schließlich nach 1975 in einem Wortbruch als die USA ihre Hilfe stornierten. Bonn sperrte das bundesdeutsche Vietnamhilfe-Budget. Die westliche Hilfe, auf die Vietnam gehofft hatte, blieb weithin blockiert. Allein einige internationale Organisationen, die skandinavischen Länder, und anfangs auch Frankreich, lösten ihre Versprechungen ein. Mit Abstand am massivsten unterstützt die Sowjetunion das inzwischen hochverschuldete Land. Als vietnamesische Truppen 1979 in Kampuchea intervenierten, stellten Japan, Australien und auch Rumänien ihre Hilfe ein; China hatte dies bereits Mitte 1978 getan.

Dort, in Kampuchea, war Auslandshilfe seit 1975 verpönt und fast auf Null gefallen, ausgenommen die Beziehungen zu China. Aber auch als die kambodschanische Katastrophe 1979 buchstäblich nach Hilfe schrie, wurde nur mit Mühe ein absolutes Notprogramm auf die Beine gebracht. Ein Konsortium von nicht-regierungsabhängigen Agenturen, von der caritativen britischen Hilfsorganisation OXFAM koordiniert, betrieb Nothilfe der ersten Stunde. Sachspenden kamen ins Land, doch Entwicklungszusammenarbeit entstand daraus nicht. Jedenfalls nicht mit westlichen Staaten.

In Laos, so sah es anfangs aus, meinte man, könnte es anders laufen. Die Bundesrepublik zumindest machte noch 1975 Hilfszusagen. Doch dann versickerte auch dies ab 1977 im Sande. Die Weltbank[2], Schweden und die OPEC sprangen ein, um über die Flüchtlingshilfe hinaus, begonnene Vorhaben vor dem Zusammenbruch zu retten. Hauptsächlich wurde Laos fortan durch Vietnam und die Sowjetunion unterstützt, jene Mächte, die das kleine Land auch militärisch fest an ihre Seite nahmen. Genau dies, umschrieben als besondere politische Situation, meint das BMZ, schließe Zusammenarbeit aus.

Indochina war nie ein Schwerpunkt der bundesdeutschen Hilfe. Historisch fühlte man sich nicht verpflichtet, außenpolitisch schien es nicht ratsam, wirtschaftlich war nichts zu holen. Das Beispiel zeigt: Hilfe, finanzielle wie technische und manchmal auch humanitäre, setzt Wohlverhalten voraus, ist Mittel ost-westlichen Blockdenkens wie eh und je. Selten haben Institutionen den Mut weiterzumachen wie etwa das private Kinderhilfswerk ‚terre des hommes' in Vietnam. Trotz Sowjeteinfluß, Boat-People, Kampuchea.



Singapur, neues und altes Handelszentrum

2. Birma. Das den großen Konzernen weitgehend verschlossene, der zwischenstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit gleichwohl nicht abgeneigte Land wird seit langem durch die Bundesrepublik und Japan umworben. Japan pumpt die meiste Hilfe nach Birma hinein, dann folgt die Bundesrepublik, die auch nach Japan der zweitwichtigste Lieferant für Birma ist. Sollte das bisher nach innen gekehrte Land, das mit Gas, Öl und Bergbau-Rohstoffen lockt, sich tatsächlich öffnen, so sichert diese bewußt intensiv gepflegte staatliche Zusammenarbeit der deutschen Wirtschaft die besten Chancen. Dieses Rohstoff-Motiv ist primär; es erklärt, weshalb ausgerechnet Birma (seit 1950) die beachtliche Summe von 1 Milliarde D-Mark Hilfsgeld erhielt — nach Indonesien steht das Land damit in der ganzen Region Fernost, Südostasien, Pazifik an immerhin zweiter Stelle.

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover hilft dem rohstoffreichen Land, seine Bodenschätze zu erkunden. Minister Warnke, der Birma während seiner Amtszeit schon zwei Mal besuchte, hat einen seiner berüchtigten Mischkredite (von 450 Millionen DM ist die Rede) in Aussicht gestellt, um den Aufbau eines petrochemischen Werkes — das geplant ist, um die riesigen Erdgasvorkommen im Golf von Martaban abzubauen — u. a. durch ein deutsches Firmenkonsortium zu finanzieren. Es wäre das größte Entwicklungsvorhaben Birmas, insgesamt ein Milliardenprojekt. Doch Anfang '86 hat das schon jetzt für seine Verhältnisse extrem verschuldete Land[3] dies Vorhaben erst einmal verschoben, ganz offensichtlich, weil die Annahme von weiteren großen Auslandskrediten Birma an den Rand des Ruins zu treiben droht.

Weitere Zusammenarbeit erfolgt mit der birmanischen Bahn (Krupp lieferte Werkstätten und Diesellokomotiven) und beim Bau eines Staudamms (Kinda-Wasserkraftwerk), beides u.a. KfW-finanziert. Das deutsche Werfthilfenprogramm (!) beschert Birma zwei neue Frachtschiffe, natürlich auf Pump. Neben einem Ausbildungszentrum wurden mit deutscher Hilfe Fabrikationsbetriebe für Motoren, Maschinen, Textilien, Glas, Düngemittel und Zement gebaut bzw. erneuert. Vorhaben der ländlichen und landwirtschaftlichen Entwicklung gab es schon zu SPD-Zeiten so gut wie keine; und Warnke ist weit entfernt davon, hier neue Akzente zu setzen.

3. Thailand. Das Nachbarland zu Birma wird ebenfalls vergleichsweise stark unterstützt. Nach Japan und den USA steht die Bundesrepublik an dritter Stelle unter den Gebern. Hier kommt die Zusammenarbeit zum Teil auch Siedlungs- und Dorfentwicklungsprogrammen, Basisgesundheitsdiensten, dem Pflanzenschutz und Veterinärdienst, Gewerbeschulen und Einrichtungen wie dem bekannten King Mongkut Institute of Technology[4] zugute, also dem ländlichen ebenso wie dem ausbildenen Bereich.

An der großen Variationsbreite der bundesdeutschen Hilfe gegenüber Thailand hat sich bislang nichts geändert; die Zukunft bleibt abzuwarten.

4. Malaysia, Singapur, Brunei. Brunei, erst seit Anfang 1984 unabhängig, steht auf der deutschen Hilfeliste fast auf Null. Fast heißt, daß irgendetwas so um die Hundert bis Zweihunderttausend DM gezahlt worden ist. Eine symbolische Gabe? Wie dem auch ist, es ist bestimmt nicht umsonst. Immerhin sichert dieses Sultanat deutsche Arbeitsplätze: die Lufthansa baute 1985 einen Thronraum, allerhand Firlefanz und vergoldete Waschbecken in die private 747 — nicht Jet, nein Jumbo! — des Sultans ein. Das ist wirklich kein Scherz.

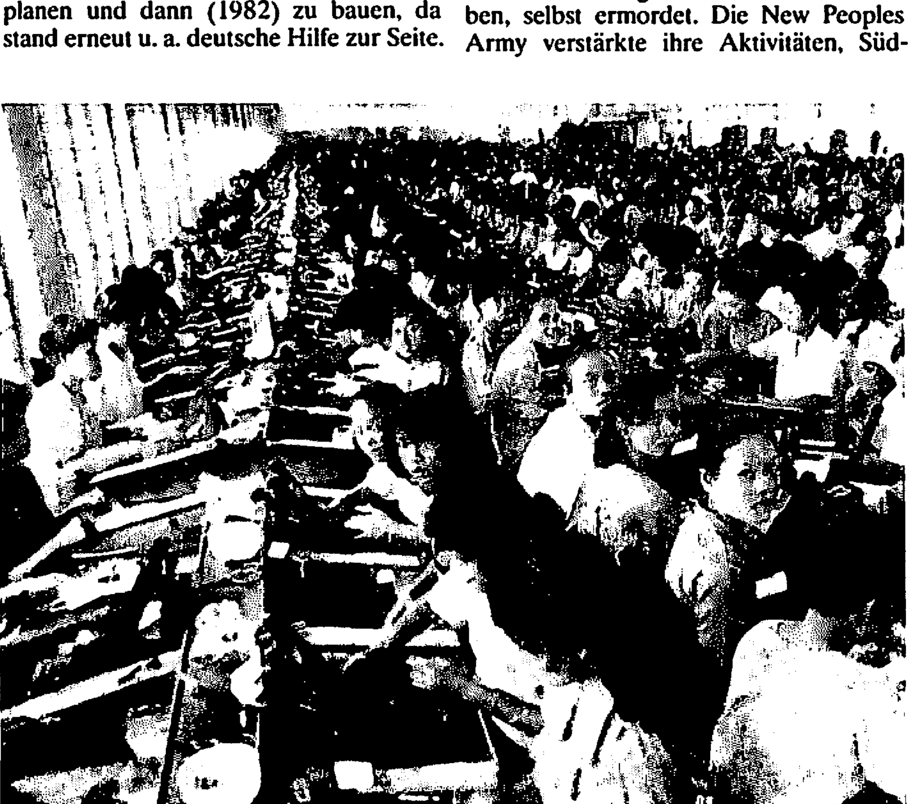
Bilaterale Hilfe spielt kaum eine Rolle für die 160 deutschen Firmen, die Außenstellen in Singapur unterhalten oder dort neue Betriebe eröffnen. Singapur steht als Investitionsplatz für deutsche Unternehmen an erster Stelle innerhalb der ASEAN. Entscheidend ist für sie, daß der Stadtstaat das Finanzzentrum und so etwas wie eine Drehscheibe Südostasiens ist. Geschäftliche Chancen lassen sich von hieraus gut nutzen. — Dank deutscher Hilfe ist, was einst 1973 als ‚Rollei Gouvernment Training Centre' begann, inzwischen zum German-Singapore Institute[5], einem Ausbildungszentrum von Rang, avanciert. Seither fließen BMZ-Gelder, obgleich in der Statistik als Hilfe an Singapur ausgewiesen, nur noch in Vorhaben der Gesamtregion: in Gemeinschaftsvorhaben der ASEAN-Staaten oder in Projekte regionaler Entwicklungsbanken.

Auch Malaysia war eigentlich nie ein Schwerpunktland der deutschen staatlichen Hilfe. Zwar flossen seinerzeit Mittel ins Fernmeldewesen und in Haltesignale für die Bahn, doch technische Zusammenarbeit dominierte: Fachkräfte und Know How wurden geschickt. Besonders umstritten ist momentan der Bakun-Damm im ost-malaysischen Bundesstaat Sarawak: dem Mammut-Stausee sollen 16 Ortschaften, bestehend aus 52 Langhaus-Gebäuden, und 6000 Menschen weichen. Die Flüsse werden dann eine Fläche von 20 × 30 km unter Wasser setzen und überfluten. Das Projekt, es soll ein Meilenstein auf dem Weg zur Strommacht sein, wird bis zur Inbetriebnahme mindestens 12 Milliarden D-Mark kosten. Deutsche Firmen hoffen auf ein Stück vom üppigen Auftragskuchen: sie spekulieren dabei auf einen besonderen Bonus, denn die Bundesrepublik hat sich durch die GTZ an den Vorarbeiten (sie begannen etwa 1979/80) beteiligt. 18 Millionen Mark hat die GTZ in Vorstudien, Bohrungen und Vermessungen für Bakun investiert, meist führten Consultingfirmen dies aus. Interessant ist dabei ein Aspekt: man möchte die ostmalaysischen Megawatt auch für West-Malaysia, vielleicht gar für den Export nach Singapur und anderswo nutzen. Deshalb ist geplant, ein Unterwasserkabelnetz, das längste der Welt, 648 km durchs Südchinesische Meer zu spannen. Etwa 7 Milliarden DM soll das kosten und Siemens könnte es bauen.

5. Philippinen. Wer heute handgeschnitzte bayrische Statuen kauft, von Heiligenfiguren bis zum Wurzelsepp, erwirbt nicht selten ein Produkt Made in Paete. In Paete, 80 km von Manila entfernt, läßt eine kleine bayrische Firma deutsche Schnitzkunst schnitzen. Die gesamte Produktion von derzeit 200 Arbeitskräften (bei einem festgesetzten Minimallohn von zur Zeit 7 Mark 28 pro Tag) ist für die Bundesrepublik bestimmt. Deutsche Hilfe (über die EG) hat dies möglich gemacht.

Das Spektrum der Zusammenarbeit mit den Philippinen ist breit: es reicht vom großen Anlagenbau über Forstwirtschaft bist zum Meereswesen. Manches davon ist umstritten, aus gutem Grund. Dazu Fall eins: eigentlich reicht dies bis 1969 zurück, als man in Manila erstmals den internationalen Hafen modernisierte. Das BMZ unterstützte dies finanziell, die Philippinen kauften deutsche Kräne und Bagger. Als man etliche Jahre danach damit begann, einen neuen Containerhafen in Tondo, in den Slums von Manila erst zu planen und dann (1982) zu bauen, da stand erneut u. a. deutsche Hilfe zur Seite. Doch diesmal galt es, Zehntausende umzusiedeln, erst in das 3 km entfernte Dagat-Dagatan, dann nach Dasmarinas, einen neuen Ort, den man 34 km südlich vor den Toren der Stadt eigens aus dem Boden stampfte. Die Betroffenen mußten dem ‚Fortschritt' weichen, wurden verplant und verschoben, wurden zum Großteil von ihren alten Jobs und Verdienstchancen entfernt, zum Teil können sie jetzt die neuen Mieten nicht zahlen. Widerstand und Unmut macht sich seitdem breit. Ein ganz typisches Beispiel für ‚Entwicklung von oben' — auf dem Rücken der Ärmsten der Armen.

Auch Fall zwei, ein Siedlungsprogramm in Süd-Leyte, ist ein abschreckendes Beispiel für ‚Entwicklung von oben'. Seit 1980 sollte dieses Vorhaben Anbauflächen verbessern und neue Siedlerstellen für zuvor landlose Bauern schaffen. Das hört sich gut an. Das BMZ stellte (über die KfW) nach und nach 24 Millionen D-Mark dafür bereit. Nur: zu Marcos-Zeiten dienten gerade soche Erschließungsprojekte meist spekulativen Interessen: neue private Pfründe entstanden durch sie. Das Mißtrauen der Betroffenen war deshalb — völlig zu recht — von vornherein groß: zumal das Projektgelände seit 1975 per Dekret direkt Frau Marcos unterstand. Vorsicht hätte walten müssen. Das BMZ aber sah kein Probleme — es hielt sich rein formal an die staatlichen Stellen, die Betroffenen hörte man nicht. Dann spitzte sich alles schnell zu: Bauern des Projektgebietes wurden von Söldnern des maroden Regimes schikaniert, vertrieben, selbst ermordet. Die New Peoples Army verstärkte ihre Aktivitäten, Süd-Leyte wurde ein umkämpftes Gebiet. Die deutschen Projektkräfte trauten sich nicht ins Gelände, die Projektmittel blieben stecken bis auf jene Reste, die unnütz als Verwaltungskosten oder sonstwie dubios verschwanden. In jeder Hinsicht also sein Stück aus dem Tollhaus.



Arbeiterinnen in einer Zigarettenfabrik auf Java

6. Indonesien. Die Empfängerlister der bundesdeutschen Hilfe verzeichnet das land — nach Indien und der Türkei — auf Platz 3, gleichauf mit Ägypten. Das BMZ räumt Indonesien weltweit einen vorderen Platz ein. Der Inselstaat mit der fünftgrößten Einwohnerzahl der Erde ist das Schwerpunktland der deutschen Zusammenarbeit in der ganzen Region. Dies insbesondere auch, weil man über die bilaterale Hilfe hinaus in den letzten Jahren eine intensive Nuklear- und Rüstungskooperation aufgebaut hat.

Doch auch das BMZ beglückt Indonesien mit einer breiten Palette der Zusammenarbeit. Hervorzuheben sind in letzter Zeit der Bau von großen Dieselkraftwerken und ein massives Starkstromnetz auf Java, alles Hundertmillionenprojekte. Als CSU-Minister Warnke, zum Teil hinter dem Rücken des Parlaments, BMZ-Mittel zu Mischkrediten mit Lieferauflage umfunktionierte, wurde Indonesien auf spektakuläre Weise betroffen: dem Starkstromnetz mußte 1983 ein kleinbäuerliches Kautschukanbauprogramm auf Sumatra weichen. Der Ausbau des Fernschreibnetzes ersetzte 1983 und '84 Wasserversorgungsprojekte, das Reis Bewässerungsvorhaben Panti Rao wurde dem digitalen Telefon-Anlagenbau durch Siemens geopfert.

Besonders bedenklich daran ist, daß Großprojekte, die zuallererst deutschen Konzernen zugute kommen, zu Lasten von sehr viel angepaßteren Vorhaben durchgesetzt werden. Letztendlich ist dies nichts als eine verdeckte Subvention von Exporten großer bundesdeutscher Konzerne aus öffentlichen Entwicklungshilfegeldern. Warnke's Reprogrammierungsmanöver, sein nachträgliches Umdirigieren der deutschen Hilfe in solche Kanäle, ist in diesem Sinne tatsächlich ein Programm der Wende. Der extremste Fall: 80 Prozent seiner Exportgeschäfte im Großanlagenbau in der Dritten Welt bekam der Münchner Siemens-Konzern 1984 und '85 aus dem BMZ-Etat des CSU-Ministers subventioniert. ‚Gebundene Hilfe' dieses Kalibers dient nicht allein dem deutschen Großanlagenbau, sie schadet auch den Ländern, in die sie fließt — weil sie einen optimalen Einsatz von lokalen Produkten und Firmen sowie generell Wettbewerb verhindert, was die Vorhaben verteuert — und das besonders dort, wo diese Staaten schon bis zum Hals im Schuldenschlamm stecken.

Eben aus diesem Grund hat sich Indonesien Ende 1985 erstmals heftig verweigert. Das BMZ offerierte dem Land ausschließlich neue Mischkredite, die aus indonesischer Sicht fast so ungünstig waren wie die handelsüblichen Bankenkredite dies ohnehin sind. Nur binden die nicht auch noch an Käufe. Indonesien — das Land leidet stark unter dem Ölpreisverfall — war nicht bereit, dies weiterhin zu akzeptieren: zumal inzwischen eine Situation erreicht ist, die dem Land höhere Rückzahlungen auf frühere Hilfskredite abverlangt als an Neuzusagen erfolgt. Daraufhin kam es zu einem regelrechten Eklat. Die BMZ-Jakarta Achse hat dies

erheblich verstört. Das Hilfe-Geschäft mit dem Inselstaat befindet sich seitdem in einer Art Ausnahmeszustand.

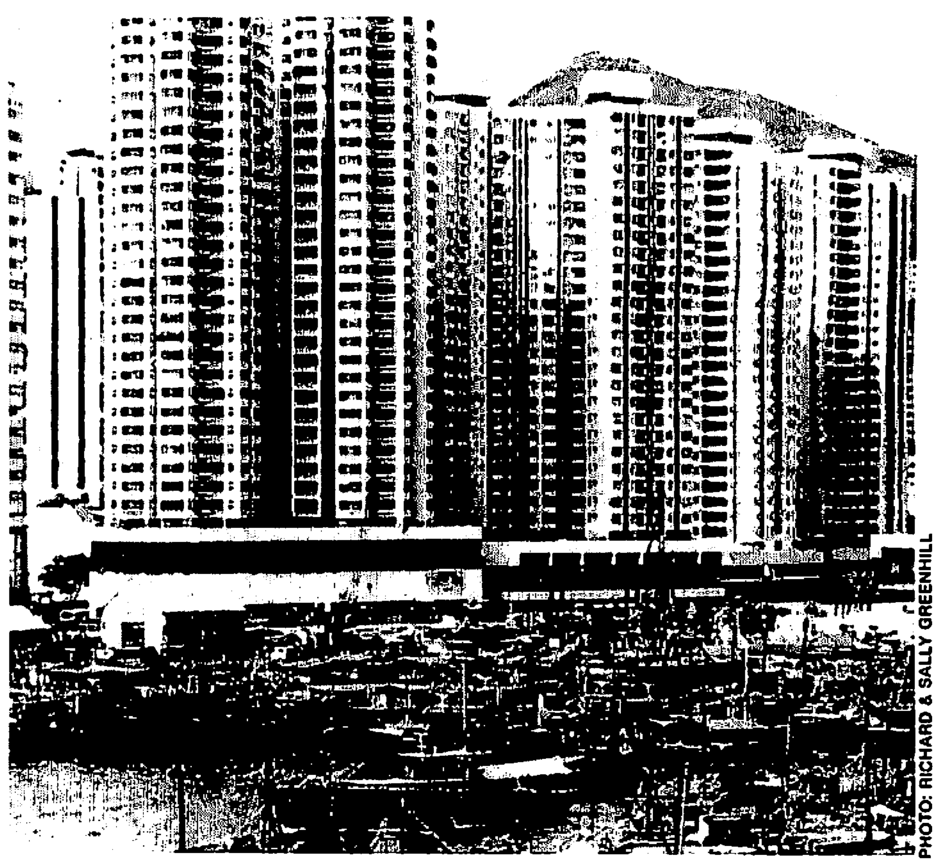
7. **Südkorea, Taiwan, Hongkong.** So kurios es erscheint, auch industrialisierte Staaten wie Taiwan und Hongkong bekommen bilaterale Hilfe, wenngleich im bescheidenen Dimensionen. Im Falle von Hongkong ist dies gänzlich verblüffend, handelt es sich doch um eine britische Kolonie. Die Hilfe an Südkorea ist im Gegensatz dazu durchaus erheblich — etwa ebensoviel wie Thailand bekommt, pro Kopf mehr als für die meisten anderen Staaten. Die Schwerpunkte sind dabei das Ausbildungswesen, Gesundheitsdienste, Forstprogramme und Spitzentechnologien. Während die Finanzhilfe seit 1982 am Auslaufen ist, ist technische Hilfe auch für die Zukunft geplant.

8. **Südpazifik.** Die pazifistische Inselwelt ist ein Siefkind der deutschen Hilfe. Insbesondere die kleinsten Ministaaten gehen leer aus. Dort gibt es nichts zu holen, sie sind uninteressant. Also ziehen sie Hilfe nicht an. Allein mit Fiji, Tonga, Samoa und Papua Neuguinea besteht so etwas wie eine reguläre Zusammenarbeit. West-Samoa und Tonga haben je ein Frachtschiff bekommen, in beiden Staaten werden Seefahrtschulen unterstützt. Der Pflanzenschutz ist ebenfalls an beiden Plätzen als deutsche Hilfe vertreten.

Ganz anders ist es um die Hilfe für Papua Neuguinea bestellt. Dort gibt es Rohstoffe in Hülle und Fülle, der perspektivische Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit liegt deshalb im Rohstoffbereich. Daneben findet sich, auf kleinem Niveau, das übliche Spektrum von Hilfsmaßnahmen. Die entscheidenden Summen aber fließen in den Bergbau, letztlich damit in den Rohstoffnachschub für den deutschen Markt. Über die Deutsche Finanzierungsgesellschaft (DEG) ist die Bundesrepublik hier direkt an der Ok Tedi Gold- und Kupfermine, dem größten Einzelprojekt des Landes, beteiligt. Degussa in Frankfurt bezieht wiederum den größten Teil dieser Erze. So schließt sich der Kreislauf. Umstritten ist dies DEG-Engagement, weil es einem internationalen Großkonsortium zusätzliche Finanzkraft verleiht, statt mit bescheidenen Mitteln kleinere und mittlere Betriebe zu fördern.

3. Die Südost- und Ostasien-Politik des Wende-BMZ: Resümee und Ausblick

Soviel jedenfalls läßt sich bereits jetzt summieren: die BMZ-Politik hat sich auch in dieser Region nach der Wende von 1982 mehr denn je deutschen Exportinteressen verschrieben. Sie hat sich in den Dienst der Überseegeschäfte von Großkonzernen, insbesondere im Anlagenbau, gestellt. Warnke versucht, gerade deren Lieferinteressen vermittels der Mischkredite zu realisieren. Verbrämt als Abkehr von der ‚Gießkannen-Hilfe' fließt der Großteil der Mittel heute dorthin, wo es sich lohnt: zu den überseeischen Kunden der größten deutschen Firmen im Anlagenbau.



Hongkong

PHOTO: RICHARD & SALLY GREENHILL

Daß in Südostasien die bundesdeutsche Hilfe besonders intensiv fließt, hat zwei Gründe: zum einen warten in den schon entwickelteren unterentwickelten Staaten zum Teil gute Kunden, zum anderen ist hier der Wettbewerb unerbittlich. Wo zum Beispiel Japan seine Hilfe ruchlos einsetzt, um seinen Riesen-Handelskonzernen Vorteile, sprich Aufträge, zu verschaffen, da mochte das BMZ nach der ‚Wende' nicht nachstehen. Es griff der wettbewerbsstarken deutschen Übersee-Wirtschaft durch verdeckte Exportsubventionen der Öffentlichen Hand zusätzlich unter die Arme. Die bundesdeutsche Hilfe schlug einen ebenso aggressiven Kurs ein wie ihn die japanische in Südostasien schon seit langem steuert.

Die ersten mokieren sich schon wie das Beispiel Indonesien — und auch Birma — zeigt. Nur die Zwangslage dieser Länder erlaubt — zumindest aus der Sicht ihrer Eliten — keine offene Rebellion; ihr Spielraum it klein, Druckmittel haben sie keine. So stellt sich für sie nur die Alternative: akzeptieren oder Verzicht.

CSU-Minister Warnke konzentrierte sie BMZ-Mittel vor allem darauf, deutschen Konzernen Kunden zu ködern; darauf, Unternehmensrisiken in Übersee staatlich zu reduzieren, insbesondere im Falle von Pionierinvestitionen. Auf der Strecke bleiben bei diesem Vorgehen natürlich echte Hilfen für die Ärmsten der Armen, etwa für die ärmsten afrikanischen Staaten und andere ohne ‚Geschäftsvolumen' — siehe Südpazifik — und für solche Querulanten, die sich politisch vom Westen entfernen.

Freilich erfordert es die Redlichkeit — bei aller Aufgebrachtheit über die ein und andere heutige Schande — eines zu sagen: Jürgen Warnke ist kaum etwas besonderes anzulasten. Auch vor 1982 — der Blick auf die Regionen und Programme belegt dies — standen deutsche Wirtschaftsinteressen im Mittelpunkt der Politik des BMZ: es heißt ja auch nicht ohne Grund Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.



Deshalb können viele Vorwürfe und moralische Anklagen Warnke gar nicht treffen. Er hat das BMZ in seiner Linie nur konsequent akzentuiert. Insofern sind die Amtsjahre von Warnke kein Bruch, sondern nur der bisher trübste Abschnitt in der Geschichte des BMZ. Warnke hat

den Kurs zementiert und zwar stärker als alle zuvor. Seine ‚Wende' besteht in drei Aspekten: in Offenheit, Entschiedenheit und Dreistigkeit. Kein Minister vor ihm hat so offen verneint, daß die Misere der Dritten Welt mit den reichen Nationen zusammenhängt. Niemand vor ihm hat so entschieden unter dem Mantel der Hilfe privatwirtschaftliche Firmeninteressen in den Vordergrund gerückt. Kein Minister des BMZ ist vor ihm so dreist mit dem Parlament verfahren. Das ist Warnke's Verdienst. Wahrlich eine trübe Bilanz. Und was passiert, wenn die CDU die Wahl gewinnt und Warnke Minister bleibt?

Dann wird sicher fortgeschrieben und verstärkt, was in den letzten vier Jahren passierte. Vieles läßt sich in Warnkes Sinne durchaus noch optimieren. Das BMZ-spezifische Gemisch aus Eigeninteressen und humanitären Aspekten bliebe wohl wie gehabt, obgleich sich die humanitäre Seite noch weiter abspecken läßt.

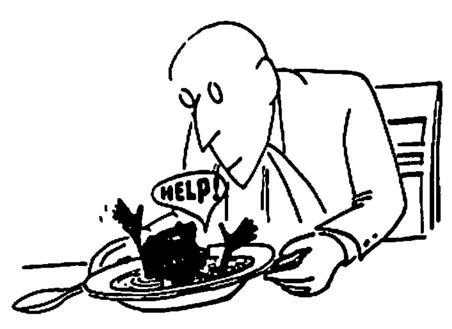
4. Ein SPD-geführtes BMZ als Alternative?

Vielleicht ist es erlaubt, mal zu spekulieren — frei nach dem Motto: Was wäre wenn ... zum Beispiel nach der Bundestagswahl die SPD das BMZ erneut übernähme? Derzeit rechnet wohl kaum jemand damit; aber was wäre wenn doch? Nun, wer auch immer SPD-Minister würde, er oder sie würde zuerst einmal tun, was Warnke seinerzeit tat: klagen über die Erblast, die verbleibt und das BMZ-Personalkarussel drehen. Und dann käme es sehr darauf an, wen die SPD an diese Stellen katapultiert. Prinzipiell gibt es da zwei Varianten und beide knüpfen an Linien



der sozialdemokratischen Vor-Warnke-Ära an. Am wahrscheinlichsten wäre erneut die technokratische Spielart, nicht völlig ausgeschlossen eine etwas idealistischere Version á la Eppler. Zweifellos käme ‚das bessere BMZ' zum Vorschein: die edlen Grundsätze und Motive, eine nicht ganz so stupide Öffentlichkeitsarbeit, das 0,7 Prozentziel, ein Besinnen auf den Bedarf des Südens statt wilden Verkaufens deutschen Exports.

Eine tatsächliche Kehrtwende ist jedoch fraglich, ein Bruch wäre dies ohnehin nicht. Die SPD würde anknüpfen an ein Verständnis von Hilfe, das sie in 16 Jahren BMZ repräsentierte: Hilfe eben als Kompensation und Korrelat zu den Ungerechtigkeiten der Welt. Willy Brandt hat diese Idee gehegt und gepflegt; er setzt auf einen internationalen Entwicklungsfonds, in den ein Teil der Rüstungsausgaben fließt — nach der Devise: Hilfe statt Waffen. Sein Ideal: verstärkte Hilfe, ein Marshallplan für die Dritte Welt.



Es würde also weitergedacht im Schema Einbahnstraße Nord-Süd. Faktisch setzt die bundesdeutsche Konjunktur dem dann schnell enge Grenzen: was für CDU/CSU/FDP die Interessen, das bindet der SPD als ‚Sachzwang' die Hände. Zudem: Geld ist nicht das Problem, auch nicht der Transfer von Geld und Know How in den Süden. Solange die Industriemächte ihre wirtschaftliche, politische und militärische Macht nutzen, um den Süden auszubeuten und zu kontrollieren, solange bleibt dies nichts als eine hilflose paternalistische Geste, zudem von Eigennutz durchsetzt. Ein schlichtes Aufdrehen des Geldhahns löst nichts. Es würde natürlich die Eliten des Südens erfreuen, die für die ausbeuterischen Verhältnisse in ihren Ländern mitverantwortlich sind und ein Interesse daran haben, diese Verhältnisse zu erhalten. Die ASEAN-Eliten zum Beispiel würden insofern ein SPD-BMZ durchaus begrüßen, wenn es dazu beiträgt, ihre Einnahmenseite zu stabilisieren und sie nicht mit Warnke's Hochmut altklug belehrt. In diesem Sinne, so ist zu vermuten, würde ein SPD-BMZ eine Politik zwischenstaatlichen Ausgleichs betreiben.

Wesentlich determiniert würde dies allerdings auch durch die Politik der anderen Ressorts, insbesondere der Seniorministerien eines SPD-Kabinetts. Wie würden sie das oft beschworene Thema des Nord-Süd-Ausgleichs einbauen in ein Deutschland fixiertes Gesundungskonzept?

Der Prüfstein scheint mir die Diskussion um die Schuldenkrise der Dritten Welt. Da wird SPD-Intern zum Teil nicht nur der verstärkte Problemdruck erkannt, sondern durchaus gesehen, daß Hilfe und einzelne Reformen nichts fruchten, ohne den Blick für das Ganze. Gerade die Debatte zum Thema Schulden könnte auf neue Horizonte verweisen: mindestens 120 Milliarden DM Außenstände haben bundesdeutsche Privatbanken momentan in der Dritten Welt, die Außenstände des BMZ belaufen sich auf derzeit 32,5 Milliarden DM. Zumal der Staat auf dem Wege des Steuerverzichts ohnehin einen Großteil dieser Banken-Außenstände sozialisiert hat, eruiert man SPD-intern die Idee eines teilweisen Schuldenverzichts nicht nur der Öffentlichen Hand, sondern auch der Banken. Die Schuldendienste auf verbleibende Altschulden der Dritten Welt sollen danach in nationale Entwicklungsfonds fließen.

Zudem existiert ja die Idee, einen internationalen Fonds zu schaffen, in den Mittel fließen, die an Rüstungsausgaben eingespart werden. Dieser Fonds soll den Aufbau der Binnenmärkte stützen, die Handelspositionen der Staaten der Dritten Welt stärken und Exporterlösschwankungen korrigieren. Man pumpt also zusätzlich Geld in den Süden hinein. Eine solche Marshallplan-Idee fällt der SPD nicht schwer, basiert sie doch auf einem reinen Entwicklungsbanken-Modell. Das erfordert keinen Eingriff in die weltwirtschaftliche Substanz, birgt aber die Gefahr von neuen Abhängigkeiten. So stimmt es bedenklich, daß im ‚Zukunftsprogramm Dritte Welt' der SPD die Idee des Internationalen Fonds erhalten blieb, während die viel besseren Ideen zum Thema Schulden und nationale Fonds — so begrenzt sie auch waren — inzwischen im Abseits verschwanden. Sie kollidieren offensichtlich aus Gesamt-SPD-Sicht zu sehr mit deutschen Banken- und Handelsinteressen, als daß ein Konsens in diesem Sinne rasch abzusehen wäre.

Die Entwicklungszusammenarbeit, die die SPD anstrebt, setzt also weiter wesentlich auf Integration. Bleibt eine solche Hilfe nicht maßlos überfrachtet von Rücksichtsnahmen auf die Banken und die private Wirtschaft im eigenen Land? Vermutlich jedenfalls bliebe das BMZ ein nebensächliches Junior-Ministry, ein Opfer von handfesten Zwängen und Wahlzeit-Thesen.

Eckhart Garbe war für den DED von 1972-74 in Bolivien und Malaysia und von 1981-84 in Papua Neuguinea tätig. Er arbeitet heute als freier Journalist in Hamburg.

Anmerkungen

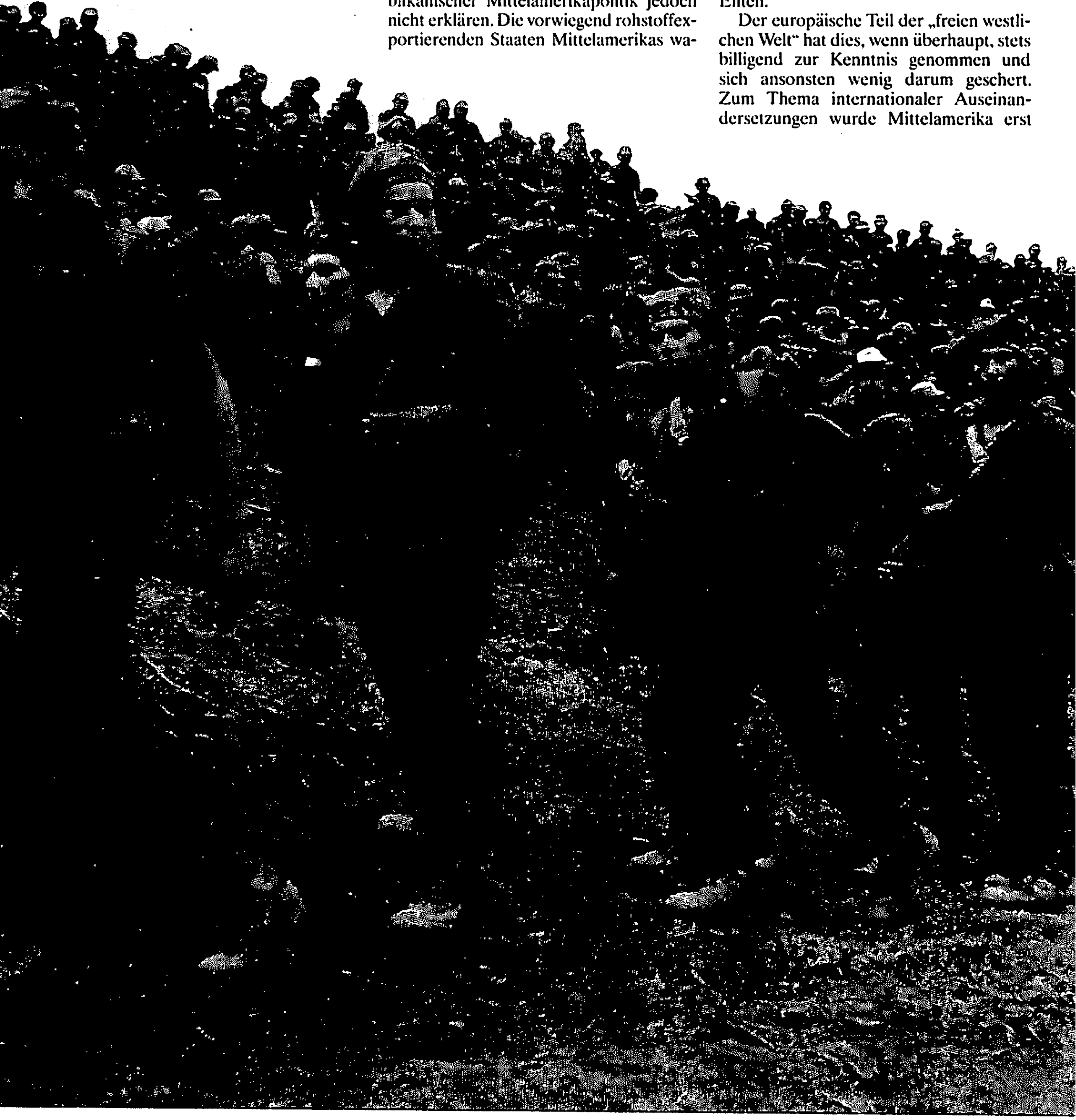
1. Der ASEAN-Gemeinschaft gehören an: Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand, die Philippinen und seit 1984 auch Brunei.
2. Die von der Weltbank an Laos gewährten Kredite sind derzeit am Auslaufen; Neuzusagen sind nicht zu erwarten.
3. Birma wendet derzeit etwa 25 % seiner Exporteinnahmen für den Schuldendienst auf. Da jedoch in Birma schon früh eine Weichenstellung zugunsten einer binnendynamischen Entwicklung erfolgte und mithin das Exportvolumen bis heute nur von bescheidener Größenordnung ist, ist auch die absolute Summe der Schulden vergleichsweise gering.
4. Bei dem Institut handelt es sich um eine von der BRD aufgebaute, inzwischen an Thailand übergebene Elite-Techniker-Schule mit Hochschulcharakter.
5. Ebenfalls eine Techniker-Schule; Ausbildung allerdings eher praktisch ausgerichtet.

Die Mittelamerikapolitik der

Die Mittelamerikapolitik der Bundesregierung — und hier vor allem die Auseinandersetzung um Nicaragua — ist heute einer der größten außenpolitischen Zankäpfel in der bundesrepublikanischen Innenpolitik. Dies ist nicht immer so gewesen, nicht etwa, weil es vor Jahren einen politischen Konsens in der Diskussion über die Region gegeben hätte, sondern deswegen, weil sich niemand für Mittelamerika interessiert hat.

Hunger, Elend, Aufstände und Interventionen bilden die Geschichte Mittelamerikas. Die Bundesregierung hat keine eigenständigen Interessen in Mittelamerika. Ökonomistische Erklärungen, die auf den allumfassenden Weltmarktzwang und das Ausbeutungsinteresse der imperialistischen Staaten verweisen, sind daher zwar richtig, können in ihrer Zeitlosigkeit die spezifische Ausformung bundesrepublikanischer Mittelamerikapolitik jedoch nicht erklären. Die vorwiegend rohstoffexportierenden Staaten Mittelamerikas waren in der Vergangenheit sowohl wirtschaftlich als auch politisch der Hegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika unterworfen, die diese Region stets zu ihrem unmittelbaren Interessensbereich erklärten. Repressive *Statthalter*regime sorgten für die Befriedigung der außen- und außenwirtschaftspolitischen Interessen der USA, sowie für die Aufrechterhaltung der Macht der jeweiligen nationalen Eliten.

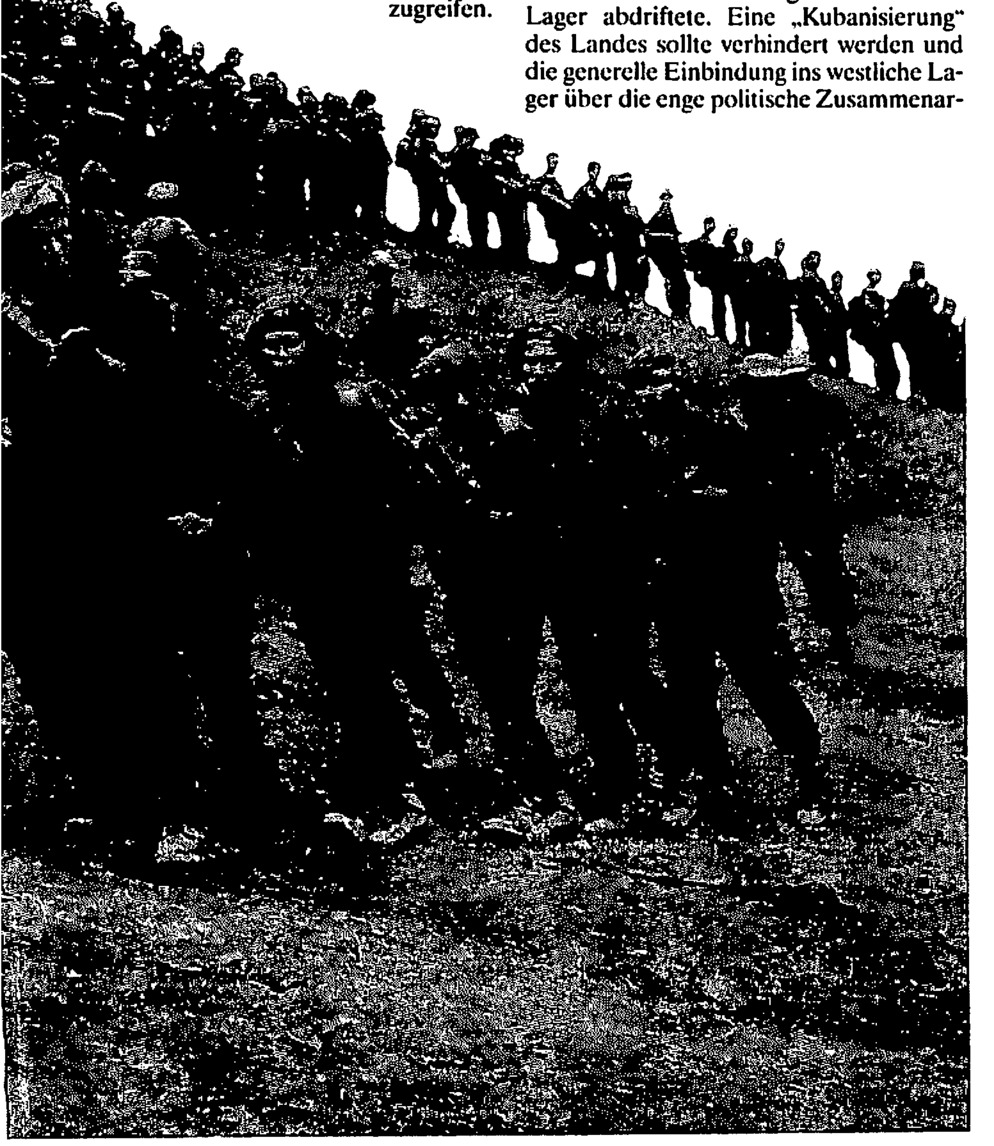
Der europäische Teil der „freien westlichen Welt" hat dies, wenn überhaupt, stets billigend zur Kenntnis genommen und sich ansonsten wenig darum geschert. Zum Thema internationaler Auseinandersetzungen wurde Mittelamerika erst



Bundesregierung

Ende der siebziger Jahre als sozialrevolutionäre Bewegungen, vor allem in Nicaragua, die von oben hergestellte Friedhofsruhe in der Region zu beenden drohten. Erst als die Unterdrückten sich ihre Menschenrechte selbst erkämpften, zeigten sich die internationalen Demokraten interessiert. Nicht, um den Ausgebeuteten zur Hilfe zu eilen, sondern um den Befreiungsprozeß kontrollierend zu begleiten, d.h. ihn in Bahnen zu lenken, die ein völliges Umkippen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verhindern.

Hier setzte dann auch das Engagement der bundesdeutschen Sozialdemokraten ein, die sich im Rahmen der Sozialistischen Internationalen 1978 mit dem nicaraguanischen Volk im Kampf gegen die Somoza-Diktatur solidarisierten und die Menschenrechtsverletzungen des Terrorregimes verurteilten. Nachdem die Sozialdemokraten 40 Jahre zur Somoza-Diktatur geschwiegen hatten, sahen sie sich nun berufen, in die politische Auseinandersetzung im vorrevolutionären Nicaragua einzugreifen.



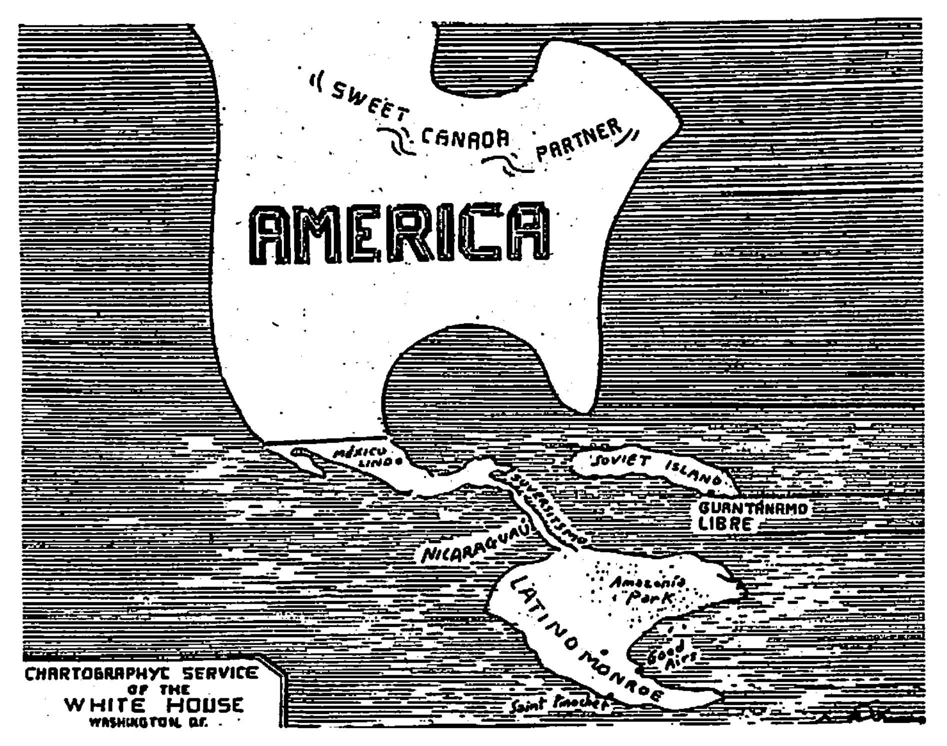
Im Rahmen der Carterschen Menschenrechtspolitik, die auf der Erkenntnis basierte, daß repressive Diktaturen politische Instabilität hervorbringen, da sie Widerstand provozieren, weshalb zur Aufrechterhaltung des status quo soziale Reformen und politische Demokratisierung notwendig seien, leistete die sozialliberale Bundesregierung dem neuen Nicaragua nach dem Aufstand im Juli 1979 aktive Wiederaufbauhilfe. Indem sie versuchten mit der gemäßigten Strömung innerhalb der neuen Regierungspartei FSLN zusammenzuarbeiten, versuchten die Sozialdemokraten Einfluß auf die zukünftige Regierungspolitik in Nicaragua zu nehmen. Ihre Unterstützung für die FSLN war stets gebunden an die drei von der FSLN selbst aufgestellten Prinzipien der Blockfreiheit, der gemischten Wirtschaft und des inneren Pluralismus. Daß das plötzliche Engagement der Bundesregierung in Mittelamerika keineswegs selbstlos war, zeigen u.a. protokollierte Diskussionen aus dem Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestags aus den Jahren ab 1979. Das erklärte Ziel der bundesdeutschen Regierungshilfe war, zu verhindern, daß Nicaragua ins östliche Lager abdriftete. Eine „Kubanisierung" des Landes sollte verhindert werden und die generelle Einbindung ins westliche Lager über die enge politische Zusammenarbeit und ökonomische Hilfe garantiert werden. Angesichts der antiamerikanischen Haltung lateinamerikanischer Befreiungsbewegungen und der generellen Distanz lateinamerikanischer Reformbewegungen gegenüber dem US-Imperialismus, konnte die Aufgabe der Einbindung und kontrollierenden Kanalisierung der sozialrevolutionären Tendenzen weitaus besser von europäischen Reformparteien wie der SPD übernommen werden.

„Weil wir versuchen wollen, den Ablauf der Dinge zu steuern, und weil wir die vorhandenen Kräfte, die nicht nur aus der sandinistischen Front bestehen, unterstützen wollen mit dem Ziel, den Pluralismus, der vorhanden ist, zu unterstützen...", so begründete der Vertreter der Bundesregierung die Hilfe für Nicaragua zwei Monate nach dem Aufstand am 19. 9. 79 im Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ). Der Begriff „Pluralismus" heißt in diesem Kontext stets die Anlehnung an westliche Demokratiemodelle und die Absage an sozialistische Gesellschaftsmodelle mit marxistischen Einparteiensystemen.

Das Beispiel Nicaragua macht wie viele andere deutlich, daß der Grund für das politische Engagement der Bundesregierung wie auch die Art und Weise des Engagements selbst ausschließlich im Kontext der bündnispolitischen Außenpolitik zu erklären ist, deren Kern die Erlangung westlicher Hegemonie in der Ost-Westauseinandersetzung ist.

Diese Grundkonstante bundesrepublikanischer Mittelamerikapolitik schlechthin galt und gilt unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Besetzung der Bundesregierung. Parteipolitisch unterschiedlich sind lediglich die Strategien zur Bekämpfung des internationalen Kommunismus und zur Verteidigung der freien westlichen Welt, denen sich alle in der NATO zusammengeschlossenen Regierungen verpflichtet fühlen. Setzte die US-Regierung unter dem demokratischen Präsidenten Carter mehr auf die Einbindung linker Bewegungen in der Dritten Welt und die Kanalisierung revolutionärer Tendenzen in „zivilisierte demokratische Formen" was der bundesdeutschen Sozialdemokratie in Mittelamerika und besonders in Nicaragua einen größeren Aktionsradius für die Umsetzung dieser Politik verschaffte, so wählte die reaktionäre Reagan-Regierung und die konservative Bundesregierung bevorzugt den Weg der konsequenten Ausgrenzung und Bekämpfung sozialrevolutionärer Bewegungen und entsprechender Regierungen in der Dritten Welt.

Ist für die Betroffenen, wie das heutige Nicaragua, dieser Unterschied in der jeweiligen Strategie nicht unerheblich oder gar überlebensentscheidend, so bleibt zumindest für die Einschätzung der hiesigen Regierungspolitik die Gemeinsamkeit der politischen Motivation der sozialliberalen und der konservativen Mittelamerikapolitik entscheidend für die Beantwortung der Frage: welchen Grad der Wende hat es in



der Mittelamerikapolitik der konservativen Bundesregierung gegeben und welche politischen Veränderungen wären von einer sozialdemokratisch dominierten Bundesregierung zu erwarten?

Bündnistreue

Hatte die sozialliberale Bundesregierung in Mittelamerika bis 1982 eine Schaukelpolitik betrieben, die sich trotz ihrer Kritik an den repressiven Machtverhältnissen in Mittelamerika nicht zu einer Unterstützung revolutionärer Prozesse bewogen fühlte, so sollte mit dem Regierungswechsel in der BRD im Okt. 1982 nicht nur Klartext geredet werden, sondern auch dementsprechend agiert werden. Die Mittelamerikapolitik erhielt ein neues Profil.

Gemäß der konservativen Ideologie, daß Befreiungsprozesse in Ländern der Dritten Welt, deren Militärdiktaturen dem westlichen Lager verbunden sind, nie durch das Engagement der Betroffenen selbst vollzogen, sondern immer von Osten initiiert und gesteuert werden, galt Mittelamerika als internationaler Krisenherd im Rahmen der Ost-West-Auseinandersetzung.

Im Zentralamerika- und Karibik-Antrag der CDU/CSU-Fraktion vom 1. 2. 1982 hatte die damalige Opposition die Grundlinie ihrer zukünftigen Politik gegenüber der Region festgeschrieben. Grundmotiv für die außen- und entwicklungspolitischen Aktivitäten sollte das angebliche Sicherheitsinteresse des Westens an der Region sein, das stellvertretend für den Westen primär durch die USA garantiert wird. In Anspielung auf die Cuba-Krise 1962 wird festgehalten, daß von der Region „ernsthafte Bedrohungen des Weltfriedens ausgehen können", weshalb die Bundesregierung aufgefordert wird, „ihre politischen Anstrengungen zu verstärken, sie zu einem Gesamtkonzept zu entwickeln, diese im westlichen Bündnis abzustimmen und dem Deutschen Bundestag vorzulegen ... Alle Maßnahmen sollen ... zugleich den wohlverstandenen Sicherheitsinteressen des Westens und dem Weltfrieden dienen." (DrS. 9/1298). Die Entwicklungspolitik sollte in diesem Konzept einen zentralen Stellenwert einnehmen, folglich ein Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik sein.

Und was die Vorreiter der westlichen Sicherheit, die USA, anging, so formulierte der damalige CDU-Abgeordnete und heutige parlamentarische Staatssekretär, Volkmar Köhler am 27. 10. 1982: „die Vereinigten Staaten haben in dieser Region unmittelbare und natürliche sicherheitspolitische Interessen, die sollte seit der Raketenkrise in Cuba jedermann bewußt sein ... Unsererseits ist dieser reale Standpunkt nicht nur als besonderer Bestimmungsfaktor einzubeziehen, sondern er muß auch als legitim akzeptiert werden und jeder moralischen Belehrung entzogen werden." (Konrad-Adenauer-Stiftung, IIS-Auslandsinformationen, Zentralamerika, 27. 10. 1982).

So sollte es bis heute sein. Jede Kritik an den kriegerischen Aktivitäten wurde dem höheren internationalen Friedensinteresse geopfert, was jedoch nicht bedeutet, daß die konservative Bundesregierung darauf verzichtete, ihre Mittelamerikapolitik verbal mit einem moralisch-ethischen Motiv zu begründen: der Herstellung und Einhaltung der Menschenrechte in der Region.

Den Propagandabeauftragten und Chefideologen der CDU/CSU, allen voran der Generalsekretär Heiner Geißler, ist es zu verdanken, daß der Begriff der Menschenrechtspolitik als zentraler Kampfbegriff im Rahmen der Ost-West-Auseinandersetzungen etabliert wurde und gerade auch in der Mittelamerikapolitik als antikommunistischer Agitationsbegriff Einzug hielt. Die konservative Menschenrechtspolitik wurde zum zentralen Instrument der Außenpolitik, um den eigenen Interessen zur Geltung zu verhelfen und eine Legitimation zu verschaffen und auf der anderen Seite, um alle vermeintlichen Gegner mittels dieses Begriffes zu diffamieren. In der konservativen aber auch generell bürgerlichen Menschenrechtsdiskussion gilt dabei immer folgendes ideologisches Strickmuster als politische Handlungsgrundlage:

Westlich orientierte Systeme, deren Regierungsformen formale Züge einer parlamentarischen Mehrparteien-Demokratie aufweisen und die Propagierung westlich orientierter Normen für sich in Anspruch nehmen, bieten als einzige überhaupt die Grundlage für die Herstellung von Menschenrechten, die vorwiegend mit bürgerlichen Freiheitsrechten gleichgesetzt werden.

Staaten, die von diesem Modell abweichen und andere politische Partizipationsformen suchen oder sich mit dem Anspruch nach Aufbau einer Volksdemokratie abplagen, müssen sich laut Definition zu totalitären Staaten entwickeln, sich an Ostblockmodellen orientieren und zu Ein-Parteien-Diktaturen werden.

Die soziale Lage der Bevölkerung geht dabei genausowenig in die „Analyse" ein, wie die Tatsache, daß ein Großteil der Ein-Parteien-Diktaturen in der Dritten Welt zu den treuen Verbündeten des Westens gezählt werden kann.

Gemäß dieser Betrachtungsweise ist es unvermeidlich, daß der Pressezensur in Nicaragua mehr Augenmerk und vor allem Kritik geschenkt wird, als Bombardierungen der ländlichen Zivilbevölkerung in El Salvador oder den Massakern der guatemaltekischen Militärs an den indianischen Bauern.

Wird in Nicaragua ein christdemokratischer Oppositionspolitiker eine Woche willkürlich in Haft gesetzt, so ist dies ein Zeichen für das zunehmende totalitäre Staatshandeln, wird in El Salvador monatlich ein oppositioneller Gewerkschafter ermordet, so ist dies ein Beweis für die Verbesserung der Menschenrechtssituation unter der christdemokratischen Regierung, da früher wöchentlich ein Gewerkschafter ermordet wurde.

Die normale Sichweise wird Grundlage des politischen Handelns, die reale Situation der Bevölkerung in den jeweiligen Staaten geht in die Politikkonzeption nicht ein.

Entlang obiger Ideologie nahm die Bundesregierung eine klare politische Zuteilung der zentralamerikanischen Staaten vor; es wurde eine Grenze gezogen, polarisiert und aussortiert. Nicaragua war der Feind und mußte so behandelt werden, die umliegenden Staaten wie El Salvador, Guatemala, Honduras und Costa Rica waren als Freunde zu betrachten. Sie wa-

ren die Bündnispartner der USA und damit des gesamten Westens.

Und hier vollzog sich die Wende in der Regierungspolitik praktisch vermittels der Entwicklungspolitik: Nicaragua, das von der sozialliberalen Bundesregierung bevorzugt behandelt worden war, sollte keine Hilfe mehr bekommen. El Salvador und Guatemala, die wegen der Regierungsmassaker entwicklungspolitisch auf der schwarzen Liste standen, sollten in den erlauchten Kreis der Geförderten aufgenommen werden. Honduras und Costa Rica sollten in ihrem antisandinistischen Kurs politisch bestärkt werden, und als zentrale Bündnispartner der USA entsprechend gewürdigt werden.

Die Frontbegradigung begann

Nach langem Hin und Her und Täuschung der Öffentlichkeit beschloß das Kabinett im Juni 1984, Nicaragua keine Entwicklungshilfezusagen mehr zu machen, bis daß Nicaragua seine Politik der Destabilisierung der Region einstelle. Damit war die Diskussion aus dem Vorjahr, die Bundesregierung wolle die Länder Zentralamerikas gleich behandeln und in Nicaragua nach privaten Empfängern für die staatliche Hilfe suchen, beendet. Bis heute fortgeführt wurde die Kritik an der innenpolitischen Situation in Nicaragua, die Nichtanerkennung der Wahlen 1984 und die Unterstützung der politischen Opposition im Land. Die ehemals vertraglich vereinbarten Projekte der technischen Zusammenarbeit laufen nach und nach aus, und die Stiftungen der Regierungsparteien ersetzen staatliche Finanzierung im Oppositionsspektrum.

Mit der gleichen Heftigkeit, wie die Bundesregierung und deren Parteien im Fall Nicaragua die Wahlen sowohl vor als auch nach dem Wahltermin als Farce bezeichnet hatten, werteten sie die Wahl in El Salvador im März und Mai 1984 als den Beweis der Demokratisierung auf, schon allein deswegen, weil der neue Präsident Duarte ihr Verbündeter und der der USA ist. Im Hinblick auf den möglichen Wahlsieg des christdemokratischen Präsidenten wurde die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe bereits im Oktober 1983 vom parlamentarischen Staatssekretär im BMZ, Volkmar Köhler angekündigt (4. 10. 83 in Costa Rica) und im Januar 1984 unter der Bedingung, daß Duarte die Wahlen gewinnt, im Bundestag von der Bundesregierung als beschlossen in Aussicht gestellt (Mittelamerika-Debatte 27. 1. 84). Im September 1984 unterzeichnete Minister Warnke in El Salvador ein Regierungsabkommen über die Vergabe von 50,6 Mio DM Entwicklungshilfe an El Salvador.

Im Juli 1984 fanden in Guatemala Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt, denen im November 1985 die Präsidentschaftswahlen folgten, in deren Folge der christdemokratische Präsident Vinicio Cerezo im Januar 1986 sein Amt antrat. Analog zum Fall El Salvador war nach Ansicht der Bundesregierung die Abhaltung verschiedener Wahlen ein Beweis für den Demokratisierungsprozeß in Guatemala. Bereits im April 1985 stattete Minister Warnke einen „privaten" Besuch in Guatemala ab, wobei er Gelegenheit hatte, die „Demokratisierung" augenscheinlich zu bezeugen. Mitte Juni weilte der guatemaltekische Außenminister Andrade auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in der BRD und warb für die Entsendung von Wahlbeobachtern nach Guateamala. Von da an ist alles klar. In Erwartung, daß der Christdemokrat Cerezo oder sein Kontrahent der „Zentrumspartei" UCN Carpio Nicolle, die Wahlen gewinnt, werden in den Entwicklungshilfehaushalt für 1986 erstmals wieder Mittel der finanziellen Zusammenarbeit bereitgestellt. Zwei Monate nach der Amtseinführung von Cerezo, am 17. 3. 1986 werden in Guatemala Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Kapitalhilfe geführt.

Innerhalb von drei Jahren waren die Grundpfeiler für die zukünftige konservative Mittelamerika-Politik der Bundesregierung eingerammt. Nicaragua wird politisch isoliert und entwicklungspolitisch boykottiert. Alle anderen Staaten der Region wurden für ihre antisandinistische Grundhaltung belohnt und in den Stand demokratischer Staaten gehoben, was sich materiell in der massiven Verteilung von Entwicklungshilfe niederschlug. Propagandistisch verkauft wurde diese Polarisierungspolitik unter dem Banner von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Außenpolitisch begründet war sie in der Komplementierung der US-Politik in Mittelamerika, die die strategischen und argumentativen Vorgaben für die Bundesregierung lieferte.

Die zentralamerikanische Realität ging dabei, wenn überhaupt, nur unwesentlich in die Politikkonzeption der Bundesregierung ein. Daß von Honduras, Costa Rica und El Salvador aus mit aktiver Unterstützung für die antisandinistische Contra Nicaragua destabilisiert wird, ändert nichts daran, daß die Bundesregierung fortwährend betont: „Solange die nicaraguanische Regierung aber nicht aufhört, ihrerseits in den Nachbarländern Unfrieden zu stiften, wird es keine Neuzusagen an Entwicklungshilfe geben," so Minister Warnke am 12. 6. 1986 kurz nach der Befreiung acht von der Contra entführter Bundesdeutscher in Nicaragua.

Daß in El Salvador täglich Bauern dem Regierungskrieg zum Opfer fallen oder zahlreiche Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften zu politischen Gefangenen der Regierung geworden sind, ändert nichts an der Sichtweise der Bundesregierung, die sich mit der Aussage des christdemokratischen Chefideologen und Mittelamerikaexperten Dr. Heiner Geißler deckt, der als Begründung für die Verhaftung von sieben Mitarbeitern von Menschenrechtsorganisationen im Mai 1986 angibt, daß die „Festnahme nicht wegen Zugehörigkeit zu

einer Menschenrechtsorganisation" erfolgte, „sondern wegen Verbindungen zu terroristischen Vereinigungen. Diese Vereinigungen sind ihrerseits für vielfältige Menschenrechtsverletzungen im Land verantwortlich." (Brief vom 30. Juli 1986). Gemeint von Geißler sind nicht die Todesschwadrone sondern die Guerilla FMLN — FDR.

Auch die Tatsache, daß in Guatemala staatliches Morden unter der „zivilen Regierung" andauert und Massaker an indianischen Bauern nicht der Vergangenheit angehören, ändert nicht an der Auffassung der Bundesregierung: „Die neue guatemaltekische Regierung hat sich die Unterstützung der ärmsten Bevölkerungsteile und den sozialen Ausgleich zum Ziel gesetzt." (Antwort auf Anfrage von L. Volmer vom 17. 3. 1986). Die Bundesregierung „unterstützt das Bestreben der Regierung Guatemalas, Demokratie und Pluralismus zu fördern und zu festigen." (Antwort auf Anfrage von Volmer am 29. 8. 1986).

El Salvador

Die Bundesregierung hat El Salvador bisher rund 100 Mio DM vertraglich zugesagt, im Haushalt bereitgestellt sind seit 1984 bis einschließlich 1987 weit über 100 Mio DM, wobei die jährliche Steigungsrate so enorm ist, daß für 1987 nur für Kapitalhilfe allein bereits 50 Mio DM geplant sind. Damit ist El Salvador zum Hauptförderland der BRD in Mittelamerika geworden. Trotz der außenpolitisch motivierten Brechstangenpolitik der Bundesregierung fließen die Mittel nur langsam ab. Aufgrund der katastrophalen Lage in El Salvador, bedingt vor allem durch den Bürgerkrieg, ist konkrete Projektpolitik fast unmöglich, daher wurden bisher fast ausschließlich Kredite für Warenhilfe gegeben, was einer Finanzierung der salvadoreanischen Kriegsökonomie gleichkommt. Darüberhinaus hat die Bundesregierung sich mit 10 Mio DM an einem Wiederansiedlungsprojekt der Regierung von Flüchtlingen beteiligt, was einer direkten Unterstützung für die salvadoreanische Aufstandsbekämpfung gleichkommen dürfte. Zur Unterstützung des staatlichen Propagandaapparats finanzierte 1985 die Bundesregierung Druckmaschinen für 1 Mio DM für das Erziehungsministerium. Schwerpunkte der Arbeit sind laut Plan zukünftig die Beteiligung an ländlichen Entwicklungsprogrammen, deren Zweck ebenfalls die staatliche „Befriedung" von Regionen sein dürfte, die Teil der Auseinandersetzung zwischen Armee und Guerilla sind oder waren. So ein ländliches Bewässerungsprogramm für Kleinbauern an der Südgrenze von Chalatenango, in der Nähe von Atiocoyo.

Bleibt die Bundesregierung trotz aller Anfragen und Kritik bei ihrer Behauptung, sie leiste an El Salvador allein zum Wohle der Bevölkerung Hilfe, die zudem ausschließlich zivilen Zwecken diene, so geben die Erklärungen der salvadoreanischen Armee weit mehr Aufschluß über den eigentlichen Bestimmungszweck ausländischer Geldtransfers:

Im Juli 1986 begann in El Salvador unter der Federführung der Armee die nationale Kampagne zur Aufstandsbekämpfung. „Vereinigt zum Wiederaufbau" (unidos para reconstruir). Ziel der Kampagne ist die Aufstandsbekämpfung im nationalen Rahmen auf allen Ebenen; militärisch, politisch, zivil. Sie setzt sich aus drei Phasen zusammen: a) militärische Säuberung der Regionen, in denen die Guerilla operiert, b) militärische Festigung der Regionen, um das Neueindringen der Guerilla zu verhindern, dies wesentlich durch den Aufbau paramilitärischer Einheiten der Zivilbevölkerung, c) Wiederaufbau und Neueinrichtung von ziviler Infrastruktur, wie Schulen, Krankenhäuser, Rathäuser etc.

In einem von der Armee veröffentlichten Papier zur Kampagne steht: „Ihre Durchführung erfordert die Zusammenführung der Anstrengungen, sowohl der lokalen Militärkräfte, als auch der Regierungsorgane, sowie der Privatwirtschaft, ziviler Organe und der Zivilbevölkerung generell ... Um die Kampagne zu entwikkeln, werden die Mittel der Auslandshilfe, die über die verschiedenen Ministerien kanalisiert werden, vorrangig zur Förderung der Kampagne eingesetzt."

Guatemala

In der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Guatemala zeichnet sich der gleiche Trend ab. Für 1986 standen allein für die finanzielle Zusammenarbeit 10 Mio DM neue Mittel und 20 Mio DM alte entsperrte Mittel zur Verfügung, 20 Millionen davon in Form eines Warenkredits. Für 1987 sieht die Planung für die FZ bereits 35 Mio DM vor. Schwerpunkte der Planung sind ländliche Entwicklungsprogramme, und zwar ausgerechnet in den Konfliktzonen des indianischen Hochlands, u.a. im Quiché und in Huehuetenango. Bedenken wie Die Grünen in einer Kleinen Anfrage (L. Volmer) anmelden, die Bundesregierung könne sich mit der staatlichen Unterstützung von ländlichen Hochlandprogrammen in Guatemala an der zivilen Aufstandsbekämpfung der dortigen Regierung beteiligen oder noch Schlimmeres machen, wurden von der Bundesregierung am 17. 3. 1986 negativ beantwortet: Kein Anlaß zur Sorge, alles in Butter, die Bundesregierung wolle gerade in den Hochlandgebieten den armen Indios helfen. Am 23. 8. 1986 meldet die mexikanische Zeitung El Día, der guatemaltekische Generalstabschef Gramajo habe bekannt gegeben, daß guatemaltekische Staatsbürger nicht die Hochlandregionen El Petén, Quiché, Huehuetenango besuchen sollten, da für ihre Sicherheit nicht garantiert werden könne. Was macht die Bundesregierung in diesen Regionen für die armen Indios, wenn sich dort Guatemalteken möglichst nicht aufhalten sollen — auf Empfehlung des Militärs!

Wer bis dorthin den Prozeß der US-Amerikanisierung der bundesdeutschen Mittelamerikapolitik verfolgt hatte und in seiner moralischen Empörung dachte, schlimmer kann es nicht kommen, der mußte sich im Sommer 1986 wie schon so oft eingestehen, daß er sich wieder mal geirrt hatte. Die entwicklungspolitische Unterstützung der nichtdemokratischen Regierungen in Mittelamerika war nur der Einstieg in eine Politik, deren Träger sich entschlossen hatten, nicht nur die Menschenrechtsverletzungen zu leugnen, sondern auch aktiv zur Aufrüstung der Repressionsapparate beizutragen. Ausge-



Polizeipatrouille, Durchhalteparole : „Wir müssen freiwillig teilnehmen"



rechnet im September 1986, im gleichen Monat, in dem das guatemaltekische Militär über eine öffentliche Anzeige in der Presse der Präsidentin der Menschenrechtsgruppen GAM hat verkünden lassen, wenn sie mit ihrer Arbeit so fortfahren wolle wie bisher, müsse sie sich über die Konsequenzen auch für ihr eigenes Leben nicht wundern, verkündete der Staatssekretär im Innenministerium, Spranger, vor einem ausgewählten Journalistenkreis am 25. 9. 1986 in Bonn, in Guatemala gäbe es keine staatlich zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen. So habe es ihm der Präsident Cerezo in Guatemala versichert, und überhaupt habe ihm niemand Gegenteiliges sagen können.

Die Regierung sei demokratisch und die Bundesregierung werde ihr helfen einen wahren Rechtsstaat mit moderner Polizei aufzubauen. Noch 1986 würden für rund 5 Mio DM Fahrzeuge, Funksprechgeräte und Datencomputer geliefert. In der Bundesrepublik kämen 15—20 Polizisten zur Ausbildung. Und damit nicht genug: Spranger befürwortet nach seiner Mittelamerikareise ein regionales Programm zur Ausstattung und Ausbildung der Polizeikräfte in den demokratischen Staaten Zentralamerikas, das seien alle außer Nicaragua. In enger Kooperation mit dem FBI und der US-Regierung hatte Spranger mit diesem Ergebnis seine Mission in Sachen Terrorismus- und Rauschgiftbekämpfung in Mittelamerika beendet. Die CSU will offensichtlich mit Mitteln der Entwicklungshilfe die staatlichen Repressionsapparate zwecks besserer Kontrolle der Opposition und entsprechender Aktionsmöglichkeiten effektivieren und, so ist zu erwarten, auch die zwischenstaatliche Überwachungs- und Kontrollkapazitäten erhöhen.

Trotz haushaltsrechtlicher Verstöße gilt die Polizeihilfe an Guatemala als beschlossen. Sie beträgt jedoch nicht 5 Mio DM, sondern 10,6 Mio und setzt sich aus Austattungs- und Ausbildungshilfe zusammen, und wird aus Mitteln der Entwicklungshilfe bezahlt. Spranger hatte bereits vor dem Beschluß der Bundesregierung am 21. 9. 1986 in Guatemala der dortigen Polizei zwei Fahrzeuge symbolisch übergeben.

Entwicklungspolitisch begründen lassen sich die CSU-Aktionen des BMZ und BMI allemal. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen (L. Volmer) am 29. 8. 1986 lautet wie folgt:

„Die Bundesregierung unterstützt das Bestreben der Regierung Guatemalas, Demokratie und Pluralismus zu fördern und zu festigen. Dazu gehört auch das Bemühen der Regierung, die nationale Polizei nach rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechend der neuen Verfassung des Landes aufzubauen und auszurichten. Nach der von der neuen Regierung vollzogenen Auflösung der früheren Kriminalpolizei ist der rasche Aufbau einer funktionsfähigen und rechtsstaatlich handelnden Polizei ein unerläßlicher Schritt zu einer wirksamen Verbrechensbekämpfung im Interesse des Bürgers und somit auch zur Verbesserung der Menschenrechtslage. Der Aufbau der demokratischen Rechtsordnung dient auch dem wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Landes."

Zwei weitere Anfragen der Grünen im Bundestag blieben unbeantwortet. Erreicht werden konnte jedoch, daß der Haushaltsausschuß für das Jahr 1987 generell die Förderung von Polizeihilfe aus Mitteln der Entwicklungshilfe untersagte, so daß konkrete Pläne für Polizeihilfe an Peru und Uruguay, wie von der CSU beabsichtigt, so nicht realisiert werden können.

Die FDP, die schon bei der Polizeihilfe an Guatemala opponiert, diese aber dennoch nicht verhindert hatte, hatte angesichts des neuen CSU-Kurses große Bedenken, daß die bundesdeutsche Entwicklungshilfe in Mißkredit kommt. Dies wurde selbst von moderateren CDU-Politikern zugestanden, und so den Plänen Warnkes und Zimmermanns zukünftig ein Riegel vorgeschoben. Die Sorge um das Ansehen der Entwicklungspolitik kommt jedoch etwas spät, denn die Finanzierung von Repressionsapparaten in Lateinamerika stellt lediglich die konsequente Fortsetzung des 1982 eingeschlagenen Kurses der konservativen Regierungspolitik dar.

Nicht unbeachtet bleiben sollte, daß die bundesdeutsche Kooperation mit mittelamerikanischen Sicherheitskräften wesentlich durch die Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU eingeleitet worden ist:

So waren im Mai 1986 bereits sieben Offiziere der salvadoreanischen Armee zu „Informationszwecken" in der BRD und im Oktober 1986 sechs Armeeoffiziere aus Guatemala auf Einladung der Stiftung zu gleichen Zwecken. Herr Thesing, der verantwortliche Stiftungsvertreter für Lateinamerika, hat im Rahmen seiner intimen Freundschaft mit dem guatemaltekischen Innenminister Rodil Peralta, diesem in der BRD die Türen geöffnet, damit er in den Genuß der Polizeihilfe kommt.

Das Ergebnis von 4 Jahren konservativer Mittelamerika-Politik ist also folgendes: Während sich die Aggressionen der USA gegen Nicaragua extrem verschärft haben, die Contras mit neuen 100 Mio Dollar ausgestattet wurden, El Salvador, Costa Rica und Honduras sich als koordinierende Ausgangsländer der Contra-Einsätze etabliert haben, hat die Bundesregierung ihre finanzielle Hilfe an Nicaragua eingefroren. Sie begleitet weitgehend die politischen Diffamierungskampagnen der USA gegen Nicaragua und deren Boykottpolitik.

Im Gegensatz dazu hat sich die politische Unterstützung der Regierungen von El Salvador, Guatemala, Costa Rica und Honduras ausgeweitet, in derem Rahmen El Salvador und Guatemala Hauptempfängerländer der bundesdeutschen Entwicklungshilfe geworden sind. Die extremen Menschenrechtsverletzungen in den beiden letztgenannten Staaten werden weitestgehend ignoriert oder dementiert. Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung wird als Guerillabekämpfung deklariert und damit als legitimes und unterstützenswertes Anliegen betrachtet.

Dies ist das Ergebnis einer Politik, die von folgender Prämisse ausgeht: „Die Sicherheit des Bündnisterritoriums ist unteilbar, weil die Bedrohung eine einzige ist.", so der verstorbene Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes im März 1985 in einem von ihm geschriebenen Aufsatz zur Krise in Mittelamerika. Nun weiß auch Mertes, daß Mittelamerika nicht zum Bündnisterritorium gehört und ergänzt: „Selbstverständlich erfordern auch Ereignisse in Zentralamerika die Kohäsion der NATO, damit auch die Solidarität der Europäer mit den USA."

Dies ist der Bundesregierung zweifelsohne gelungen, sodaß man/frau sich fragt, ob die jetzige Mittelamerikapolitik noch Neuheiten hervorbringen wird, die über die bisherigen Schocks hinausgehen.

Der neue Trend: nach rechts ist immer noch Platz...

Einigen Kräften in der Bundesregierung reicht es nicht, gegen die anfängliche Gegenwehr der FDP durchgesetzt zu haben, daß Nicaragua entwicklungspolitisch boykottiert wird. Die anfänglich von der FDP stark dominierte Diskussion um eine europäische Koordinierung der Mittelamerikapolitik, bei der Nicaragua in die EG-Hilfe einbezogen bleiben sollte, wird nun abgelöst durch Initiativen aus dem reaktionären Lager. Auf der Pressekonferenz von Carl-Dieter Spranger am 25. 9. 1986 nach seiner Mittelamerika-Reise verkündete dieser nicht zuletzt, daß ein so undemokratisches Land wie Nicaragua überhaupt keine Hilfe mehr erhalten solle. Auch nicht von der EG. Dafür wolle er sich einsetzen.

Die USA, die nicht nur beständig und erfolgreich die Contadora-Initiative zum Scheitern gebracht haben, hatten schon 1983 gegen die Integration Nicaraguas in die EG-Hilfe protestiert. Auf der Konferenz im Oktober 1983 in Costa Rica, wo sich die Contadora-Staaten mit den EG-Staaten getroffen hatten, wesentlich auf Initiative von Außenminister Genscher, löste ein Telegramm von US-Außenminister Shultz fast einen Skandal aus. Shultz hatte geschrieben, daß unter allen Umständen die EG-Hilfe an Nicaragua verhindert werden müsse. Es hat zwar lange gedauert, aber das seitherige US-Bemühen, auch der EG den US-Kurs für Mittelamerika zu diktieren, scheint nun Erfolg zu haben. Anfang Oktober kam eine Delegation des Europaparlaments aus Mittelamerika zurück. Der CDU-Abgeordnete Langes gab der Presse bekannt, man wolle sich entschieden dafür einsetzen, daß die EG-Mittel für Nicaragua gestrichen werden. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im EP dürfte diesem Begehren nichts im Wege stehen.

Noch erschreckender als das Durchpowern bundesrepublikanischer Nicaraguapolitik auf europäischer Ebene ist die zunehmende öffentlich werdende Sympathie für die antisandinistischen Terrorbanden der Contra in den Reihen der CDU und vor allem der CSU. Auch, wenn das Auswärtige Amt nicht müde wird, immer wieder zu betonen, daß die Bundesregierung die Contra weder politisch noch finanziell unterstützt, kann nichts darüber hinweg täuschen, daß die Stahlhelme in CDU und CSU eine systematische Lobbyarbeit für die Contra bereits organisieren. Das Ziel der kampagnenartigen Tätigkeit ist die Anerkennung der Contra als demokratische Alternative zum angeblich totalitären heutigen Nicaragua. Die bisherige Politik der Bundesregierung ist politisch mit den USA abgesprochen und koordiniert; sie verläuft in dem Sinn arbeitsteilig, daß mit den jeweils zur Verfügung stehenden Mitteln Gleiches erreicht wird; der Sturz der sandinistischen Regierung. Es gibt in diesem komplementären Programm nur einen Bruch: Das ist die unterschiedliche Haltung zur Contra und zu den Kriegsaktionen der USA gegen Nicaragua. Diese Lücke soll gefüllt werden.

Bisher herrschte innerhalb der Bundesregierung weitgehend die Auffassung vor, daß das militärische Vorgehen der USA gegen Nicaragua langfristig kontraproduktiv sei, da dadurch nur die Solidarisierung mit Nicaragua erhöht und die Politik der USA, und damit westliche Politik generell, diskreditiert werde. Da zudem für jeden ersichtlich ist, daß die Contra eine von außen installierte bewaffnete Gruppierung ist und aufgrund ihrer somozistischen Herkunft wenig einladend, war die Solidarisierung mit diesem Haufen wenig attraktiv, wollte man sich nicht selbst mit Dreck besudeln.

Man entschloß sich also zur Contra und zum US-Krieg zu schweigen, und diesen allenfalls zu begleiten und seine Effekte auszunutzen, indem man mit eigenen zivilen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen den Sturz der Sandinisten zu beschleunigen versuchte.

Mittlerweile sind jedoch einige Dämme gebrochen: Trotz der Massaker an der zivilen Bevölkerung in Nicaragua, blieb der Tatbestand, den man zur Kenntnis nahm: die Contra, wie auch immer agierend, ist eine extrem westlich unterstützte und politisch ausgerichtete Kraft. Und was man ihr zugute halten muß ist, daß sie an vorderster Front im Kampf gegen ein vermeintlich totalitäres kommunistisches Regime steht.

Der Wandel in der Haltung der Konservativen zur Contra fand schleichend und indirekt statt. Von vielen wird er kaum zur Kenntnis genommen, da man Schlimmes gewohnt ist und langsam abstumpft. Aber auf diesen Effekt hoffen sie bewußt, und das Ergebnis wird dann zu spät so manchen wundern. Anfänglich verändern sich die Begrifflichkeiten:

Spranger schlug auf seiner Pressekonferenz am 25. 9. 1986 vor, den Begriff „Contra" nicht zu verwenden, da es ein schlechtes Wort sei, und anstelle dessen von „politischer Opposition" in Nicaragua zu sprechen.

Der CDU-Abgeordnete Karl Lamers nannte am 13. 11. 1986 in der Bundestagsdebatte zur Contra-Unterstützung in der BRD (Große Anfrage der Grünen/Volmer vom 3. 7. 1986) die Contra eine „bunte Gruppe". Diese gerne verwendete Terminologie zielt darauf ab, den Eindruck zu erwecken, daß nicht die Contra als ganze, sondern nur bestimmte Gruppierungen und deren harte Kerne nicht salonfähig seien. Mit dem politischen Flügel, der „UNO", könne man zusammenarbeiten, und mehr noch, müsse man zusammenarbeiten, um ihn gegen die anderen Strömungen zu stützen. So gesehen, ist die Unterstützung der Contra insgesamt nur ein Zeitproblem, da sich irgendwann, laut Theorie, der moderate Flügel um Arturo Cruz und Robelo durchgesetzt haben wird, und dann die Contra-Unterstützung außer Zweifel steht.

Noch weiter geht Heiner Geißler, der

am 3. 11. 1986 auf einer Pressekonferenz sagte: „...obwohl es eine harte Entscheidung ist, nicht wahr, daß wir als christliche Demokraten die Contra nicht unterstützen..." Geißler bedauert diesen Entschluß, da seinerseits offensichtlich keine Zweifel am demokratischen Charakter der Contra existieren, es also lediglich ein strategisch-taktischer Schritt ist, die Terrorbanden nicht zu unterstützen.

Als indirekte Unterstützung des Contra-Terrors kann die Reaktion der Bundesregierung auf die Entführung von acht Bundesdeutschen in Nicaragua im Mai 1986 angesehen werden. Die Bundesregierung verurteilte statt des Contra-Terrors die Terroropfer selbst, da sie ihnen die Schuld für den Vorfall zusprach. Seit diesem Ereignis bemühen sich Regierungsmitglieder um eine Kriminalisierung der Protestierer und Botschaftsbesetzer nach der Entführung und versuchen Nicaragua-Reisende generell ins Umfeld krimineller und terroristischer Aktivitäten zu stellen.

Noch heftiger war die Reaktion der Bundesregierung auf die Ermordung des Freiburgers Berndt Koberstein im Sommer 1986. Es wurde der Eindruck vermittelt, als sei die sandinistische Regierung durch ihr unverantwortliches Verhalten an der Ermordung Schuld und als habe Berndt Koberstein selbst seine Ermordung durch seine Arbeit in den Kriegsgebieten geradezu provoziert.

Es gibt aus den Reihen der CDU/CSU aber auch eine Reihe von direkten Unterstützungsaktionen für die Contra. Einzelne Abgeordnete unterzeichnen öffentliche Aufrufe zur Contra-Finanzierung, der Fraktionschef der CDU/CSU, Dregger, traf sich im Mai 1986 mit dem Sprecher der Contra, Arturo Cruz, die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt indirekt finaziell Foren, auf denen die Contra auftritt und soll laut ‚Spiegel' auch direkt Geld an die Contra gegeben haben.

Insgesamt herrscht ein politisches Klima vor, in dem führenden Politiker von CDU und CSU, die den internationalen Rechtsterrorismus mit Leib und Seele unterstützen, zunehmend an politischem Raum gewinnen.

Sollte nach der Bundestagswahl die CDU/CSU allein die Mehrheit der Stimmen erlangen, so kann das offene Bekenntnis zur politischen Unterstützung der Contra in Zukunft als gesichert gelten. Das Ringen um deren politische Anerkennung als alternative Kraft zur sandinistischen Regierung auf internationalem Parkett ist dann nur ein Folgeschritt.

Die Haltung der SPD

Bleibt noch zu fragen, was die oppositionelle Sozialdemokratie diesem Treiben entgegenzusetzen hat. Ihre Ablehnung der Contra ist eindeutig, aber die Gesamtkonzeption ihrer Mittelamerikapolitik kann nicht als offensives Gegenkonzept gegenüber dem der Bundesregierung angesehen werden.

Je heftiger die sandinistische Regierung von den Rechten als totalitär und kommunistisch verteufelt wird, desto leiser wird die bundesdeutsche Sozialdemokratie. Die einstigen „Freunde" der Sandinisten gehen auf Tauchstation, besonders in Zeiten des Wahlkampfes. Geißlers Hetzkampagnen, die SPD sei die fünfte Kolonne Moskaus zeigen Erfolg: Indem sich die SPD zunehmend von den Sandinisten distanziert, will sie beweisen, was ohnehin jeder weiß: Die SPD ist nicht antiamerikanisch und steht fest in ihrer Politik zum westlichen Bündnis.

Haben die Sozialdemokraten früher die Demokratisierungsbemühungen der Sandinisten gelobt, stellen sie 1986 den Stillstand des Prozesses fest. Kritisieren sie heftigst die US-Kriegspolitik gegen Nicaragua, so folgt im darauffolgenden Satz die Kritik an die Sandinisten, weil sie die Oppositionszeitung „La Prensa" geschlossen haben. Gleichwertigkeit der Ereignisse? Nein. Sozialdemokratischen Ausgewogenheit. Vor lauter Sorge um den Aktionsradius der legalen Opposition in Nicaragua verliert die SPD aus dem Auge, daß in El Salvador oppositionelle Gewerkschafter erschossen und die Gefängnisse mit politischen Gefangenen und Mitarbeitern von Menschenrechtsorganisationen gefüllt werden. Die SPD bezeichnet Präsident Duarte, der heute mit Hilfe der USA einen brutalen Krieg gegen die Landbevölkerung führt, als „Demokraten". Leise sind sie geworden, die Sozialdemokraten im Falle El Salvador.

Gegenüber der christdemokratischen Regierung in Guatemala gibt es ebenfalls eine schleichende Annäherung und die Tendenz, dieser neuen Regierung eine gewisse Chance für den „Demokratisierungsprozeß" zu geben. Während die Menschenrechtsbeauftragen der Bundestagsfraktion die staatlichen Morde in Guatemala weiterhin benennen und verurteilen, stimmen die Außenpolitiker der Fraktion im Rahmen der Sozialistischen Internationalen die Stillhaltepolitik gegenüber Präsident Vinicio Cerezo ab.

Eine sozialdemokratisch dominierte Bundesregierung ab 1987 würde keinen grundsätzlichen Kurswechsel in der Mittelamerikapolitik vornehmen. Sie würde die Politik begradigen in ihrem Sinne, indem sie die Entwicklungshilfe an Nicaragua wieder aufnähme. Die Hilfe für El Salvador und Guatemala würde jedoch nicht eingestellt.

Insofern käme ihr die Rolle zu, die 1983 von Außenminister Genscher und der FDP erfolglos praktiziert wurde, nämlich zu verhindern, daß Nicaragua als einziges Land in Mittelamerika negativ sanktioniert wird. Diese defensive Position würde keineswegs das politische Kräfteverhältnis in Mittelamerika verändern; der politische Isolationsprozeß würde sich für Nicaragua nur verlangsamen.

Gaby Gottwald saß für die GRÜNEN von 1983-85 im Bundestag. Sie ist jetzt Mitarbeiterin der Fraktion. Schwerpunkt: Lateinamerika.

Entwicklungspolitik nach der Wende. Von Siegfried Pater und Torsten Striepke. Pad-Verlag, Postfach 120143, 4600 Dortmund 12, 1986, 221 Seiten, DM 19,80

„Und überall, so auch in Togo, haben wir die Beobachtung gemacht, daß die Einheimischen gewissermaßen idealisierte Erinnerungen an die relativ kurze Zeit der deutschen Kolonialherrschaft pflegen. Immerhin wird man sagen dürfen, daß die Deutschen unverhältnismäßig viel zur Erschließung der Länder für das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen getan haben."

Oh, du gute alte Kolonialzeit. Derjenige, von dem diese Worte stammen, ist nicht irgendjemand. Es ist der ehemalige Geschäftsführer der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung und jetzige Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Siegfried Lengl. Entnommen ist dieses Zitat aus dem jüngst erschienenen Buch „Entwicklungspolitik nach der Wende" und die, die den Strauß-Spezl so genüßlich zitieren, sind die beiden Journalisten und ehemaligen Entwicklungshelfer Siegfried Pater und Torsten Striepke. Es ist die erste zusammenhängende Untersuchung über die Politik des Warnke-Ministeriums.

Im relativ knapp gehaltenen historischen Teil zeigen die Autoren, daß Entwicklungshilfe zu keinem Zeitpunkt „Hilfe" im eigentlichen Wortsinn gewesen ist. Ihr ideologischer Ursprung liegt im US-Konzept der „Allianz für den Fortschritt" des damaligen Präsidenten J.F. Kennedy, und sie war gedacht als Eindämmungsinstrument der kubanischen, sprich kommunistischen, Revolution. Ein spezifisch deutsches Charakteristikum, die „Hallstein-Doktrin", überlagerte Kennedys Konzept und erschwerte letztendlich die Politik Bonn's gegenüber der Dritten Welt. Doch erst die sozialliberale Koalition warf die Gedanken des EG-Kommissars Hallstein von Bord und führte Kennedys Intention seiner ursprünglichen Bedeutung zu. Allerdings mit einer stark wirtschaftlich orientierten Variante. Schon damals, unter sozialdemokratischer Ägide, stand der Gesichtspunkt „Sicherung der Arbeitsplätze" in hoher Blüte, was die SPD heute nicht mehr wahrhaben möchte.

So weit, nicht unbedingt neu. Ja, man muß den Autoren dankbar dafür sein, daß sie altbekanntes ziemlich kurz abhandeln. Wichtig erschien ihnen wohl, darauf hinzuweisen, daß es eine gewisse Kontinuität zur heutigen entwicklungspolitischen Praxis gibt.

Doch wenden wir uns den bedeutsameren Teilen des Buches zu. Da ist zuerst einmal der klare und logische Aufbau zu erwähnen, der nicht unbedingt selbstverständlich bei dieser Art von Sachliteratur ist. Die Autoren untersuchen zunächst die Rahmenbedingungen, die die konservative Regierung vorfand. Dieser Grundstock („Erblast") mußte zunächst mit den eigenen philosophischen Grundlagen in einen relativen Einklang gebracht werden, um danach die entwicklungspolitischen Organisationen auf konservativen Kurs zu trimmen. In einem weiteren Kapitel wird anschließend ein ausführlicher Überblick über das wirtschaftspolitische Instrumentarium für die Durchführung gegeben. Das Buch schließt ab, mit einer Betrachtung zur multilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Vor allem zwei Begriffe sind es, die sich wie ein roter Faden durch die bundesdeutsche Entwicklungshilfe der letzten 4 Jahre ziehen: Politik-Dialog und Entkrampfung. Politik-Dialog, entlehnt dem Sprachgebrauch der EG-Bürokraten, ist ein „übergreifender Ansatz, der bestehende Verhandlungskanäle offensiver nutzt und neue Wege zur Durchsetzung eigener Entwicklungsvorstellungen und eigener Interessen im Rahmen eines koordinierten ordnungspolitischen Vorgehens beschreitet", so die Autoren. Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik wird in Zukunft nicht mehr allein dann tätig werden, wenn Projektvorschläge aus den Entwicklungsländern kommen, sondern den Ländern eigene Vorschläge unterbreiten. Zwischen echten Partnern, so das BMZ, sei eine offene Aussprache normal. Auf keinen Fall wolle man sich in die inneren Angelegenheiten der Länder einmischen; sie, die Länder, müßten allerdings verstehen, das die Bundesrepublik legitime Eigeninteressen wie den Abbau der Arbeitslosigkeit habe. Neben diesen wirtschaftlichen Aspekten wolle man auch eigene Vorstellungen „in bezug auf Land- und soziale Reformen, pluralistische Strukturen sowie die Beachtung der Menschenrechte als Rahmenbedingungen einbringen. Wie vorzüglich der offensive, „faire" Dialog funktioniert, dafür führen Pater und Striebke das Beispiel Tansania ins Feld. Unter dem Hinweis, daß bundesdeutsche Hilfe wegen der wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen Tansanias nicht effektiv sei, wurde dem Land die Finanzhilfe für 1984 und 1985 drastisch zusammengestrichen und die turnusgemäße Sitzung beider Länder im April 1984 einen Tag vor Aufnahme der Gespräche abgesagt. Erst als Tansania einen marktwirtschaftlichen Kurs einleitete, wurden die Gespräche wieder aufgenommen.

Stichwort „Entkrampfung": Das Eingangszitat von Lengl gibt schon die Marschrichtung an. Andere Unionsstrategen sehen es genauso, wenn auch ein wenig intelligenter. So spricht Köhler davon, daß durch die Kolonisation nicht nur Schaden entstanden sei, sondern „andrerseits, wurde dadurch auch eine Entwicklung im Sinne eines wertneutralen Vorgangs eingeleitet, die ansonsten unterblieben wäre". So ist es dann auch nur zu natürlich, wenn aufgrund dieses Geschichtsbildes der Minister die Devise ausgibt, daß die Bundesrepublik keine „Tributpflicht" leisten werde. Warum auch, wenn man sich nichts vorzuwerfen hat. Vielmehr setzt die Bundesregierung auf die Privatwirtschaft als allein selig machende Lösung für Entwicklung und Entschuldung der Dritten Welt, wobei Institutionen wie IWF, Weltbank und anderen die Rolle zufällt, diese Politik zu fördern und, wenn nötig, als Zuchtmeister aufzutreten.

Akribisch haben die beiden Autoren Aussage auf Aussage von Unions-Politikern zusammengetragen. Das den Worten dann auch die entsprechenden Taten folgen, zeigen sie, wenn sie sich in ihrem Buch den Entwicklungshilfeorganisationen und dem dazugehörigen Förderungsinstrumentarium annehmen. Welche Organisation macht was und wie greifen die Wendepolitiker in deren Geschäfte ein — so könnte man kurz und bündig zusammenfassen. Für mich der schwächste Teil des Buches, denn gerade hier hätte ich mehr erwartet, als viel altbekanntes in eine mehr oder minder chronologische Abfolge zu bringen. Dies kann aber nur die eine Seite der Medaille sein. Die andere ist, wie die Wende wohl auf die handelnden Menschen innerhalb dieser Organisationen wirkt; die „Schere im Kopf" der Mitarbeiter, deren Angst und wie sie sich mittlerweile überall ausgebreitet hat, weil mann/frau den Arbeitsplatz nicht verlieren möchte.

Sehr gut dann allerdings im Anschluß die Vorstellung des bundesdeutschen Förderungsinstrumentariums. Es ist schon beeindruckend, was sich im Laufe der Jahre da alles angesammelt hat. Trotz ihres Stoßseufzers („mittlerweile auf ein unüberschaubares Maß angewachsen"), gehen Pater und Striebke daran, zu zeigen, daß der Bundesregierung (fast) jedes Mittel recht ist, wenn damit deutsche Waren und Industrieanlagen in den Entwicklungsländern verkauft werden können. Da werden öffentliche Gelder mit kommerziellen Krediten gekoppelt (die sogenannten „Mischfinanzierungen") um anschließend als „Hilfe" ausgegeben werden zu können und die Lieferbindung durch die Hintertür wieder eingeführt (die es offiziell gar nicht geben darf). Da werden Grundbedürfnisprojekte gekippt, die dadurch freiwerdenden Gelder „reprogrammiert" und in Großprojekte gesteckt. Da wird der Bereich „Ländliche Entwicklung" neu definiert und ausgeweitet, sodaß sich auf einmal Übertragungsleitungen, Umspannwerke, (Klein-)Kraftwerke und andere Energieversorgungsprojekte in diesem Bereich wiederfinden.

Profitiert hat von dieser Entwicklung vor allem die Privatwirtschaft. Nach Meinung der Autoren setzt Warnke voll auf „diese Karte", die als „Allheilmittel für jedes Entwicklungsland" dienen solle. Hier sei auch der grundlegende Unterschied zur sozialliberalen Politik zu sehen: „Mehr Markt und weniger Staat". Warnke habe das gesamte Instrumentarium zwar nicht erfunden, dafür habe er es aber „konsequent ausgebeutet, verfeinert und vervollkommnet".

Fazit der Autoren: „Das BMZ bewegt sich in dem magischen Dreieck Eindämmung kommunistischer Vorherrschaft — eigene Wirtschaftsinteressen — Gesunderhaltung potentieller Abnehmer bundesdeutscher Produkte."

ph

Leserbrief

Grüne Wege aus der Verschuldung. Ein Diskussionspapier („Blätter" Nr. 137, November 86)

Werte Redaktionäre,
ihr hattet es für opportun befunden, in Eurem Schwerpunktheft zur Lösung der internationalen Schuldenkrise einen Artikel von Christian Hey abzudrucken. Der Abdruck will ebenso wie der Artikel selbst suggerieren, es handele sich hierbei um eine für die GRÜNEN wegweisende Abhandlung. Dem ist nicht so.

Die als Zeugin benannte BAG Wirtschaft ist sanft entschlafen, im AK Wirtschaft der Bundestagsfraktion billigen vielleicht einige Individuen Christians Ideen. Die Mitglieder der Dritte-Welt-AG der Fraktion, die sich seit drei Jahren federführend mit der Frage befassen, haben jede(r) für sich die Schrift nach Sichtung der Ablage zugeführt. Niemand verspürte das Bedürfnis, für eine intensivere Diskussion auf unserer AG-Sitzung zu plädieren. Ihr solltet diesem Umstand ein gewisses Gewicht beimessen, weil die Menschen der AG die treibende Kraft bei der Thematisierung des gesamten Problems und bei der Entwicklung von grünen Lösungsstrategien waren und sind. Die jeweils aktuellste Fassung unseres Positionspapiers wurde nicht nur quasi als offizielle Fraktionsmeinung akzeptiert, d.h. in Bundestagsreden und Anträgen verarbeitet. Sie diente auch als Grundlage bei der Konsensbildung in der BAG Internationalismus und umreißt die Grundlinien, die in die offizielle Wahlplattform der GRÜNEN eingingen.

Positionspapiere sind — vor allem bei der Lerngeschwindigkeit, die die Befassung mit einem neuen Thema mit sich bringt — immer provisorisch und erfordern ständig verbesserte Fassungen. Forderungen nach mehr Präzisierung und Konkretion sind jederzeit berechtigt. Es gibt aber so etwas wie „Falsche Konkretheit". Das Basteln und Tüfteln ist zwar bei den GRÜNEN eine verbreitete biedermeierische Attitüde, die gewöhnlich harmlos bleibt, weil folgenlos. Dort aber wo es den Anspruch erhebt, gleichsam politisches Rahmenkonzept selbst zu sein, statt lediglich ausgewiesene Konzepte mit Fleisch zu füllen, kann es ärgerlich werden. Dort, wo es die Reflexion von politischen Rahmenbedingungen und die grundlegende Entscheidung über eine Politikstrategie ersetzen will, gerät es zum technokratisch-reformistischen Politikkonzept. Damit wäre es besser im Diskurs einer andere Partei aufgehoben.

Der Rahmenplan muß stimmen, bevor mensch in technische Details geht. Gerade was die Verschuldungskrise angeht, kommt es zum heutigen Stand der Auseinandersetzungen auf ganz andere Fragen an. Es war doch gerade ein politischer Erfolg der GRÜNEN, daß sie das Thema der Stoltenbergschen Finanztechnik entrissen und als politisches durchgesetzt haben. Warum jetzt die Verengung auf alternative Technik? Daß die Vertreter/innen der Betroffenen (?) ebenfalls technisch diskutieren, beweist nicht den führenden Stellenwert technischer Argumentation, sondern ist Indiz für ihre Schwäche. Dem müssen nicht auch die GRÜNEN noch Vorschub leisten. Dies will ich hier nicht weiter ausführen. Doch biete ich der Redaktion an, mir mal ein schönes Wochenende in Freiburg zu machen um mit ihr ein Hintergrundgespräch über diese Frage zu führen und unsere Positionen im Detail zu erläutern.

Dann werdet umgekehrt Ihr mir vielleicht auch erläutern können, warum Ihr die neueste Fassung unseres Positionspapiers, das die von Euch kritisierte zwei Jahre alte Version ablöst und verbessert, nicht abgedruckt habt. Wir hatten Euch das Papier und einen darauf aufbauenden Antrag für die Bundestagsdebatte zur letzten Jahrestagung von IWF und Weltbank rechtzeitig zugesandt.

Ein Abdruck dieses Papiers hätte die Leser Eures Blattes nicht mit irgendeiner, sondern der authentischen grünen Position versorgt, was der Vorbereitung des BUKO-Kongresses etc. förderlich gewesen wäre. Zum zweiten hättet Ihr damit vielleicht tatsächlich eine Debatte über die grünen Vorschläge in Gang setzen können, was ich sehr begrüßt hätte. Euer jetziger Schachzug aber lohnt nicht mehr als diese formale Antwort.
In Solidarität

Ludger Volmer, MdB Die GRÜNEN



Botschaft vom Weltwährungsfonds: „Du siehst, die Zukunft des Finanzsystems hängt von dir ab"

Dementi

Der einleitende Vorspann zu meinem Artikel „Grüne Wege aus der Verschuldung", Blätter Nr. 137, stammt nicht von mir. Er enthält falsche Angaben und erweckt einen falschen Eindruck.
1. Das Papier ist ein persönliches Diskussionspapier und stellt weder „Grüne Wege aus der Verschuldungskrise" noch den Diskussionsstand irgendeines grünen Gremiums dar.
2. Ich bin nicht in der BAG Wirtschaft, sondern Mitarbeiter des Arbeitskreises Wirtschaft der GRÜNEN im Bundestag.
3. Das Papier ist bisher in keinem offiziellen GRÜNEN-Gremium diskutiert worden.

Christian Hey

Kurz belichtet

Und sie bewegt sich doch...
II. Vernetzungstreffen von AGISRA in Frankfurt vom 21.-23.11.1986

— ar — Beim 2. Treffen gegen Frauenhandel und Prostitutionstourismus trafen sich wieder ca. 60 Frauen, die in der Zwischenzeit unterschiedlich intensiv zum Thema gearbeitet haben („Blätter" Nr. 136 berichteten über die Vereinsgründung). AGISRA-Lokalgruppen wurden u.a. in München, Hamburg und Frankfurt gegründet. Durch Beratungsangebote, Aktionen und Stammtische versuchen sie, mit betroffenen Frauen in Kontakt zu treten.

In Frankfurt sind mehrere Organisatorinnen dabei, ein Büro für das geplante Koordinations-, Informations- und Beratungszentrum einzurichten, das Ende Januar offiziell eröffnet werden soll. Primäre Aufgabe des Büros wird die Unterstützung und Integration aller lokalen AGISRA-Gruppen sein.

Die Aufgaben des Büros im Detail sind:
- Aufbau eines Archivs
- Veranstaltung und Anregung von Bildungsseminaren
- Vermittlung von Referenten und Anwältinnen
- Kontakte zu Frauengruppen in der 3. Welt
- Hilfe zur Selbsthilfe betroffener Frauen in Frankfurt.

Am Samstag berichtete Frau Agnes Mendoza-Urban, Leiterin des Philippinen-Zentrums in Köln und seit 1972 hauptamtliche Mitarbeiterin der Beratungsstelle für Filipina(o)s des Diözesan Caritasverbandes, ebenfalls in Köln, von der Situation der Filipinas hier in Deutschland. Die Frauen wurden ehemals mit 2-Jahres-Zeitverträgen angeworben, in Krankenhäusern zu arbeiten. 97 % der Filipinas hatten ihre Familie verlassen, 80 % blieben endgültig in Der BRD. In Hessen z.B. sind 4.000 Filipinas mit deutschen Männern verheiratet, aber nur 150 Filipinos mit deutschen Frauen.

Die Schwerpunkte ihrer Arbeit legt Frau Mendoza-Urban auf die Bereiche Öffentlichkeit, Bildungs- und Freizeitveranstaltungen, Zusammenarbeit mit ähnlichen Stellen anderer Caritasverbände, Kontakte zu philippinischen Frauengruppen und Unterstützung von Selbsthilfegruppen wie in Würzburg, Saarbrücken und Köln.

Ein weiteres Referat hielt Claudia Schöning-Kalender, Vorsitzende der IAF Mannheim-Ludwigshafen und Lehrbeauftragte an der Uni Tübingen (Arbeitsschwerpunkt: Frauenhandel) zum Konflikt zwischen Sozialarbeit und politischer Arbeit.

Des weiteren wurden verschiedene Themen in Arbeitsgruppen diskutiert; abends gab es Videos über Frauen in Asien.

Alle interessierten Frauen sind zur Mitarbeit aufgerufen. Von der Verwirklichung der Netzwerkidee wird es abhängen, ob AGISRA einen neuen Schritt der Frauenbewegung darstellt hin zu konkreter Solidarität mit Frauen aus der 3. Welt. Eine Solidarität, die sich sowohl der Situation betroffener Frauen in der BRD annimmt als auch die Belange aktiver Frauengruppen in der Dritten Welt mit einbezieht.

„Kandidaten wählen, die für Asylrecht eintreten"

— Hai — Das Kinderhilfswerk terre des hommes hat die Bundesbürger dazu aufgerufen, bei der Bundestagswahl im Januar solche Kandidaten zu wählen, die für die Verwirklichung des Grundrechts auf Asyl und für eine menschliche Behandlung der Flüchtlinge eintreten. In der Erklärung, die terre des hommes am Donnerstag (20. November) aus Anlaß des Jahrestages der UN-„Charta des Kindes" in Osnabrück abgab, bezeichnete das Kinderhilfswerk die bundesdeutschen Abschreckungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge als „unmenschlich".

Die „Charta des Kindes", die auch die Bundesrepublik unterschrieben hat, wurde 1959 von den Vereinten Nationen verabschiedet. Darin wird unter anderem festgelegt, daß Kinder sich „gesund und natürlich in Freiheit und Würde körperlich, geistig, moralisch, seelisch und sozial" entwickeln können müssen. Das Kind habe das Recht auf „ausreichende Ernährung, Wohnung, Erholung und ärztliche Betreuung". Diese Grundsätze sieht terre des hommes durch die bundesdeutschen Maßnahmen gegen den Zuzug von Asylsuchenden verletzt. Die Flüchtlingskinder litten unter Ghettosituationen in den Sammellagern, unter der Bevormundung durch die Behörden, unter dem Arbeitsverbot ihrer Eltern und unter der völligen Ungewißheit über ihre Zukunft.

Darüber hinaus bemängelte das Kinderhilfswerk, daß die Darstellung der Asylsuchenden in der Öffentlichkeit als Gefahr für die Bundesrepublik sowohl den Tatsachen als auch der „Charta des Kindes" widerspreche. Kinder sollten der Charta zufolge der Freundschaft zwischen den Völkern erzogen werden. Die hiesige Asyldebatte laufe jedoch für die bundesdeutschen Kinder und Jugendlichen auf eine Erziehung zur Fremdenfeindlichkeit hinaus.

terre des hommes betonte, daß es kaum „Mißbrauch" des Asylrechts gebe. Die Bürger würden falsch informiert und sollten mit „politischen Zahlen" über den angeblichen Flühtlingszustrom in Angst versetzt werden. Es wäre erschreckend, wenn man mit einer solchen Politik tatsächlich Wähler gewinnen könnte, erklärte das Kinderhilfswerk.

■

Aufgespießt

Langsam aber sicher reicht's. Das Asylantenproblem hat in Mainburg einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach zig Ladendiebstählen, aus Wut zertrümmertem Mobiliar und Fenstern nun der Gipfel: Mit Gewalt versuchen Ghanesen und Libanesen eine Änderung in der Mahlzeitenregelung herbeizuführen, statt Mahlzeiten will man Verpflegungsgeld kassieren. Warum fackelt man da lange und schickt sie nach Tätlichkeiten nicht sofort wieder zurück in die Heimat. Weit besser wäre da sicherlich, solchen Friedensstörern überhaupt kein Asyl zu gewähren...
Menschenrecht und -würde einmal hin oder her, es muß endlich etwas geschehen, zugeschaut hat man lange genug. Vielleicht brächte die Regierenden ein Kurzurlaub im Mainburger Asylantenheim auf die richtigen Gedanken. Bisher ging es nur um Mobiliar im Asylantenheim, jetzt geht es um Hab und Gut der Bevölkerung. Denn Hand aufs Herz: In Mainburg muß man langsam richtig Angst haben, alleine auf die Straße zu gehen. Wer weiß, wozu die Schwarzen nach den jüngsten Vorfällen noch in der Lage sind.

Aus einem Kommentar der „Hallertauer Zeitung" aus Mainburg bei Landshut in Bayern.

Laura Pinto frei

-ph- Die evangelische Studentengemeinde Bochum hat uns gebeten, darauf hinzuweisen, das Laura Pinto vom Mütterkomitee COMADRES und Miguel Angel Montenegro vom nichtstaatlichen Menschenrechtskomitee CDHES von den salvadorianischen Sicherheitsbehörden freigelassen wurden (s. „Blätter" Nr. 135).

Die anderen Menschenrechtler befinden sich jedoch weiterhin in Haft. Ihre Namen: Herbert Ernesto Sanabria, Rafael Antoniol Terezon Ramos, Reinaldo Blanco Rojas, Reina Isabel Hernandez und Gregoria Paises Vides. Die Protestbriefe sind zu richten an (1,60 DM Luftpostporto):

1. Presidente
   Napoleon Duarte
   Casa Presidencial
   San Salvador
   El Salvador C. A.
2. Ministro de Defensa
   Centro de Gobierno
   San Salvador
   El Salvador C. A.

Fluchtburg Berlin

Am 9. Oktober 1986 hat der Berliner Senat den Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem Libanon aufgehoben und bereitet seitdem Abschiebung und Ausweisung von ca. 2.000 Menschen vor: Pässe werden eingezogen, Flüchtlinge aufgefordert, Flugtickets zu kaufen, Fotos, Papiere und Unterschriften für Paßverlängerungen vorzulegen.

Die Aufhebung des Abschiebestops ist zu sehen auf dem Hintergrund des Beschlusses der Innenminister der Länder, Abschiebungen auch in Krisengebiete durchzuführen. Damit wurde der Schutz der Flüchtlinge durch die Genfer Flüchtlingskonvention und den Paragraphen 14 Ausländergesetz — Verbot der Abschiebung von Flüchtlingen in Länder, in denen ihr Leben, ihre körperliche Unversehrheit und Existenz bedroht sind — schlicht abgeschafft. Man muß davon ausgehen, daß die Abschiebung libanesischer Flüchtlinge der Beginn der Abschiebung aller „Geduldeten" bedeutet, also jener, die zwar nicht als politische Flüchtlinge anerkannt wurden und werden, die aber Aufgrund der Situation in den Herkunftsländern nicht abgeschoben werden.

In Berlin hat sich gegen diese Praxis Widerstand formiert — ausgehend von verschiedenen Gruppen und der Alternativen Liste wurde die Aktion Flüchtlingsburg Berlin ins Leben gerufen. Diese Aktion will sich nicht auf den Protest beschränken, sondern nötigenfalls direkt die Abschiebungen verhindern, d.h. die von den Abschiebungen Betroffenen vor den staatlichen Vollzugsorganen verstekken.

Sofern Sie in Berlin leben: beteiligen Sie sich an der Aktion Fluchtburg Berlin. **Informationen bekommen Sie: AI Berlin, Badensche Straße 29, 1000 Berlin 31.**



Zum Nachdenken anregen möchte eine von 15 Stuttgarter Gruppen angemietete Plakatwand am Wilhelma-Theater. „Mit dem Thema Asyl wird Wahlkampf gemacht und das Grundrecht auf Asyl droht im Parteienstreit zerrieben zu werden " so die Initiatoren der Aktion. Die Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft hätten deutlich gezeigt, wie wichtig es sei, daß politisch verfolgten Menschen Asyl gewährt werde.

„Hosen runter, Herr Abgeordneter"

-ph- Einen Leitfaden zu einer „Kleinanzeigenaktion" im Rahmen der „Kampagne gegen Rüstungsexporte" haben die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) zur Bundestagswahl 1987 erstellt. Auf vier DIN-A-4-Seiten werden Forderungen zur Veröffentlichungspflicht von Rüstungsexportgeschäften erläutert und Schritte beschrieben, wie Kleinanzeigen zu Rüstungsexporten im Rahmen des Wahlkampfes (und darüber hinaus) in Zeitungen, Zeitschriften etc. eingebracht werden können sowie konkrete Anzeigentexte vorgestellt. Wahlkampfzeit, so die Organisationen der Aktion, sei eine gute Gelegenheit, Probleme mit Politikern zu diskutieren und Forderungen zu stellen. Der Leitfaden ist kostenlos erhältlich bei:

Bundesstelle BDKJ —
Referat für Entwicklungsfragen,
Carl-Mosters-Platz 1,
Postfach 32 05 20, 4000 Düsseldorf

Peruanische Säbel

-ph- Den vollständigen Stopp bundesdeutscher Rüstungsgüter nach Peru forderten die GRÜNEN Anfang Oktober im Bundestag. Ihren Angaben zufolge soll der Andenstaat im Zeitraum von 1979-1983 Militärgüter im Gesamtwert von 240 Millionen Dollar aus der Bundesrepublik bezogen haben.

Die peruanische Marine kann mit Unterseebooten der HDW Kiel abtauchen und der gute Stern aus Untertürkheim leuchtet in Form von Militärlastwagen und Unimogs vom südlichen Sternenhimmel. Zum Schutze der Bevölkerung sind Radpanzer des Typs UR.-416, eine Gemeinschaftsproduktion von Daimler-Benz, Thyssen und Krauss Maffei, im Einsatz. Für Treffergenauigkeit sorgen die, die (fast) überall ihren Finger am Abzug haben: die Oberndorfer Heckler & Koch mit dem Qualitätsgewehr G-3.

Für den FDP-Abgeordneten Beckmann stellt dies alles kein Problem dar, denn „Tatsache ist zum Beispiel, daß der größte Einzelposten in letzter Zeit ein Verkauf von 500 Ehrensäbeln an die perualische Armee war."

In Peru sind nach Angaben einer vom Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel geleiteten Menschenrechtskommission seit 1980 mehr als 7000 Opfer zu beklagen, mehr als 2000 Personen gelten als Verschwunden, zahlreiche Frauen sind vergewaltigt worden und Mord und Folter sind alltäglich. Peru müsse, so der grüne MdB Volmer, als eines der Länder mit den schlimmsten und gravierendsten Menschenrechtsverletzungen gelten. Er verlangte, daß die Bundesregierung endlich die Enzelheiten über Art und Umfang der Lieferungen offenlegen solle und sich nicht lapidar hinter der Formel „Geschäftsgeheimnis" verschanzen, denn, so Volmar weiter, ein großer Teil der Menschenrechtsverletzungen erfolge immerhin mit deutschen Waffen.

Dazu der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Grüner, in der gleichen Debatte: „...Daß es wirklich eine Illusion wäre, anzunehmen, daß es dann, wenn es etwa keine deutschen Gewehre gegeben hätte, deren Lieferung nach Peru in den vergangenen Jahren genehmigt worden ist, in Peru Gewehre, mit denen geschossen wird, nicht gäbe. Deshalb ist es wirklich eine Verfälschung der Realität, die Debatte sozusagen am Instrument aufzuhängen und den Eindruck zu erwecken, der Einsatz des Instruments sei eigentlich ursächlich für das Unglück."

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach Angaben des Wirtschaftsministeriums 1985 für 27.989 Milliarden Mark Rüstungsgüter in insgesamt 152 Länder exportiert. „Eine Veröffentlichung der einzelnen Empfängerländer hält die Bundesregierung aus politischen Gründen für unangebracht."



Rezension

Ansgar Skriver:
Zu viele Menschen?
Die Bevölkerungskatastrophe ist vermeidbar
Serie Piper, München, Zürich 1986, 208 Seiten, DM 12.80

Kaum ein anderes Thema in der entwicklungspolitischen Diskussion ist mit so vielen Vorurteilen und versteckten Ängsten besetzt, wie die Problematik des Bevölkerungswachstums. Auf der einen Seite apokalyptische Propheten, die vor allem in den 60er Jahren in den USA stark vertreten waren. Sie warnen vor einer Übervölkerung, vor einer Überflutung der Erde durch Menschen, vor daraus folgenden Hungersnöten u.ä. Auf der anderen Seite stehen die Vertreter der neueren Diskussion, die im Bevölkerungswachstum sogar die Chance zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung sehen. Die sachgerechte Information zu diesem Thema ist im allgemeinen nur gering verbreitet, gerade auf diesem Gebiet triumphiert, auch bei „aufgeklärte" Leuten, die Angstmacherei und/oder die Ideologie.

Um eine mögliche „Wissenslücke" zu schließen, empfiehlt es sich, A. Skrivers Buch: „Zu viele Menschen?" zu lesen. Er bietet interessante und zumeist sachgerechte Informationen, die viele der gängigen Klischees entlarven. Sein Buch läßt sich grob in drei Teile untergliedern.

Im ersten Teil stellt er die beiden theoretischen Positionen dar, die die gegenwärtige Diskussion prägen. Dies ist zuerst der traditionelle, modernisierungsorientierte Ansatz, der sich auf die Formel: „Bevölkerungswachstum führt zu Armut und Unterentwicklung" bringen läßt. Der Gegenpart dazu lautet: „Armut und Unterentwicklung führen zu Bevölkerungswachstum." Skriver bezieht sehr deutlich für den zweiten Ansatz Stellung und räumt auch kulturellen Faktoren einen gewichtigen Platz ein. Dies erscheint sinnvoll, wird doch hier „Entwicklung" nicht nur als bloße westliche Nachahmung begriffen, der die Menschen durch ihre große Kinderzahl im Wege stehen. Auch das „Menschenrecht" auf eine Selbstbestimmung der Kinderzahl durch die Eltern wird bei ihm hervorgehoben. Seine Kapitelüberschrift „Ein Menschenrecht, das noch unter die Menschen soll", zeigt aber auch, wie es in der Wirklichkeit darum bestellt ist. Es glingt ihm, ein sehr differenziertes Bild der Materie zu zeichnen, das vereinfachende Aussagen nicht mehr zuläßt. Er entlarvt das Trugbild, daß die Menschheit nicht mehr ausreichend ernährt werden kann ebenso, wie er auf die negativen Folgen hinweist, die eine große Kinderzahl auf die Gesundheit der Mütter und Kinder in den Entwicklungsländern hat. Von diesem Ansatz ausgehend weist er auch auf Lösungsmöglichkeiten hin. Sozialtechnische Maßnahmen, wie beispielsweise eine bloße Bereitstellung von Verhütungsmitteln, werden von ihm abgelehnt. Für ihn ist das Problem nur durch einen umfassenden Entwicklungsansatz zu lösen. Dieser muß neben der Familienplanung auch die Probleme „sozialer Ungerechtigkeit, mangelnder Chancengleichheit, ungleicher Verteilung von Einkommen und Vermögen" mitberücksichtigen (39).

Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit einzelnen Länderbeispielen. Sehr gelungen ist dabei seine Auswahl, weil sie nicht nur die bekannten Problemländer der Dritten Welt umfaßt, wie China, Indien und Bangladesh, sondern auch die Diskussion in den Industriestaaten mit ins Spiel bringt. Diese wird nämlich unter umgekehrten Vorzeichen geführt: Wie bringe ich die Menschen von Staatswegen aus dazu, mehr Kinder zu bekommen? Der Gedanke, daß hier zweierlei Maß mit ihm Spiel ist, wird später noch einmal von ihm aufgegriffen.

Den letzten Teil seines Buches widmet der Autor den verschiedenen Trägern und Akteuren im Bereich der Bevölkerungspolitik. Neben der Haltung der Kirchen steht die Rolle der USA, als größter Geldgeber für internationale Organisationen im Vordergrund. Ein Eklat kündigte sich auf der 2. Weltbevölkerungskonferenz 1984 in Mexiko an, als die USA forderten, daß mit ihren Geldern keine Programme oder Maßnahmen gefördert werden dürften, die für Abtreibungsmaßnahmen gedacht sind. Diese Haltung ist zunächst unverständlich, da Abtreibungen in den USA selbst legal sind. Skriver weist aber auf die innenpolitische Dimension des Themas hin und zeigt, daß der Wandel durch den gestiegenen Einfluß konservativer Abtreibungsgegner auf die Administration und auf den Präsidenten zu erklären ist.

Im letzten Kapitel seines Buches versucht er dann, auf die seiner Meinung nach grundlegenden Ursachen des Problems der Bevölkerungsentwicklung einzugehen. Denn nicht die Tatsache, daß die Menschen sich vermehren, sondern die Perzeption darüber ist für ihn entscheidend. „Unser Denken, die Unterentwicklung sei durch das Bevölkerungswachstum verursacht, ist selbst eine Katastrophe. Die daraus erwachsene Praxis, Schiffsladungen von Pillen und Kondomen in die Dritte Welt zu verschicken, ohne wirkliche Bereitschaft, die Lebensumstände, Interessen und kulturellen Bedingtheiten der Adressaten zu ergründen und zu verstehen, hat sich als Fehlschlag oder allenfalls als ein Tropfen im Meer der Tränen herausgestellt, und die in China angewandten Methoden lehnen wir ab, begrüßen ihre Ergebnisse jedoch sehr."(185). Damit entlarvt er den so oft beschworenen Dialog der Partnerschaft zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern als „humanitär verbrämten Egoismus". Denn gerade hier gibt es offensichtlich zweierlei Maß: „hier ‚Familienpädagogik' zwecks Vermehrung, damit Amerikaner, Schweizer oder Deutsche ja nicht ‚aussterben', dort Einsatz von ‚Technik' zwecks Verminderung, das blockiert jegliche Partnerschaft." (191). Denn nach fast 20jähriger Erfahrung im Bereich Bevölkerungspolitik ist deutlich geworden, daß Erfolge nur dann zu erzielen sind, wenn eine „Entwicklung" stattfindet, die breiten Massen der Bevölkerung zugute kommt.

Kein Buch ist frei von Mängeln, auch das von Skriver nicht. Am meisten mißfällt mir, daß dem Buch ein roter Faden fehlt. Die einzelnen Kapitel haben teilweise keinen inneren Bezug zueinander. Das verbindende Element wird erst im letzten Kapitel in Form einer umfassenden Kritik an den bisherigen Maßnahmen, ausgebreitet. Das Problem scheint mir darin zu liegen, daß Skriver über zuviel Informationen verfügt, deren systematischen Vermittlung ihm jedoch Schwierigkeiten bereitet. Zudem kommen oftmals noch Aspekte mit hinein, die zwar interessant sind, die aber mit dem Thema nicht unbedingt etwas zu tun haben. Ein gutes Beispiel hierfür ist Kapitel 8: „Der Krieg als Bevölkerungsregler". Was als interessante historische Abhandlung über die Rolle von Kriegen als Bevölkerungsregulator für den Adel beginnt, wird am Schluß auf die Neuzeit übertragen. Skriver wechselt dabei aber blitzschnell die Perspektive und landet bei der These, daß Kriege heute ein Ersatzfunktion für innenpolitische Konflikte darstellen können. Das mag alles interessant und richtig sein, doch fragt man sich nach dem Sinn dieser Ausführungen in diesem Zusammenhang. Ebenfalls bedauerlich ist, daß medizinische Aspekte nicht die notwendige Beachtung finden. Gerade bei einem Mittel wie Depo-Provera, daß aufgrund seiner medizinischen Nebenwirkungen in der BRD verboten ist, sollten diese Punkte zur Sprache kommen. Denn die Anwendung des Mittels in Entwicklungsländern ist unter solchen Gesichtspunkten mehr als bedenklich geworden.

Neben inhaltichen Mängeln, gibt es auch formale „Mißstände". Daß Journalisten das Zitieren nicht erfunden haben, damit muß man sich auch bei ihm abfinden. Daß allerdings Literaturlisten jetzt zur bloßen „Legitimationsfunktion" entarten, und nichts mehr mit dem jeweiligen Kapitel zu tun haben, obwohl sie dies vorgeben (z.B. Kap. 3), erscheint mir erstens Sinn-los und erschwert zweitens eine weiterführende Arbeit mit dem Buch. Schade. Auch ein Index wäre bei der Fülle der Informationen angebracht gewesen. Trotz dieser Mängel ist es Skriver gelungen, ein kritisches und zugleich sehr differenziertes Buch über diese Materie zu schreiben. Er liefert eine brauchbare Überblicksdarstellung, die einen guten Einstieg in diese komplexe Problematik gestattet.

Christian Wagner

Eine beispiellose Geschmacklosigkeit

Zur südafrikanischen Fernsehserie „Shaka Zulu" im ZDF



Seit Jahren rufen die UN zu einem weltweiten Kulturboykott Südafrikas auf — Kultur im weiteren Sinne gemeint: gegen Sportveranstaltungen, Wissenschaftleraustausch, gegen Auftritte südafrikanischer Künstler, soweit sie entweder unverhohlen das weiße, das rassistische Regime in Pretoria verkörpern oder aber, wie in seltenen Fällen, als nicht-weiße Gruppen meist des Show-Geschäftes, als Alibi für die kulturelle „Liberalität" des Regimes dienen sollen.

Weltweit sind Kulturorganisationen, Schriftsteller- und Journalistenverbände, Vereinigungen demokratischer Wissenschaftler, Kommunalverwaltungen, Kirchen und zahlreiche Regierungen diesem Aufruf gefolgt. Die wenigen westlichen Regierungen, die mit dem Apartheid-Regime Kulturabkommen unterhielten, kündigten diese, sei es unter dem Druck der Öffentlichkeit, sei es aufgrund politischer Vernunft. Zuletzt, als die übliche Hinhaltetaktik der Bundesregierung die Bundesrepublik zum einzigen Land der Welt machte, das mit Pretoria noch offizielle Kulturbeziehungen unterhielt, zuletzt, aber immerhin, kündigte auch 1986 die Bonner Regierungskoalition das Kulturabkommen mit Südafrika.

Dies, denke ich, müßte auch den Programmverantwortlichen des ZDF Mainz bekannt sein. Aber niemand in den Aufsichtsgremien, in den Chefetagen am Lerchenberg, verhinderte, daß nun an zehn hintereinander folgenden Freitagen, zur besten Werberahmenzeit, vom 24. Oktober bis 19. Dezember, die südafrikanische Serie „Shaka Zulu" ausgestrahlt wird. Die Verfilmung der Geschichte des legendären Zulu-Königs Shaka, bis zu seiner Ermordung durch seinen Halbbruder im Jahre 1828, ist eine Co-Produktion der South African Broadcasting Corporation, SABC, der englischen Firma Harmony Gold (welch' passend-zynische Ironie im Namen einer Filmgesellschaft angesichts der wenig harmonischen, aber umso blut- und tränenreicheren Geschichte des südafrikanischen Goldes) und der Tele München.

Eine derart direkte Zusammenarbeit einer bundesdeutschen Fernsehanstalt mit der SABC Johannesburg ist, auch angesichts der Monumentalität des Produktes, bislang einmalig und gewiß, angesichts der weltweiten Forderungen für Sanktionen, angesichts von Ausnahmezustand, von Bann und Zensur gegen jede auch nur andeutungsweise Form von Kultur und Journalismus in Südafrika, eine der unglaublichsten Unverfrorenheiten, die eine öffentlich-rechtliche Anstalt sich je mit einer Kultureinrichtung einer Didaktur, einer an Barbarei nicht mehr zu überbietenden Regierung geleistet hat: South African Broadcasting Corporation ist die Inkarnation dessen, was man einen Propagandasender nennen kann — die konkurrenzlose, von keiner demokratischen, keiner oppositionellen Kraft zu kontrollierende Stimme Pretorias, ein raffiniert aufgemachter Staatssender zur permanenten Indoktrination der Weißen wie der Schwarzen Südafrikas mit häufig brilliant gemachter Apartheid-Ideologie; Diffamierung der Opposition, der südafrikanischen Frontstaaten, und von allen, was, wo auch immer in der Welt, den Burenfanatismus zu kritisieren wagt.

Allein das generelle Konzept, die Funktion dieser Anstalt als alles beherrschender Mediengigant für die Apartheid, würde reichen, eine Kooperation in einer bundesdeutschen Anstalt für indiskutabel zu halten.

Aber etliche Gründe mehr böte die zehnteilige Serie „Shaka Zulu" selbst, vorausgesetzt, es fände sich in der für Vorabendserien zuständigen Abteilung des ZDF jemand, der das nötige politische Gespür hätte, die Hintergründe einer solchen Produktion zu untersuchen.

Warum steckt SABC, als getreue Stimme Pretorias doch immer von der Überlegenheit weißer Werte überzeugt, Millionen Rand ausgerechnet in die Verfilmung eines schwarzen Mythos, einer schwarzen historischen Führerfigur?

Shaka Zulu war der Begründer der Zulu-Nation, über ein halbes Jahrhundert das mächtigste Völkergebilde im Südlichen Afrika, bis auch die Zulus 1880 von Briten und Buren schließlich besiegt, und unterworfen waren.

In den farbenfrohen Vorankündigungen der Serie in den Fernsehzeitschriften wurde immer wieder betont, daß aus dem einst kriegerischen Volk ein heute friedlicher Stamm der schwarzen Südafrikaner geworden sei.

Die Wirklichkeit ist ein wenig komplizierter: Shaka und seine Nachfolger als Zulu-Könige, Dingane, Mpande und Cetshwayo, wurde von Buren und Briten mit Tricks, Lügen und Gewalt jenes gewaltige Land Natal abgeluchst, in dem heute Industriezentren wie Durban und landwirtschaftliche Monokulturen weißen Reichtum vermehren. Dazwischen, wie eine handvoll Splitter auf der Tischdecke, die in sich unzusammenhängenden Landsprengsel von KwaZulu, den öden, unfruchtbaren Landresten, die die weiße Minderheit den Nachfahren von Shaka als homeland, als „Heimatland", zugeteilt hat. In ihm trohnt, machtlos, eine Marionette von Pretorias Gnaden, mit einem Leopardenmäntelchen behängt wie seine Ma-

rionettenkollegen aus den übrigen neun „homelands", der Ciskei oder der Transkei, der „rechtmäßige Zulukönig" Zwelinthini, dem die weißen Machthaber, damit er die drittklassige Komödie besser schlucke, einen 280 SE aus Untertürkheim vor den Palast gestellt haben.



Wer als Landarbeiter, Hauspersonal oder in Minen und Fabriken gerade nicht gebraucht wird oder zu alt, zu abgearbeitet ist vom sechs-Millionen-Volk der einst stolzen Zulus, drängt sich krank, arm und vom Elend in den Suff getrieben, in den Hügeln KwaZulus herum. Was Arme, was Beine hat, verdingt sich in den Minen, den Industriezentren und lebt — was schreibe ich, vegetiert —, ohne Familie in den Hostels, den endlosen Barackenreihen der schwarzen Arbeitermassen ohne permanentes Wohnrecht in den städtischen Ghettos wie Alexandra, Soweto oder Guguleto.

Davon ist in den Werbetexten des ZDF, in denen die 20 Millionen-Rand-Schnulze als filmische Großtat alleine wegen der tausende von Zulu-Statisten hochstilisiert wird, davon ist im farbenfrohen Massengewoge TV-gerechter Schwarzer nichts zu lesen, nichts zu merken.

Doch das ist ja nur eine Seite der Verschleierung politischer Zustände in Südafrika anhand einer Fernsehserie.

Der wirkliche „Führer" der Zulus, so zumindest definiert er sich selbst und so präsentiert ihn Botha, und Botha präsentiert ihn gerne als vertrauensvollen schwarzen Partner eines künftigen Südafrika, der „Chief" der Zulus ist heute ein Mann namens Gathsa Buthelezi. Seine „schwarze Kulturbewegung" Inkhata wird von der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU finanziert, bei seinem jüngsten Besuch in Bonn wurde er herumgereicht zwischen Wirtschaftsvertretern und Parteirechten als die Verkörperung eines schwarzen Schattenkabinetts, als das Musterbeispiel eines auf Ausgleich, Gewaltlosigkeit und „Übergang durch langsamen Wandel" bedachten schwarzen Führers.

Buthelezi ist eine Schlüsselfigur für Pretoria und seine letzten Verbündeten — er galt lange bei vielen Schwarzennicht als eine dermaßen korrupte Marionette wie die übrigen „Stammesführer" aus Pretorias Gnaden, weil er es mit seiner Kulturbewegung „Inkhata" geschafft hatte, eine, wenngleich zweifelhafte, weil unpolitische und tribalistische, „schwarze Kultur" gegen die weiße Allmacht aufzubauen, weil er Pretoria die politische Farce abgehandelt hatte, das Zulu-Gebiet Kwa-Zulu als einziges Homeland nicht „unabhägig" zu machen, die Zulus also nicht, wie alle anderen Homeland-Schwarzen, der südafrikanischen Staatsbürgerschaft zu berauben.

Seit geraumer Zeit aber wackelt das Image von Buthelezi selbst unter „seinen" Zulus: die „große" Kulturbewegung hat den Schwarzen erheblich weniger gebracht, als die zahllosen Basisorganisationen der Schwarzen in den Ghettos, in den Millionen-Townships, die Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Black consciousness movement", als jene schwarzen Organisationen, die sich der UDF, der Vereinigten Demokratischen Front angeschlossen haben. KwaZulu ist nach wie vor nicht mit dem ehemaligen Zulugebiet Natal vereint, noch ist es ein „homeland" — für die Bewohner macht das keinen Unterschied, sie leben in derselben Misere wie Vendas, Xhosas und alle anderen Millionen Aus- und Umgesiedelter.

Als schließlich am 1. Dezember '85 der schwarze Gewerkschafts-Dachverband COSATU von 33 nicht-rassistischen Einzelgewerkschaften gegründet wurde, sah Buthelezi den Boden unter den Füßen schwinden: eilig gründete er eine Gegengewerkschaft — nur für Zulus, versteht sich. Buthelezi ist ein Comprador, ein reaktionärer Tribalist, der in seiner Machtgeilheit daran glaubt, eines weißen Tages



der schwarze Schattenkollege Bothas zu werden. Seine (immer vergeblicheren) Spaltversuche der Schwarzen passen dem Regime bestens, nur werden sie die multirassische Opposition nicht verwirren können. Und selbst unter den Zulus, denen er lange genug eingeredet hat, die besten Schwarzen Südafrikas zu sein, was eine Verbrüderung mit den minderwertigen „Stämmen" ausschließe, gewinnen Mandela, der ANC, die UDF und die multirassischen Gewerkschaften immer mehr an Bedeutung.

Das weiß nicht nur Buthelezi, das weiß man auch in Pretoria. Aus der komplexen Geschichte des Südlichen Afrika nun ausgerechnet den Zulu-König Shaka zu verfilmen, ist ein raffinierter Schachzug der weißen Herren: man erweist den 6 Millionen Zulus und ihrem abgehalfterten „Chief" Buthelezi eine Medienreferenz, in der sie von der Gutwilligkeit und kulturellen Offenheit der Apartheid-„Reformen" zu überzeugen. „Shaka Zulu" ist der Medientrick par excellence, den sich die Oberen bei SABC einfallen ließen: vorzuspiegeln, man gebe der schwarzen Geschichte im weißen Mediengiganten den angemessenen Platz.

Aber: die wirkliche, die demokratische, die anti-rassistische Kultur Südafrikas wird von SABC nicht produziert, nicht ausgestrahlt — sie existiert im Exil, wie die Musiker Hugh Masekela, Chris McGregor, Miriam Makeba, sie stirbt im Exil, wie die Schrifsteller Alex La Guma oder Bessie Head, oder der Musiker Johnny Dyani, oder sie wird, sofern sie im Lande überhaupt überleben kann, von SABC ignoriert, boykottiert: die Stücke von Athol Fugard, die Literatur von Nadine Gordimer, André Brink, Ellen Kuzwayo, Miriam Tlali oder Sipho Sepamla — egal, ob die Autoren weißer, brauner oder schwarzer Hautfarbe sind.

Dies könnte man, bei einem Minimum an politischer Moral und kultureller Informationen auch im ZDF wissen.

Dafür nun die afrikanische Monumental-Oper auf deutschen Bildschirmen: Shaka, ein Baum von einem Mann, Muskeln wie Ebenholz, der flackernde Blick, der rasende Wilde, man ahnt ja nur, was er sonst noch hat, denn um ihn wabern und zittern die knackigen Zulubrüste, stampfen die Schenkel ewig fruchtbarer Weiber. Edler hat Afrika nur noch Leni Riefenthal eingefangen, als sie sich in ihrer Spätphase auf die Suche nach einer Art afrikanischer Edelarier machte und, unter anderem, auf die Nuber stieß.

Nein, zu leicht sollte man es sich nicht machen mit der Verurteilung dieser Serie: sie ist kein afrikanisierter Aufguß amerikanischer Western- und Indianerklischees, Auf die Rekonstruktion von Zulu-Kraals, von Kleidung und Tänzen wurde erstaunlich viel Sorgfalt verwendet. Geschichtliche Ungereimtheiten halten sich in Grenzen, wenn die britischen Kaufleute Fynn und Farewell zu Abgesandten der britischen Krone hochstilisiert werden und in Wirklichkeit nur kaufmännische Abenteurer waren.

Es wäre eine Verklärung afrikanischer Geschichte (gegen die sich auch Afrikanisten wie Ki-Zerbo wehren), sich darüber aufzuregen, daß Shaka als machtbesessener, am Ende brutaler und wahnsinniger Herrscher dargestellt wird. Shaka Zulu steht, dies gilt es hier gar nicht zu bestreiten, für den kriegerischen, expansionistischen Aspekt afrikanischer Geschichte im Südlichen Afrika.

Nur kommt darüber eben diese Fernsehproduktion nicht hinaus — klar wird



nicht, daß der legendäre Held Shaka etwas besaß, was in unseren Schulbüchern, solange es sich um europäische Größen der Geschichte handelt, als Talent, als Vision, als herausragende Geschichtsleistung gilt: Shaka einte, mit oft schreckli-

chen Mitteln, aber da unterscheidet er sich ja nicht von den geschichtsträchtigen Kreaturen europäischer Reiche und Völker, Shaka einte eine Vielzahl von Stämmen und Kleinvölkern zum großen Volk und Reich der Zulu. Er besaß, was auch König Gustaf von Schweden oder die Preußen besaßen: das Talent zu neuen, eine ganze Region prägenden Kriegstechniken, er besaß Charisma und die Vision von einem Volk, also eine Fähigkeit, die bis heute Afrikanern von den Europäern abgesprochen wird: Organisationstalent und Planung, logistische, strategische, militärökonomische Begabungen, die fast verhindert hätten, daß Südafrika von Buren und Briten erobert wurde.

Gefährlich ist diese Serie, weil sie, mit gigantischen finanziellen und personellen Mitteln, afrikanische Geschichte nur auf diese Aspekte reduziert: weil alle anderen, jahrhundertelangen Kulturleistungen Afrikas — Landwirtschaft und Medizin, Handwerk und Lehmbauweisen, orale Dichtung und Musik — dem europäischen Zuschauer wieder einmal verheimlicht werden, weil die Vorlage, die typischerweise gewählt wurde, eben diese Aspekte nicht bietet.

So bleibt Afrika und afrikanische Geschichte in der Rezeption des Zuschauers reduziert auf Stammeskämpfe, Brutalität, Krieg und abergläubische Führer. Und daran, so doch wohl die Rezeptionslogik, hat sich viel nicht geändert: Tchad, Biafra und Uganda.

Das Südliche Afrika reduziert auf einen am Ende wahnsinnigen Shaka: da wirken die britischen Kolonisatoren, auch wenn man ihnen gelegentlich rassistische Äußerungen als Minderung des weißen Heldenmythos erlaubt, wie die zivilisatorische Rettung. Daß Buren und Briten da unten zwischen Drakensbergen und Kap Ordnung ins schwarze Chaos gebracht haben, war denn doch das geringere Übel, als wenn man die Schwarzen sich selbst überlassen hätte.

Wenn diese Quintessenz der Serie über den Bildschirm kommt, hat Pretoria, auch ohne Kulturabkommen, in westdeutschen Medien wieder eine fabelhafte PR-Kampagne gewonnen.

Wolfram Frommlet war von 1978-81 Leiter eines Medienprojekts in Zambia. Seit 1982 arbeitet er als freier Rundfunk- und Fernsehjournalist und ist tätig in der Aus- und Weiterbildung von Medienleuten aus Afrika und Asien bei der Deutschen Welle, UNESCO und anderen internationalen Institutionen.

Zeitschriftenschau

DED-Brief 3/86
Schwerpunkt: Ernährung — Ernährungssituation in der Dritten Welt: Die Frau als Hauptprodzentin von Nahrungsmitteln/Interview mit einer Bäuerin (Dominikanische Republik)/Was haben wir mit dem Hunger in Brasilien zu tun/Traditionelle Strategien gegen die Dürre/Traditionelle und moderne Landwirtschaft im Jemen/Lebensbedingungen der Frauen und Kinder in Benin — Was essen die Menschen in der Dritten Welt: Weißbrot in Schwarzafrika/Simbabwe/Togo — Ernährungsverhalten bei uns: Fast Food/Überernährung bei uns — außerdem Persönliche Erfahrungen mit gerade zurückgekehrten Entwicklungshelfern/Frauenfo(e)rderung
Bezug: Deutscher Entwicklungsdienst, Pressereferat, Kladower Damm 299, 1000 Berlin 22
Kostenlos

Brasilien Nachrichten 91/86
Anmerkungen zur brasilianischen Prosa des vergangenen Jahrzehnts — Afrobrasilianische Literatur — Die brasilianischen Indianer/500 Jahre Kampf gegen den inneren Kolonialismus — Der brasilianische Rundfunk — Ave Maria oder Adeus Censura — Fortaleza: Probleme einer Stadt — 3 Jahre Sozialdemokratie in Rio de Janeiro — Kurznachrichten
Bezug: Brasilien Nachrichen, An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück

AIB 8/86
Nichtpaktgebundene: Auswertung des Harare-Gipfels/Dokumente — Südliches Afrika: Die Strategien des Westens/US-Memorandum zu Südafrikas Atombombe/SWAPO-Lager in Angola — Chile: Stärkte das Attentat den Diktator?/Geheimrede des US-Generals Galvin — Pazifik: Die USA unter Druck/Wladiwostock-Rede Gorbatschows — UdSSR-China: Vor der Aussöhnung? — Außerdem Beiträge zu: Zimbabwe, Kolumbien, Sowjetunion und Dritte Welt, Ausländerpolitik, Suez-Krieg 1956 sowie G. Garcia Marquez zum Wettrüsten
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

AIB-Sonderheft 4/86
Schwerpunkt: Bundesrepublik und Dritte Welt Entwicklungspolitik nach der Wende — Entwicklungshilfe: Einstellen oder umstellen? — Neokolonialer Aufsteiger BRD — Wirtschaftsexpansion und Anteil an der Schuldenkrise — Alternativen zur BRD-Position in der Schuldenfrage — A. Borgmann (Die Grünen) und K. Hansen (Friedensliste) zu einer alternativen Dritte-Welt-Politik — Tabellen/Rezensionen/Dokumente — Fallbeispiele: Südafrika, Nicaragua
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg
32 Seiten, DM 3,50

Freire-Brief — Rundbrief 3.-Welt-Pädagogik 28—29/86
Comics in Lateinamerika — Aufstand an Emigrantenschule — Hilfe ohne Helfer? — Peru: Angriff auf Nicht-Regierungs-Organisation — Arbeiter-Bildung in Ecuador — Projektansatz in der Jugendarbeit
Bezug: AG Spak, Kistlerstr. 1, 8000 München 90
DM 2,00

Querbrief 3/86
Das Fremde und wir — Ökumenische Initiative Eine Welt — Seniorenblockade 1987 — Projektbericht aus Kap Verde und Mozambik — Neue Ton-Dia-Serien zu Guinea Bissau — Südafrika: Apartheid mit Entwicklungshilfe bekämpfen. Aber wie? Ein Briefwechsel
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61
DM 2,00

epd-Entwicklungspolitik 21—22/86
Ein literarisches Portrait des Literaturnobelpreisträgers Wole Soyinka — Bilanz der EKD-Synode zur Entwicklungspolitik — 25 Jahre BMZ — eine neue Phase im Südafrikakonflikt nach dem Tode Machels — Information: Pharma-Kampagne — Gentechnologie statt Gerechtigkeit — Mikroelektronik: weitere Nachteile für die Dritte Welt — Dokumentation, u.a.: Dani Nahudere zum Einparteienstaat

Bezug: epd, Friedrichstr. 2—6, 6000 Frankfurt/Main 17
Einzelpreis DM 3,00, Doppelheft DM 4,50

Entwicklungspolitische Korrespondenz 3/86
Schwerpunkt: Herrscher der Meere: Die Weltmeere sind in Besitz genommen, und ihre Ausbeutung ihrer Reichtümer ist in vollem Gang. Der Versuch, zu einer gerechten Lösung des Verteilungskampfes zu kommen, ist gescheiter. Die Folgen: An der Nautur wird Raubbau betrieben und die Armen werden ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die Großmächte sichern sich ihre Einflußgebiete; die Abhängigkeit der ärmsten Länder von den reichen Industrienationen verschärft sich weiter. Das neue Seerecht, Tiefseebergbau, die blaue Revolution, Fischpiratentum und Atommüllversenkung sind einige der Themen, die in diesem Heft behandelt werden.
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
40 Seiten, DM 5,00

BRD und Dritte Welt, Band 25
Dritte Welt — Öffentlichkeitsarbeit: Kriterien für eine kritische Reflexion der Dritte-Welt-Arbeit und Anregungen, wie entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit nicht nur Minderheiten sensibilisieren kann. Diskutiert wird die Frage nach dem Entwicklungsverständnis, Lernbarriere werden untersucht und pädagogische Ansätze vorgestellt.

BRD und Dritte Welt, Band 26
Dritte Welt — Handel: Aus einer kritisch-solidarischen Perspektive wird die Geschichte der „Aktion Dritte Welt Handel" nachgezeichnet. Die „GEPA", Aktionsgruppen und Dritte-Welt-Läden werden vorgestellt sowie Grenzen und Perspektiven des Alternativ-Handels diskutiert.
Bezug: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1
jedes Heft 48 Seiten, DM 4,00

Mittelamerika Magazin 57/86
Schwerpunkt des Heftes ist die Diskussion der Folgen und Folgerungen aus dem Mord an Berndt Koberstein in Nicaragua. Die nicaraguanische Regierung mußte sich dem Druck aus Europa beugen — sie hat angeordnet, Brigadisten nicht mehr in Kriegsgebiete einzusetzen. Außerdem: Welche Folgen hat der Mord an Berndt Koberstein auf das Projekt, in dem er arbeitete — ein offizielles Projekt der Stadt Freiburg?
Bezug: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1
DM 3,00

Neuerscheinungen

Zwischen Kuß und Couscous, Christine Pollock, Reise und Verhaltenstips für Frauen, die islamische Länder besuchen, Traveller's Background, 1986

Nach uns die Sintflut, Peter E. Stüben, Staudämme — Entwicklungshilfe, Umweltzerstörung und Landraub, ökozid 2, Focus, Gießen 1986

Das glückliche Bewußtsein und die Krise, Hans-Jürgen Fuchs, Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik, Brandes & Apsel, Frankfurt 1986

Die erste Frau, Nedim Gürsel, Erzählungen, Dagyeli Verlag, 6000 Frankfurt 1986, 118 S., DM 19.80

Gefühllosigkeiten/Reisen von Berlin nach Berlin, Aras Ören, Gedichte, Dagyeli Verlag 1986, DM 12.80

Wer trägt die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit, Ludwig-Erhard-Stiftung, Gustav-Fischer-Verlag, Stuttgart und New York 1986, 157 S.

Kirche in den Katakomben, Fernando Bermudez, zeugnisse des Martyriums in Guatemala/mit einem Hintergrundbericht von Horst Goldstein, Edition Exodus, CH 1701 Freiburg, 117 S., DM 14.80

Widerstand in Südafrika, C.F. Beyers Naude/Al Imfled, Apartheid — Kirchliche Opposition — Solidarität, Edition Exodus, CH 1701 Freiburg, 123 S., DM 14.80

Südostasien — Tradition und Gegenwart, Heiner Dürr/Rolf Hanisch (Hrg.), Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1986, 224 S., DM 29.80

Indien bricht auf, Jan Myrdal, aus dem schwedischen von Gun Kessle, CON, Bremen 1986

Peru — Staat und soziale Klassen (1883—1983), Mc-lacio Castro. Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise, Kistlerstr. 1, 8000 München 90, Eigendruck im Selbstverlag, München 1986, 304 S., DM 15.00

Plakatserie Palästina — Sie haben ein Recht auf Leben, 7 Plakate und ein Fotoposter, Verlag das freie Buch, Tulbeckstr. 4, 8000 München 2

Hunger durch Agrarexporte?, Dritte Welt Haus Bielefeld, Afrikas Landwirtschaft zwischen Selbstversorgung und Exportproduktion, Bielefeld 1986, 60 S., DM 6.00

Chancen und Grenzen von Partnerschaftsprogrammen — Ein Leitfaden für Mitarbeiter in Mission, Ökumene und Entwicklungsdienst, Texte 36, Verlag Dienste in Übersee, 1986, 84 S., DM 4.50

Pepe Amado. Eine unglaubliche und utopische Geschichte, Gudrun Pausewang, Roman, Arche Verlag, Zürich 1986, 211 S., DM 29.80

South Africa — Black blood on British hands, Charles Longford, Produced by the Revolutionary Communist Party, junius, London 1/1985

Ich war ein Contra, Reimann, Elisabeth, Bekenntnisse eines antisandinistischen Kommandanten, Pahl-Rugenstein, Köln 1986

Cocina Nica, Angelica Vivas, Rezepte aus Nicaragua, aus dem nicaraguan. Spanisch von Maria Rosa Goette de Tappen, CON, Bremen 1986, DM 14,80

Deutschland im Urteil afrikanischer Lehrer, Marianne Nuß/Volker Welter, Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen 115, Eine Befragung in Lesotho zu Ausbildungs- und Rückkehrproblemen von Stipendiaten, Breitenbach, Saarbrücken 1986

Praktischer Leitfaden für Biogasanlagen in der Tierproduktion, Uli Werner/Ulrich Stöhr/Nicolai Hess, Hrg. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), 6236 Eschborn 1, 199 S.

Afrika in Bedrängnis, Hrg. Deutsche Welthungerhilfe, Entwicklungskrise und Neugestaltung der Entwicklungspolitik, 2 Bände, Bonn 1986

Judentum, Christentum, Islam-Trialog der Abrahamistischen Religionen, Isma'il Raji al Faruqi, Dagyeli Verlag, Frankfurt 1986, 140 S., DM 18.80

Kein Asyl bei den Deutschen, Heiko Kaufmann, Anschlag auf ein Grundrecht, rororo aktuell 5989/rororo 1080, rowohlt, Reibeck, 1986

Entwicklungspolitik und Bildungshilfe, Rainer Brähler, Geschichte, Funktion, Legitimation, Beiträge zum Lehr- und Lern-Schwerpunkt Erziehung — Entwicklung Dritte Welt, Band 2, Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1986

Auf gutem Kurs, Jürgen Warnke, Neuorientierung der deutschen Entwicklungspolitik, Busse Seewald, Herford 1986, 141 S.

Wem gehört das Land?, Uwe Hörnig/Ruth Neuwirth/Bernd Scheel, Soziale Aktionsgruppen in Indien, Express Edition, Berlin 1985, 171 S., DM 12.80

Kurdistan und die Kurden, Ismet Cherif Vanky, Band 2 (Türkei und Irak), Pogrom Reihe bedrohter Völker, 270 S., DM 19.80

Indische Frauen zwischen Unterdrückung und Befreiung, Maria Mies, Anton Hain Verlag, 1973, 310 S.

Marxismus heute, Bernd Rabehl, Vorlesungen an der Uni Zürich im Februar 1986, isp-Verlag/Veritas-Verlag, Frankfurt und Zürich 1986, ips pocket 21

Tagungshinweise

Seminare des BUKO, Nernstweg 32—34, 2 Hamburg 50
- **2. BUKO-Vorbereitungsseminar**, 30. 1.—1. 2. 1987
- **„Die Rolle der BRD in der Nato am Beispiel Mittelamerika und Naher Osten"**, 23.—25. 1. 1987
- **„Perspektiven internationaler Frauensolidarität"**, 13.—15. 2. 1987

Informationsseminar zu Tansania, 9.—11. 1. 1987 in Vlotho, Information und Anmeldung: Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE), Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel.: 05733/6800

Seminare des Jugendhofs Vlotho, Bildungsstätte, Oeynhausener Str. 1, 4973 Vlotho
- **Seminar für Mitarbeiter in der Asylantenbetreuung**, 5. 3. 1987
- **„Außerschulische Entwicklungspolitische Bildung"**. Ein Erfahrungsaustausch zwischen Beschäftigten im Bereich entwicklungspolitische Bildung. 1987
- **„Ausstieg aus der Kernenergie?"**, 19.—21. 1. 1987
- **„Alternative Energien bei uns und in der Dritten Welt."**, 6.—8. 3. 1987
- **„Drei Welten oder eine?"**, 11.—16. 4. 1987

„Hintergründe und Strategien der Desinformationskampagne über Nicaragua", 16.—18. 1. 1987 in Köln
Information und Anmeldung: Christliche Initiative Mittelamerika (CIMA), Bochermer Str. 27, 5000 Köln 41, Tel.: (0221) 401835

„Welthandel und GATT". Eine Entwicklungspolitische Tagung, 10.—12. 4. 1987 bei Heilbronn. Information und Anmeldung: Ländliche Volkshochschule Hohebach, 7112 Waldenburg-Hohebach, Tel. (07942) 521

„Gentechnologie — Segen oder Frevel?", Bundesjugendkongress vom 19.—23. 12. 1986 in Köln. Information und Anmeldung: Bund für Umwelt und Naturschutz. BUND-Jugend, In der Raste 2, 5300 Bonn

Der Kreislauf des Giftes — Die Folgen des Pestizidexportes in Länder der Dritten Welt am Beispiel Brasiliens, 16.—18. 1. 1987 in Heidelberg. Information und Anmeldung: Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN), Nernstweg 32—34, 2 Hamburg 50, Tel.: (040) 393978

„Industrialisierung und die ökologischen Folgen. Das Beispiel Brasilien." Eine Veranstaltung (Ferienakademie) für Studentinnen und Studenten aus der Dritten Welt an Hochschulen in Baden-Württemberg. Vom 1.—11. Januar 1987 in Bad Liebenzell. Anmeldung und Information: Studienbegleitprogramm für Student(inn)en aus der Dritten Welt in Baden-Württemberg (Stube), c/o Evangelische Akademikerschaft, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1, Tel.: (0711) 282016



Stellenanzeigen

Stellenausschreibung

1. Die Geschäftsstelle der BUKO Pharma-Kampagne in Bielefeld sucht zum 15. Januar 1987 eine

Mitarbeiterin

für die allgemeine Geschäftsstellentätigkeit und den Arbeitsbereich „Frauen und Medikamente in der Dritten Welt".

Die teamfähige Frau sollte über Erfahrungen in der Arbeit entwicklungspolitischer Aktionsgruppen verfügen. Sie sollte bereit sein, sich inhaltlich in die Problematik einzuarbeiten und die Büroroutine auf engstem Raum zu ertragen. Für die internationale Zusammenarbeit der Kampagne sind Sprachkenntnisse in Spanisch, Englisch und/oder Französisch wünschenswert.

Pharmakologische und medizinische Vorkenntnisse sind zwar erwünscht, aber nicht Vorraussetzung.

Bezahlung nach Aktionsgruppentarif. Arbeitszeit 30 Wochenstunden.

Bewerbungen an:

BUKO Pharma Kampagne
Dritte-Welt-Haus
August-Bebel-Str. 62
4800 Bielefeld 1
Tel. (0521) 60550

---

2. Die Geschäftsstelle des BUKO-Bundeskontreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen sucht zum baldmöglichsten Termin eine

Mitarbeiterin

für die Verwaltung der Finanzen (Buchhaltung, Finanzdisposition, Personalbearbeitung).

Die Frau sollte möglichst Erfahrung in der Arbeit in entwicklungspolitischen Aktionsgruppen haben und über eine dem Arbeitsbereich entsprechende Qualifikation verfügen.

Die Bezahlung entspricht dem Aktionsgruppentarif (ABM-Stellen Berechtigung Voraussetzung)

---

3. Die Geschäftsstelle des BUKO-Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen sucht zum baldmöglichsten Termin eine

Mitarbeiterin

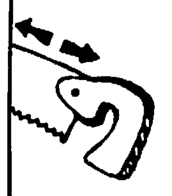
für die allgemeine Geschäftsstellentätigkeit, d.h. allgemeine Büroarbeit, Vorbereitung und Durchführung von Seminaren und Kongressen, Koordinationstätigkeiten, Beantwortung inhaltlicher Anfragen und vieles andere mehr.

Die Frau sollte möglichst Erfahrung in der Arbeit von entwicklungspolitischen Aktionsgruppen haben, einen abgeschlossenen sozialwissenschaftlichen (o. vergleichbaren) Hochschulabschluß haben, teamfähig sein und zumindestens über Englischkenntnisse verfügen.

Die Bezahlung entspricht dem üblichen Aktionsgruppentarif, die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. (Berechtigung für ABM-Stelle ist Voraussetzung)

Bewerbungen an:
BUKO
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

Geschenkidee



An:
iz3w
PF 5328
7800 Freiburg



Bestellschein
für ein Geschenkabonnement der blätter des iz3w

Ich bestelle für

Vorname des Beschenkten

Name des Beschenkten

Straße

PLZ | Ort | Bezirk

ein Jahresabo der blätter des iz3w (8 Hefte) zum

☐ Normalpreis von DM 40,–

☐ ermäßigten Preis von DM 30,–
(nur für Studenten, Schüler, Azubis, ZDLer, Arbeitslose)

☐ Unbefristet, immer zum Jahresende kündbar

☐ Befristet auf 1 Jahr

Der Beschenkte erhält eine Benachrichtigung und ab 1986 regelmäßig die blätter des iz3w.

Die Rechnung wird bezahlt von:

Vorname

Name

Straße

PLZ | Ort | Bezirk

☐ Ich bin ebenfalls Abonnent der blätter.

☐ Ich bin kein Abonnent.

Datum | Unterschrift

Mir ist bekannt, daß ich innerhalb von zwei Wochen ohne Angabe von Gründen meine Abo-Bestellung rückgängig machen kann.

574/ 1/138/51934

Viktor Lüpertz

Bergstr. 6

D-7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz 3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Öffentliche Einmischung

Asyl für Flüchtlinge

terre des hommes hilft Kindern in Not. Seit fast 20 Jahren. In 30 Ländern der Dritten Welt, wo die Not am größten ist. Und hier in der Bundesrepublik, wohin viele Eltern mit ihren Kindern geflohen sind.

Diese Flüchtlinge kommen aus Ländern, in denen Krieg, Unterdrückung und Hunger herrschen. Bei uns werden sie mit Beschimpfungen empfangen. Sie werden in Sammellager gepfercht, in die die meisten Deutschen nicht einmal einen Fuß setzen würden. Sie dürfen nicht arbeiten. In einigen Bundesländern gibt es nicht einmal Schulpflicht für Flüchtlingskinder.

Viele Politiker versuchen, Fremdenfeindlichkeit zu schüren. Man braucht Sündenböcke, um von eigenen Problemen abzulenken. Statt etwas zu tun gegen Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit, wird mit Falschinformationen zum Thema Asyl ein künstliches Problem geschaffen: die "Asylantenschwemme". Mit Zahlen und Statistiken läßt sich manipulieren. Die Flüchtlingszahlen, die die Regierung veröffentlichen läßt, sind "politische Zahlen". Sie sollen Angst machen.

Aber Flüchtlinge sind nicht gefährlich. Sie sind gefährdet.



Warschauer Ghetto 1943
Aus der Vergangenheit gelernt?

"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."
Art. 16 II 2 Grundgesetz



terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
Postfach 4126 · 4500 Osnabrück
Spendenkonto 700
Bank für Gemeinwirtschaft

Es gibt kaum "Mißbrauch" des Asylrechts. Auch Flüchtlinge, die kein *politisches* Asyl bekommen, sind in ihrer Heimat häufig bedroht. Zum Beispiel, wenn dort Krieg herrscht.

Anstatt den Flüchtlingen zu helfen, sollen sie "abgeschreckt" werden: durch Sammellager und Arbeitsverbot. Die "Abschreckung" kostet viel Geld. Funktionieren kann sie aber nicht, weil die Flüchtlinge kommen, wenn es in ihrer Heimat unerträglich wird. Abschreckung von Flüchtlingen ist unmenschlich.

Kann man mit einer solchen Politik tatsächlich Wähler gewinnen?

terre des hommes kann einigen Flüchtlingskindern helfen. Eine Verbesserung für alle Flüchtlinge hier in der Bundesrepublik kann nur eine humane Politik schaffen.

Im Januar ist Bundestagswahl.

Erkundigen Sie sich, welche Partei für die Verwirklichung des Grundrechts auf Asyl eintritt. Und welche Partei die Asylbewerber so behandeln will, wie sie es verdienen: menschlich.

Wir haben die Wahl

11017

Coupon

Ich bitte um Informationen über

☐ Asyl für Flüchtlinge

☐ Die Arbeit von terre des hommes

Abs. ____________________

____________________ ____________________

____

An terre des hommes, Postfach 4126, 4500 Osnabrück